

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:

Abonnements-Preis (inkl. Porto):
 Vierteljährlich 3,20 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf., frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 6 Pf., Sonntags-
 nummer mit illustrierter Sonntags-
 beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 abonnement: 1,10 Mark pro Monat.
 Eingetragen in die Post-Verzeichnungs-
 Verzeichnisse. Unter Kreuzband für
 Deutschland und Oesterreich, Ungarn
 2 Mark, für das übrige Ausland
 3 Mark pro Monat. Postabonnements
 nehmen an: Belgien, Dänemark,
 Holland, Italien, Luxemburg, Portugal,
 Rumänien, Schweden und die Schweiz.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr

Beträgt für die sechsgelohnte Kolonne
 eine oberer Raum 20 Pf., für
 halbspaltige und gewöhnliche Vereins-
 und Versammlungs-Anzeigen 30 Pf.,
 „Kleine Anzeigen“, das erste (zeit-
 gebundene) Wort 20 Pf., jedes weitere
 Wort 10 Pf. Stellengebote und Schließ-
 selben Anzeigen das erste Wort 10 Pf.,
 jedes weitere Wort 5 Pf. Worte über
 15 Buchstaben zählen für zwei Worte.
 Inserate für die nächste Nummer müssen
 bis 5 Uhr nachmittags in der Expedition
 abgegeben werden. Die Expedition ist
 bis 7 Uhr abends geöffnet.

Telegramm-Adresse:
„Sozialdemokrat Berlin“.

Kredaktion: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1983.

Donnerstag, den 1. April 1909.

Expedition: SW. 68, Lindenstrasse 69.
Fernsprecher: Amt IV, Nr. 1984.

Das Arbeitskammergesetz.

Die Kommission zur Vorberatung des Arbeitskammergesetzes hat bis auf die Feststellung des Berichts und die Redaktion der Kommissionsbeschlüsse ihre Aufgabe gestern beendet. Es ist ihr gelungen, einige Verbesserungen in der Vorlage hineinzubringen, von denen als die wichtigsten die Verabfolgung der Altersgrenze für die Wahlberechtigung und Wählbarkeit und die Einbeziehung der Angestellten der beruflichen Organisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer zu bezeichnen sind. Andere schwere Mängel des Entwurfs — so die sachliche Gliederung und die bürokratische Verwaltung — sind bestehen geblieben. Sie werden, falls die Vorlage Gesetzeskraft erlangen sollte, die Bedenken der Sozialdemokraten schon bei der Errichtung der ersten Kammer rechtfertigen.

Die Arbeitskammern sollen, soweit nach dem Stande der gewerblichen Entwicklung ein Bedürfnis besteht, für einen Gewerbebezirk oder mehrere verwandte Gewerbebezirke errichtet werden.

Da drängt sich sofort die Frage auf, was denn eigentlich als „verwandt“ anzusehen ist. Die Begründung versucht zwar, nach dem Vorgange beim Handwerkergesetz eine Antwort auf die Frage zu geben, doch wurde in der Kommission allgemein anerkannt, daß diese Antwort die Frage nur ungenügend beantwortet. Eine Erklärung, wie sie die Kommission von der Regierung für den Begriff „verwandte Gewerbebezirke“ erwartete, ist ausgeblieben. Um so mehr schien es geboten, in das Gesetz eine Bestimmung aufzunehmen, wonach in besonderen Fällen die Errichtung einer Kammer auch für verschiedene Gewerbebezirke möglich sein würde. Die Aufnahme einer solchen Bestimmung hätte nicht nur über etwaige Zweifel bei der Festsetzung verwandter Gewerbebezirke hinweggeholfen, sondern auch die Handhabe geboten, daß für verschiedene Gewerbebezirke, die aber wirtschaftlich zusammengehören und voneinander abhängig sind, eine gemeinsame Kammer errichtet wird. Arbeitgeber und Arbeitnehmer einer im Bezirk der Zigarrenindustrie gelegenen Zigarrenfabrik hätten z. B. im gegenwärtigen Moment dieselben Interessen in einer Arbeitskammer gegen die Tabaksteuervorlage zu vertreten, als Arbeitnehmer und Arbeitgeber in der Tabakindustrie selbst. Und doch ist eine derartige Zusammenfassung wirtschaftlich gleicher oder verwandter Interessengruppen nach dem Prinzip der sachlichen Gliederung, dem die Fassung des § 1 der Vorlage entspricht, nicht möglich. Die sozialdemokratischen Anträge, die diesen Widerspruch beseitigen wollten, wurden abgelehnt.

Die Vermählungen der Kommission, insbesondere der sozialdemokratischen Vertreter, den Aufgabenkreis der Kammer zu erweitern, hatten nur geringen Erfolg. Mit den Versuchen, den Kommunen verwaltungsrechtliche Aufgaben und Exekutivbefugnisse zuzuweisen, blieben die Sozialdemokraten allein. Erreicht wurde, das Initiativrecht der Kammern auf Veranstaltung von Umfragen wiederherzustellen und als besondere Aufgaben die Mitwirkung beim Abschluß von Tarifverträgen und die Errichtung von paritätischen Arbeitsnachweiser zu bezeichnen.

Als ein erheblicher Mangel der Vorlage muß die Bestimmung des § 5 bezeichnet werden, nach der es den Kammern nicht gestattet sein soll, die Verhältnisse einzelner Betriebe in den Bereich ihrer Tätigkeit zu ziehen. Eine Einwirkung auf einen tarifbrüchigen Unternehmer oder auf die Unternehmer eines Niefenbetriebes, auch wenn ein bestimmter Gewerbebezirk Monopol dieses Niefenbetriebes ist, kann durch die Kammer nicht erfolgen.

Eine weitere Zersplitterung auf dem Gebiete des Arbeiterrechts ist durch die beschlossene Fassung des § 7 der Vorlage herbeigeführt. Die sozialdemokratischen Vertreter beantragten als Arbeitnehmer im Sinne des Gesetzes alle in der Land- und Forstwirtschaft, im Handwerk, in der Industrie, im Handels- und Verkehrsgewerbe einschließlich der Seeschifffahrt gegen Lohn oder Gehalt beschäftigten Personen zu benennen. Diese Anträge fanden nicht nur keine Annahme, sondern die Kommissionsmehrheit nahm noch ausdrücklich die Betriebsbeamten, Werkmeister, Techniker, die Handlungsgehilfen, Handlungslehrlinge und Arbeiter in Handelsgeschäften sowie in Apotheken aus. Mit einigen schönen Resolutionen will die Kommission den Unwillen der technischen und kaufmännischen Angestellten, die ihre Interessenvertretung schon bei diesem Gesetze geregelt wissen wollten, beschwichtigen. Ein in erster Lesung angenommener Antrag, der Arbeitgeber und Arbeitnehmer der Eisenbahnwerkstätten in das Gesetz einbeziehen wollte, ist in zweiter Lesung leider wieder gefallen.

Als eine Verbesserung ist die Aenderung anzuspüren, daß nicht durch Verfügung der Landeszentralbehörden, sondern auf Beschluß des Bundesrates die Errichtung einer Kammer stattfinden soll. Als ein schwerer Mangel muß hierbei aber der völlige Ausschluß der Beteiligten bei der Entscheidung über die Errichtung der Kammern bezeichnet werden. Die sozialdemokratischen Vertreter hatten auch hierbei versucht, den Beteiligten die Initiativen zu sichern, wie das in den §§ 100 und 100a der Gewerbeordnung hinsichtlich

der Zwangsinnungen geschehen ist. Sie konnten ihre Forderungen auf die Ausführungen des bekannten Rechtslehrers an der Würzburger Universität, Dr. Piloty, stützen, der in einem Artikel der „Deutschen Juristen-Zeitung“ ebenfalls auf diesen Mangel aufmerksam gemacht hatte. Trotzdem hielt es die Mehrheit der Kommission für geraten, dem Bundesrat allein die Entscheidung über die Errichtung einer Kammer zu überlassen. Auch die Vermählungen der Sozialdemokraten, durch die Festsetzung einer Mindestzahl von Mitgliedern die Bildung von Zwerkkammern zu verhindern, hatten nicht den erwünschten Erfolg.

Gegen die Herabsetzung der Altersgrenze zur Wahlbeteiligung wandten sich mit aller Entschiedenheit nicht nur die Vertreter der Rechtsparteien, der Konservativen, der Reichspartei und der Nationalliberalen, sondern auch die Vertreter der Regierung, — derselben Regierung, die ein Jahr früher in dem Vorentwurf den volljährigen Personen die Wahlberechtigung verleißen wollte. Im Vorentwurf waren als Wahlkörper die Arbeiterausschüsse vorgesehen, die gemäß § 134b der Gewerbeordnung von den volljährigen Arbeitern aus ihrer Mitte gewählt werden. Für die Arbeitgeber kann die Aufsichtsbehörde das Stimmrecht nach Maßgabe der Zahl der von den einzelnen Arbeitgebern beschäftigten Arbeiter verschieden festlegen, — so bestimmt die Vorlage. Auch das ist ein schwerer Fehler der Vorlage. Nach Ablehnung ihres prinzipiellen Antrages hatten die sozialdemokratischen Vertreter beantragt, um ein Uebertreten der Pluralstimmen möglichst zu verhüten, daß die den einzelnen Arbeitgebern übertragenen Mehrstimmen nicht mehr wie ein Drittel der Stimmberechtigten betragen sollen. Die Annahme dieses Antrages hätte eine Majorisierung der kleinen Betriebsinhaber durch die Unternehmer der Großbetriebe erschwert. Auch diese Versuche der Sozialdemokraten blieben ohne Erfolg.

Die Altersgrenze für die Wählbarkeit wurde herabgesetzt. Es sollen jetzt wählbar sein diejenigen Wahlberechtigten, die das 25. Lebensjahr vollendet haben. Auch die Wählbarkeit der Angestellten der Arbeiter- und Unternehmerorganisationen wurde gegen den lebhaften Widerspruch der Rechtsparteien durchgesetzt. Zwar erschweren einige Voraussetzungen, die an die Wählbarkeit der Angestellten geknüpft sind, die Entscheidung macher tüchtigen Vertrauensmänner, immerhin bleibt aber die Möglichkeit vorhanden, daß wirtschaftlich abhängige Arbeitervertreter in der Person eines frei gestellten Beamten in der Kammer einen sachkundigen und entschlossenen Berater und Kollegen finden. Die Regierung hat zwar erklärt, daß für sie das Gesetz unannehmbar sei, wenn die Bestimmung über die Wählbarkeit der Beamten bestehen bleibt. Macht sie ihre Drohung wahr, so wird die Erkenntnis sich immer mehr Bahn brechen, daß es der Regierung bei der Einbringung der Vorlage nicht darauf ankam, den wirtschaftlichen Forderungen zu fördern, sondern durch „weiße Salbe“ die Forderungen der Arbeiter nach einer Interessensvertretung scheinbar zu erfüllen.

Bezeichnend waren die Versuche der Konservativen, die Arbeitgeber von den Bestimmungen der Verhältnissewahl auszunehmen. Die Herren waren ehrlich genug, zuzugeben, daß es ihnen darauf ankomme, sozialdemokratische Arbeitgeber von den Kammern fernzuhalten, da deren Eindringen nach ihrer Auffassung die Parität gefährde. Gegen das Eindringen der „gelben“ Vertreter haben die Herren selbstverständlich nicht das geringste einzuwenden, auch wenn dadurch die Parität in Frage gestellt wird. Vernünftigerweise ließ die Kommission die Herren mit ihrem Vorstoß abblitzen.

Bezüglich der Kostenaufbringung sind die Mängel des Entwurfs bestehen geblieben. Die Gemeinden, die zunächst die Kosten tragen, sollen ermächtigt sein, ihre Auslagen von den Arbeitgebern und Arbeitnehmern zurückzufordern. Dabei wird sich zweifellos ergeben, daß die Kosten der Erhebung und Beitreibung der Kostenanteile ebenso hohe sein werden als die diejenigen Aufwendungen, die die Tätigkeit der Kammern erfordert.

Sehr bedauerlich ist das Mißlingen des Versuchs, die Autokratie des Vorsitzenden zu beseitigen oder zu beschränken und den Kammern die Selbstverwaltung zu sichern. Der Vorsitzende und die Aufsichtsbefugnisse bestimmen so gut wie alles, was für die Verwaltung und Führung der Geschäfte von irgendwelcher Bedeutung ist. Der sozialdemokratische Antrag auf Bildung eines Verwaltungsausschusses fand keine Mehrheit, obgleich die Vertreter fast aller Parteien die Forderung nach Selbstverwaltung wiederholt erhoben hatten. Zur Verwirklichung dieser Forderung hat indessen außer der Sozialdemokratie keine Partei auch nur den geringsten Versuch unternommen. Bürokratie und Autokratie werden also in den Kammern das Szepter schwingen.

Die Öffentlichkeit der Sitzungen der Kammern ist bestehen geblieben, obgleich auch hiergegen die Vertreter der Konservativen und Nationalliberalen hartnäckige Versuche auf Streichung der betreffenden Bestimmungen unternommen hatten. Doch gelang es den sozialdemokratischen Vertretern nicht, die diskretionäre Gewalt des Vorsitzenden, nach eigenem Ermessen die Öffentlichkeit auszuschließen, zu beseitigen. Es wird also nicht die Kammer, sondern der Vorsitzende die Gegenstände

bezeichnen, die für die öffentliche Behandlung nicht geeignet sind.

Ausgeschlossen bleiben die Betriebe der Seeres- und Marineverwaltung von den Bestimmungen des Gesetzes. Die militärische Organisation dieser Betriebe erträgt es nicht, daß die Sonne einer Umfrage in sie hineinleuchtet!

Die Form, die die Kommission dem Gesetze gegeben hat, kann die Arbeiter nicht befriedigen. Gelingt es ihnen und den sozialpolitisch einsichtigen Arbeitgebern nicht, der toten Form einen lebendigen Inhalt zu geben, dann wird auch diese Vorlage, wenn sie Gesetzeskraft erlangen sollte, „weiße Salbe“ bleiben.

Der Staatsbeamte a. D. als Scharfmacher.

Auf der Geheimkonferenz der Bergbauunternehmer, die am 6. Januar in Berlin tagte, tat sich, wie unsere gestrigen Auszüge aus den Verhandlungen zeigen, ein Geheimrat Uthemann als Ruder im Streit wider die Arbeiter und die „Gingpeteri“ der Regierung besonders hervor. Er machte die radikalsten Vorschläge, nahm den unversöhnlichsten Standpunkt ein, schlug vor, den Handelsminister Delbrück zu stürzen, indem man die Bestätigung der Konferenz im Ministerium verzögere und den Herrn unmöglich mache durch die Begründung, er habe einen Sozialdemokraten zu den Verhandlungen geladen. Wer ist nun dieser Herr Uthemann?

Die Antwort auf diese Frage eröffnet einen lehrreichen Einblick in das Verhältnis der staatlichen Bürokratie zum Unternehmertum. Herr Uthemann gehörte einst zu den Bureaukraten des Handelsministeriums und wenn ihn nicht die Gleichgültigkeit in Oberschleifen vom grünen Tisch entführt hätte, so gehörte er wohl noch heute zu den Beamten, die Vergeltungsromanen und ähnliche schöne Dinge auszuarbeiten haben und die in der Theorie über den beiden getrennten Interessengruppen der Bergbauunternehmer und der Bergarbeiter stehen sollen. Herr Uthemann ist aus dem Staatsdienst in den Dienst der Industrie hinübergewechselt und hat dabei zweifellos ein gutes Geschäft gemacht, denn was die großen kapitalkräftigen Kapitalistengesellschaften zahlen für eine brauchbare Kraft, das kann der Vater Staat seinen Beamten nicht entsernt bieten. Eine „brauchbare Kraft“ aber ist für die großen Industrieunternehmungen so ziemlich jeder höhere Ministerialbeamte und wenn die Herren Kapitalisten solche Beamte „auslaufen“, wie der technische Ausdruck lautet, so wissen sie sehr wohl, was sie tun. Denn diese Beamten bringen aus ihrer Tätigkeit Sach- und Personenkenntnis, Beziehungen und Einfluß mit, die für betriebliche Kapitalistengesellschaften sehr, sehr wertvoll sind.

Das Protokoll der Geheimkonferenz gibt gleich eine Probe von den Diensten, die diese ehemaligen Staatsbeamten der Industrie so sehr wertvoll machen. Gleich zu Beginn der Konferenz sprach sich Herr Uthemann für die strengste Geheimhaltung der Verhandlungen, nicht bloß vor der weiteren Öffentlichkeit, sondern auch vor dem Handelsministerium aus. Und zur Begründung gab er aus dem reichen Schatz seiner Erfahrungen als Ministerialbeamter das Folgende zum Besten:

„Meine Herren, als die vorige Sitzung der Vorstände der bergbaulichen Vereine anlässlich einer der ersten schönen Novellen zum Vergleiche abgehalten wurde, hatte ich noch den Vorschlag, im Ministerium zu sitzen. Bevor am Morgen die Besprechung im Ministerium anfang, wußten wir bereits, was tags vorher von den Vereinen beschlossen war. Das hat dem Handelsminister natürlich seine Taktik außerordentlich erleichtert. Wenn wir auch gar keine Veranlassung haben, nicht mit offenen Waffen zu kämpfen, so halte ich es doch aus taktischen Gründen für richtig, daß wenigstens so lange, bis die Schlacht im Ministerium geschlagen ist, von unserer Seite gegenüber unseren Freunden, die wir im Ministerium sitzen haben, nichts herauskommt. Ich möchte die Herren bitten, sich dazu gegenseitig zu verpflichten. (Sehr richtig!)“

So sprach Herr Uthemann und bei einer späteren Gelegenheit, da er wieder etwas aus den Erfahrungen seiner Staatsbeamtenzeit zum Besten gab, sagte er ähnlich hinzu: „Ich habe doch auch einmal bei der Firma gearbeitet!“ Er meinte die „Firma“ preussisches Handelsministerium!

Man begreift nach diesen Proben aus dem Protokoll leicht, weshalb die Großindustriellen schon seit manchen Jahren die Dienste ehemaliger Staatsbeamter mit Gold aufwiegen. Ja, ja, die wertvollen Erfahrungen und Konnektionen, die sie bei der Firma Staat gesammelt haben, sind nicht zu verachten!

So wird Baden auch haben zwischen Unternehmerschaft und Bürokratie gezogen. So laßt die Industrie sich Einfluß auf die Bürokratie — der Geheimrat im Ministerium findet in den Leitern der industriellen Unternehmungen, deren Arbeiter er durch Gesetze schützen soll, alte Kollegen wieder, und unter alten Kollegen regelt sich Differenzen leicht und bequem. Die Unternehmerschaft hat das Ohr der Geheimräte, die das Ohr der Minister haben, und Arbeiter werden alle Jubeljahre einmal von den Herren an den grünen Tisch gehört!

Das ist die Ordnung im Klassenstaat. Und was dabei aus der „Unparteilichkeit“ der Sachbürokratie im Kampfe zwischen Unternehmerschaft und Proletariat wird, das zeigen die Reden des Herrn Uthemann. Wie viele mögen noch „bei der Firma“ sein, die so denken wie er? Denn alle Beamten können die potenten Firmen der Industrie ja schließlich nicht der „Firma“ preussisches Handelsministeriums auslaufen.

Die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz.

Mit dem heutigen Tage tritt die Novelle zum Unterstützungswohnsitzgesetz vom 31. Mai 1908 (publiziert im Reichsgesetzblatt am 16. Juni 1908) in Kraft.

Die wichtigsten Änderungen des Gesetzes gegenüber dem bisherigen Zustande sind nachfolgend aufgeführt:

Der Unterstützungswohnsitz erwarb bislang, wer innerhalb des Ortsarmenverbandes nach zurückgelegtem achtzehnten Lebensjahre zwei Jahre lang ununterbrochen seinen gewöhnlichen Aufenthalt gehabt hat. Der Kauf dieser zwei jährigen Frist ruhte während der Dauer der von einem Armenverband gewährten öffentlichen Unterstützung. Fortan wird der Unterstützungswohnsitz bereits nach zurückgelegtem sechszehnten Lebensjahre erworben; es genügt ferner der einjährige ununterbrochene Aufenthalt ohne Empfang von Armenunterstützung. Die Herabsetzung des Altersfordernisses hat insoweit rückwirkende Kraft, als bei allen erst von heute ab eintretenden Unterstützungsfällen für die Frage des Unterstützungswohnsitzes der einjährige Aufenthalt maßgebend ist. Wer also, ohne Almosen erhalten zu haben, z. B. seit dem 1. April 1908 in Berlin wohnt, hat mit dem heutigen Tage seinen Unterstützungswohnsitz in Berlin erworben.

Eine weitere, insbesondere für Vorortgemeinden erhebliche Änderung des bestehenden Zustandes ist durch eine Änderung des jetzigen § 29 herbeigeführt. Der Arbeitsort hat danach ohne Erfordernis für 26 Wochen einzutreten, und zwar auch wenn der Unterstützungsfall innerhalb einer Woche nach Beendigung des Arbeitsverhältnisses eingetreten ist, auch dann, wenn die Erkrankung nicht am Arbeitsort erfolgte. Der Wortlaut dieses neuen § 29 ist: „Erkrankt eine Person, die in einem Orte mindestens eine Woche hindurch gegen Lohn oder Gehalt in ein und demselben Dienst- oder Arbeitsverhältnisse gestanden hat, während der Fortdauer dieses Dienst- oder Arbeitsverhältnisses oder innerhalb einer Woche nach seiner Beendigung, so hat der Ortsarmenverband des Dienst- oder Arbeitsortes die Kosten der erforderlichen Kur und Verpflegung für die ersten 26 Wochen nach dem Beginn der Krankenpflege endgültig zu tragen, oder, wenn die Krankenpflege von einem anderen Armenverband gewährt worden ist, diesem zu erstatten.“

Die Verpflichtung des Ortsarmenverbandes des Dienst- oder Arbeitsortes erstreckt sich auch auf die Fälle der Erkrankung derjenigen Angehörigen des Dienstverhältnisses oder Arbeiters, welche sich bei ihm befinden und seinen Unterstützungswohnsitz teilen, sofern nicht nach Abs. 1 eine Verpflichtung eines anderen Ortsarmenverbandes dadurch begründet wird, daß die Angehörigen selbst im Dienst- oder Arbeitsverhältnis gestanden haben.

Wird im Falle der Erkrankung einer der in dem Abs. 1, 2 bezeichneten Personen Kur und Verpflegung auf Kosten einer Krankenkasse gewährt, und muß bei Beendigung der Leistungen der Kasse die Armenpflege eintreten, so sind die Kosten der letzteren von dem Ortsarmenverbande des Dienst- oder Arbeitsortes in derselben Weise zu tragen oder zu erstatten, wie wenn die Armenpflege schon in dem Zeitpunkt eingetreten wäre, in welchem die Leistungen der Krankenkasse begonnen haben.

Die Vorschriften des Abs. 1, 3 finden auf Lehrlinge Anwendung.

Schwangerschaft an sich ist nicht als eine Krankheit der vorstehenden Bestimmung anzusehen.

Die Novelle schafft den Landgemeinden, insbesondere dem Großgrundbesitz, wie wir seinerzeit darlegten, außerordentlich hohe finanzielle Vorteile. Das war der Zweck der Vorlage. Unbeabsichtigt ist sie aber durch die Herabsetzung der Voraussetzungen für die Unterstützungspflicht in anderen Fällen für Arbeiter von Vorteil. Ein gedeihliches Unterstützungswohnsitzgesetz müßte auf der Grundlage großer Verbände als Träger der Unterstützungspflicht beruhen.

Die Novelle schreibt endlich vor, daß das Unterstützungswohnsitzgesetz am 1. April 1910 auch in Elsaß-Lothringen eingeführt wird, so daß nur noch Bayern mit den Schäden seines „Heimatrecht“ genannten Armengesetzes ein noch rückständigeres, dem Unterstützungswohnsitzgesetz bedürftigen unvorteilhafteres Unterstützungsgesetz hat als das übrige Deutschland.

Die Balkankrise.

Heute hat der serbische Gesandte Simitsch in Wien Herrn v. Lehrenthal endlich die serbische Note überreicht. Um jedes Mißverständnis zu befeitigen werden von Serbien folgende „Aussäuerungen“ gegeben: „Serbien erkennt, daß es durch die in Bosnien geschaffene Tatsache in seinen Rechten nicht berührt wurde, daß es sich demgemäß den Entscheidungen anpaßt, welche die Mächte in Bezug auf den Artikel 25 des Berliner Vertrages treffen werden. Indem Serbien den Ratsschlüssen der Großmächte Folge leistet, verpflichtet es sich, die Haltung des Protestes und Widerstandes, die es hinsichtlich der Annexion seit vergangenen Oktober angenommen hat, aufzugeben. Es verpflichtet sich ferner, die Richtung seiner gegenwärtigen Politik gegenüber Oesterreich-Ungarn zu ändern und künftighin mit diesem auf dem Fuße freundschaftlicher Beziehungen zu leben. Diesen Erklärungen entsprechend und im Vertrauen auf die friedlichen Absichten Oesterreich-Ungarns wird Serbien seine Armee bezüglich der Organisation, Dislokation und des Effektivstandes auf den Stand vom Frühjahr 1908 zurückführen. Es wird die Freiwilligen und die Verbände entlassen und entlassen und die Bildung neuer irregulärer Korps auf seinem Gebiete verhindern.“

Damit hat Oesterreich seinen Willen vollständig durchgesetzt, während Serbien nicht einmal bindende Versprechungen für wirtschaftliche Zugeständnisse von Oesterreich erhält, also weniger als wenn es das Angebot direkter Verhandlungen mit Oesterreich rechtzeitig angenommen hätte. Das Vertrauen auf die russische Hilfe ist dem armen Lande teuer zu stehen gekommen.

In Wien wird offiziell erklärt, daß die Note freundschaftliche Ausnahme gefunden hat. Graf Forgach werde morgen die österreichische Antwort dem Minister Milowanowitsch übergeben. Damit sei die serbische Krise erledigt.

In Belgrad wurde die Note der Mächte in der Skupstina verlesen. Darin wird die serbische Regierung aufgefordert, die Note an Oesterreich zu überreichen und ihr die österreichische Zusicherung mitgeteilt, daß Oesterreich in keiner Weise auf Serbien einen Druck ausüben, die normale Entwicklung der serbischen Wehrmacht nicht verhindern und die Unabhängigkeit Serbiens nicht antasten werde.

Die Verlesung wurde unter vollständigem Schweigen angehört und dann die Sitzung geschlossen. Der öffentlichen Sitzung war eine geheime von zweieinhalbstündiger Dauer vorausgegangen.

Die Serben trösteten sich über ihre Niederlage mit Nebancherhoffnungen. Milowanowitsch erklärte im altradikalen Klub, Serbien besitze das Versprechen Kupfands, daß dieses bei passender Gelegenheit und günstigerer politischer Konstellation in Europa die serbischen Interessen wahrnehmen werde, und Pasitsch fügte hinzu, der Augenblick der Vergeltung sei nicht allzu fern. In Wien scheint man diese Drohungen ernst zu nehmen. Ein offizieller Artikel kündigt an, daß Oesterreich genötigt sein werde, seine Nachmittel mindestens in dem heutigen Umfang aufrecht zu erhalten. Das scheint darauf hinzudeuten, daß man in Oesterreich mit der Abrüstung nur sehr allmählich vorgehen wolle, vorausgesetzt daß das offiziöse Blatt nicht nur Stimmungsmache für neue Militärforderungen betreiben will.

Die dynastische Krise.

Belgrad, 31. März. Im Nationalklub teilte der Justizminister mit, die Regierung habe die volle Gewissheit, daß der König fest entschlossen sei, sofort nach Lösung des österreichischen Konfliktes zugunsten seines Sohnes Alexander auf den Thron zu verzichten.

Anderen Meinungen zufolge sollen die Kragegewölbe ganz beseitigt werden. Peter verlangt übrigens für den Verzicht eine jährliche Spanne von 250 000 Frank. Wer diese bezahlen soll, darüber schweben Verhandlungen. Erhielte Peter wirklich eine solche Rente, so würde die Ermordung der Obrenowitsche, auf der das Gottesgnadentum der serbischen Dynastie beruht, eine ganz neue Art von Raubmord darstellen und die Verwandlung des durch Raub Erworbenen in eine Leibrente wäre eine bemerkenswerte Bereicherung der Kriminalistik.

Zur Verzichtleistung Georgs.

Zeitungsberichte zufolge besprach in der gestrigen Sitzung des Zentralkomitees der serbischen Sozialdemokratie der Abgeordnete Kaplerowitsch die Affäre des Dieners Kolakowitsch. Der König habe sofort nach der Veröffentlichung der Affäre im „Zwono“ vom Vizepräsidenten Auskünfte verlangt. Diese lauteten dahin, daß Kolakowitsch auf dem Sterbebette den Kronprinzen Georg beschuldigte und daß die eingeleiteten Recherchen die Richtigkeit seiner Angaben erwiesen. Trotzdem verlangte der König vom Minister des Innern eine Kronprinzessin entlastende Darstellung, was der Minister ablehnte. Der König wendete sich an Pasitsch, der unter der Bedingung der Verzichtleistung des Kronprinzen dessen Rettung versprach und zwei Ärzte zur Ausstellung eines entsprechenden Zeugnisses veranlaßte. Die Versammlung gab lebhaftes Entzücken kund und erklärte, wenn der königliche Mörder nicht bestraft wird, könnte leicht der Tag kommen, an welchem der königliche Mörder gehängt wird.

Politische Uebersicht.

Berlin, den 31. März 1908.

Auswärtiges.

Aus dem Reichstage (31. März.) Beim Etat des Auswärtigen Amtes wurde eine Anzahl Einzelragen in sehr vielstetiger Debatte erledigt. So wurde durch den national-liberalen Abgeordneten Lehmann-Jena die Angelegenheit des Professors Kahlenbeck angeschnitten. Wie sich aus der Debatte, insbesondere durch die Auskünfte des Staatssekretärs v. Schoen ergab, liegt kein Grund zu der Annahme vor, daß Herr Kahlenbeck zu Unrecht von der Universität Lausanne entlassen worden ist. Er hat dort, wie Genosse Scheidemann es ausdrückte, unläuterer Wettbewerb bei der Gewinnung von Studenten für seine Kollegien getrieben. Die Alldeutschen haben versucht, den „Fall“ zu einer kleinen Hege gegen die Schweiz zu fruchtigieren. Herr Lehmann-Jena war der Sachwalter der Kahlenbeck-Freunde. Gegen ihn führte der Freisinnige Eichhoff ganz treffende Gründe ins Feld. Der Dr. Pfeiffer (Z.) dagegen suchte die Gelegenheit auszunützen, um deutsche Väter einzuschüchtern, ihre Söhne nach Lausanne zu schicken, da sie dort in zu nahe Verührung mit „russischen Revolutionären“ kommen würden! Namens der Regierung wies indes Herr v. Schoen vernünftigerweise alle Zumutungen zurück, deutsche Studenten vom Besuch der Universität Lausanne abzuhalten.

Genosse Scheidemann zeigte dann an der Hand der Berichte der Montagsdebatte im englischen Unterhause, wie durchaus gerechtfertigt und zeitgemäß der sozialdemokratische Versuch war, in diesem Augenblick die Initiative zu einer internationalen Verständigung, insbesondere mit England über eine Einschränkung der Seerüstungen herbeizuführen. Konnte er doch eine Aeußerung des englischen Marineministers Sir Edward Grey verlesen, aus der hervorgeht, daß gerade jetzt auch die Anregung zur Beseitigung der Skaperen im Seekriege bei der englischen Regierung auf fruchtbaren Boden gefallen wäre. Diesmal würde es also wohl auch so gehen, daß die anfänglich von der Regierung und den bürgerlichen Parteien zurückgewiesene sozialdemokratische Anregung sich schließlich doch noch durchsetzte. Treffend wies Scheidemann einen solchen Entwidlungsprozeß nach an der Marokkoffäre von dem Verbot der Jaurès-Versammlung und der „Politik in der Hagenheide“ bis zu dem Zeitpunkt, in dem Fürst Bülow sich mit anderen Leuten um die Ehre gerauft hat, die „Politik der Hagenheide“ ausgeführt zu haben. Fürst Bülow war wieder einmal nicht zur Stelle, so daß er der unangenehmen Notwendigkeit, zu antworten, entgangen ist.

Dann wurde vom Genossen Stadthagen eine sozialdemokratische Resolution auf Aufhebung derjenigen bundesstaatlichen Ministerialanordnungen begründet, die von ausländischen Arbeitern die Veranschlagung entgeltlicher Legitimationskarten verlangen und ausländischen Arbeitern insbesondere für den Fall die Ausweisung androhen, falls sie nicht im Besitz solcher Legitimationskarten sind.

Nachdem Stadthagen in mündlichen Darlegungen die Barbarei und Rechtswidrigkeit des Legitimationszwanges und der Gelderhebung dafür nachgewiesen hatte, die ein Regierungskommissar vergeblich zu entkräften versuchte, wurde die Resolution mit einer Mehrheit, bestehend aus Sozialdemokraten, Zentrum, Freisinnigen und Polen angenommen.

Um 6 Uhr wurde dann eine zweistündige Vertagung beschlossen, damit in einer um 8 Uhr beginnenden Abend Sitzung die zweite Lesung des Etats beendet werden könne.

Vor leerem Hause fand die Abend Sitzung statt. Mit Blitzgeschwindigkeit wurden 100 Titel fast ohne Debatte erledigt. Ein bischen Leben brachte Liebermann von Sonnenberg in die Bude, der schließlich das Wort ergriff, ohne vom

Präsidenten aufgerufen zu sein und sich eine scharfe Brüstung durch Herrn von Schoen gefallen lassen mußte. Genosse Singer suchte der Komödie ein Ende zu machen und die Würde des Hauses zu retten; er beantragte, in die Beratung des Etats der Eisenbahnen nun nicht mehr einzutreten. Der Antrag wurde zwar abgelehnt, aber Herr von Stolberg maßte, von Singer interpelliert, zugeben, daß vom Präsidium nicht korrekt verfahren worden war. Nachdem noch ein Redner gesprochen hatte, wurde schließlich doch zum Gaudium der Sozialdemokraten ein Vertagungsantrag angenommen.

Interpellation wegen der Werkspensionskassen.

Die sozialdemokratische Fraktion hat folgende Interpellation eingebracht:

„Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß sich durch die von Arbeitgebern für die Arbeiter ihrer Betriebe errichteten Pensions-, Witwen- und Waisen-Kassen schwere Mißstände und Schädigungen für die aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter ergeben haben?“

Ist der Herr Reichskanzler bereit, durch eine gesetzliche Regelung der Rechtsverhältnisse dieser Kassen einrichtungen den zutage tretenden Mißständen zu begegnen, insbesondere die Ansprüche der aus den Betrieben ausscheidenden Arbeiter zu toahren durch die Berechtigung der Arbeiter auf eine freiwillige Weiterversicherung oder die Verpflichtung der Kassen auf Rückzahlung der Beiträge?“

Die Interpellation wird nach Ostern zur Beratung kommen. —

Das Parlament der Langeweile.

Ein herrlicher Anblick ist es, den das preussische Abgeordnetenhaus in diesen Tagen gewährt. Von den 443 „Volksvertretern“ sind knapp hundert im Hause und nur etwa ein Duzend im Saale anwesend. Diese zwölf Mann warten geduldig, bis der Präsident sie aufruft; würdevoll besteigen sie die Rednertribüne und richten an den Eisenbahnminister die höfliche Bitte, bisweilen auch das dringende Ersuchen, endlich mit dem Vau der und der Linie zu beginnen, die für ihren Kreis von ganz besonderer Bedeutung ist. Und wehe dem Armen, wenn sie etwa auf das Wort verzichten! Die Kreis-eingesessenen verfolgen die Debatte mit gespanntester Aufmerksamkeit, sie würden den Abgeordneten, die ihre Kirchturnsinteressen nicht wahrnehmen, erbarmungslos absagen. Tausendmal eher verzeihen die Spießbürger die schärfsten Verläufe gegen das Parteiprogramm als derartige Unterlassungsünden. Wenn aber ein Redner einmal vom Glück begünstigt ist und die Eisenbahnverwaltung trotz seiner Rede eine Bahnlinie projektiert, dann ist des Jubels über den „erfolgreichen“ Vertreter in seiner Heimat kein Ende und seine Wahl ist auf ewige Zeiten gesichert, namentlich dann, wenn er es bei der Wahlkitation versteht, sich mit dem üblichen Glorionschein zu umgeben und seinen Wählern von seinem weittragenden Einfluß etwas vorzuzahlen.

Diese Art Debatten reimt man in Preußen „Beratung der Sekundärbahnvorlage“. Drei, vielleicht auch vier Tage hintereinander müssen die paar Mann, die es mit ihrer Pflicht ernst nehmen und noch nicht nach Hause greift sind, das Gehörwäg mit anhören, bis auch sie endlich erleichtert aufatmen und sich in ihre Heimat begeben können, um sich dort von den „Strapazen“ zu erholen. Möglich, daß die Erlösungstunde schon Donnerstag schlägt, möglich aber auch, daß es noch bis Freitag in Geduld auszuhalten gilt.

Neue Blochhoffnungen.

Gestern verkündete der Abgeordnete Kaufmann von der Reichstagstribüne herab, daß der Bloch tot sei; heute spricht aus den Spalten der Blochblätter heraus die stille Frühlingshoffnung, daß der Bloch den Höhepunkt der Krise überstanden habe und zu neuem Leben erheben werde. Hätte, so heißt es, die gestrige Reichstagsverhandlung auch keine entscheidende Wendung gebracht, so hätte sie doch die Aussichten auf eine gemeinsame Lösung des Problems der Reichsfinanzreform durch die Blochparteien wesentlich verbessert. Selbst die „Neuztg.“ findet, daß durch die Reichstagsdebatte vom Dienstag „das baldige Zustandekommen der Finanzreform sehr gefördert“ worden sei. Besonders ist aber in die Herzen der süddeutschen Volksparteiler die Hoffnung, vorläufig noch Regierungspartei bleiben zu können, wieder eingezogen. „Der Bloch beginnt sich wieder aufzurichten“, jubelt, wie uns aus Stuttgart telegraphisch wird, heute wieder das führende Organ der sächsischen Demokratie, der Stuttgarter „Neobauer“, das Sprachrohr des Herrn Payer. Wenn nicht alles täuscht, hat Bülow doch noch Aussichten in wieder aufzurichten.“

Gestern forderte dasselbe Blatt noch auf, den sinkenden Blochdabber zu vercharren zur Freude hunderttausender achtfreisinniger Männer.

Das ist die bürgerliche Demokratie, ein hoher Darm voll Furcht und Hoffnung, daß sich Gott erbar!“

Zur Landtagswahlwahl in Wm.

Stuttgart, den 31. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

In Wm hat bei der Nachwahl für den verstorbenen Abgeordneten Mayer-Wm die Sozialdemokratie eine höhere Stimmenzahl erzielt als die Volkspartei, die an die dritte Stelle gerückt ist. Nur mit Hilfe der Sozialdemokratie hat die Volkspartei das Mandat bisher gegen die nationalliberale Partei behaupten können. Für den zweiten Wahlgang am kommenden Sonnabend, den 2. April, ist die relative Mehrheit entscheidend. Die Volkspartei verlangt nun von der Sozialdemokratie, diese solle, obgleich die stärkere Partei, ihre Kandidaten zugunsten der Volkspartei zurückziehen. „Höhere Gesichtspunkte“ müßten die Sozialdemokratie leiten, damit das Mandat ja nicht den Nationalliberalen zufalle. Die Sozialdemokratie beschloß aber als zweitstärkste Partei ihre Kandidatur aufrecht zu halten. Die Demokraten, statt die Wahlhilfe der Sozialdemokratie bei früheren Wahlen nun mit Gleichem zu vergelten, sind zu dem Beschluß gekommen, ihre Kandidatur gleichfalls aufrecht zu erhalten und den Wahlkreis den Nationalliberalen in die Hände zu spielen. Die Demokraten verlangen von der Sozialdemokratie freis und unter allen Umständen Wahlhilfe von wegen der „höheren Gesichtspunkte“. Diese selben Demokraten aber genieren sich gar nicht, die Reaktion zu stärken und der Sozialdemokratie in den Rücken zu fallen, wo sie nur können, ebenfalls von wegen der „höheren Gesichtspunkte“.

Eine Miniaturrevolte im württembergischen Landtag.

Stuttgart, den 31. März.

(Privatdepesche des „Vorwärts“.)

Der württembergischen Regierung brachte eine Heberkränzung die heutige Etatsberatung in der Zweiten Kammer. Die Gesellschaft in München wurde mit großer Mehrheit gestrichen. In der Kommission wurde die Posten mit elf gegen die drei Stimmen

unser Genossen angemessen. Auch bei der Etatsberatung sprachen sich die Führer der bürgerlichen Parteien für die Bewilligung aus. Der sozialdemokratische Innen-, Genosse Keil, wies demgegenüber auf die Finanzmiserie um die 12 Proz. Steuererhöhung hin und betonte, daß mit diesem Jänner die Weitererhebung kassipoliger Steuern nicht zu vereinbaren sei. Er verlangte, daß die gewisse Rücksichtslosigkeit, e der Finanzminister für notwendig erachtet hatte, durch Ersetzung der Staatsinstitutionen sich in erster Linie gegen die so unruhige, aber kostspielige Einrichtung, wie diese überflüssige Gehaltszahl, richten sollte. Der Ministerpräsident antwortete von obenherab, war er doch von der Annahme der Etatsposition überzeugt.

Bei der Abstimmung versagten aber die Vertreter sämtlicher bürgerlichen Parteien mit Ausnahme des Zentrums ihren Führern den Gehorsam. Die vorkommenden Führer suchten dadurch, daß sie demonstrativ die Front traten und mit ja stimmten, die Fraktionsgenossen zum Gehorsam zurückzuführen und die Position für die Regierung retten. Vergeblich. Die Verbilligung über die Ablehnung der Polon war um so größer, als Nationalliberale und Konservative ganz spontan die Revolte mitmachten.

Die erste Kammer wird wahrscheinlich die Position wieder einnehmen. Dann hat aber wieder die zweite Kammer das Wort.

Handelkammer.

Die Doppelner Handelskammer hat in ihrem vor einigen Tagen veröffentlichten Jahresbericht Stellung genommen zur Sozialpolitik. Das geschieht in folgender Weise:

Warnend men wir auch dieses Jahr wieder unsere Stimme erheben in einem Weitererfahren auf der abschließlichen Wahl die deutsche Sozialpolitik betreten hat. Es gibt 4 Kapitel in unserer inneren Politik, das für das deutsche Unternehmertum gleich unerträglich wäre; 4 ernster, banger Sorge bilden wir auf die Entwickeln, die sich hier vollzieht. . . .

Schritt für Schritt eichen Regierung und Parlament vor der Begehrlichkeit d. Massen zurück — die Stimme der Industrie und ihrer besonnen und sachkundigen Vertreter verhallt unbeachtet, vielfach fast ungehört. Forderungen, die noch heute vom Ministerische ausserlich als unberücksichtigt, als unerfüllbar bezeichnet werden, sollen morgen plötzlich verwirklicht werden, weil irgend ein zufälliger, von Menschenhand nicht zu hindernes Ereignis eintritt ist, das Begehrlichkeit geschickt für sein Zweck zu nützen versteht. Nicht praktische Tatkraft, nein ideale, theoretische Erwägungen sind für entscheidend, ob eine neue gesetzgebende Maßnahme ezeitigt werden soll oder nicht. Aus solchen theoretisch-idealen Erwägungen heraus ist gegen den einmütigen Widerstand des gesamten deutschen Unternehmertum der Plan der Errichtung von Arbeitskammern entstanden, in allerjüngster Zeit die Novelle zum Vergleiche mit ihren iherheitsmännern (Arbeiterkontrollanten) entstanden.

Dum Schluß ruft das Handelskammerorgan erbittert aus: „In ihrem Kampfe gegen diese herbenbringende Sozialpolitik steht die deutsche Industrie so gut wie allein.“

Es ist kein Wunder, daß die Handelskammer von solchen Anschauungen beherrscht wird, hört ihr ja als einflussreichstes Mitglied der Generaldirektor u. Geheimrat Uthemann an, früher im Handelsministerium tätig, derselbe Herr, der als Generaldirektor der Glesche-Grubahn Oberstelefen die brutale Maßregelung der Steiger wegen Gehörigkeit zum Wunde der technisch-industriellen Beamten durchgeführt hat.

Auch in der Plenarberatung der Doppelner Handelskammer referierte er über die neue Gesetzesnovelle und äußerte darüber:

„Die neueste Vergeßselbe ist wieder einmal ein Gegenstandsprodukt. Sie vertritt ihre unmittelbare Entstehung in letzter Linie ein zufälligen Ungeschicklichkeit, die beim Tode des Prinzen Eitel Friedrich in Rabbo untergelaufen ist. Der Feind wurde nämlich und in tiefer Dunkelheit auf den Rechenhof on Rabbo gefahren, mitten in eine erregte, in Teil alkoholisierte Menschenmenge hinei. Die Menge demächtigte sich des Prinzen, um ihm die bekannt sozialistischen Forderungen nach Reichsberggesetz und Arbeiterkontrollanten in ihrer Art vorzutragen. Dieser Vortrag besch in dem vorliegenden Gesetzentwurf verdrängt.“

Schließlich verhöhnt Herr jeman auch noch den Handelsminister, der mit der Vorlage i die Seele des einzelnen Arbeiters kämpfen wolle. Der Generaldirektor meint: Dieses Seelenkämpfen mit direkt hinter dem Gefundbeten.“

Reichstagswahlwahl Cochem-Adenau.

Bei der Reichstagswahlwahl Wahlkreise Cochem-Adenau (Wies) erhielt von 13 403 abgegebenen Stimmen Bauh (Z.) 12 407, David (Soz.) 488 und Per (Richtung unbestimmt) 488; die übrigen Stimmen waren zerstreut.

Zu Jahre 1907 erhielt der Brunsmandidat 17 108 Stimmen, der sozialdemokratische Kandidat 59 777. Die sozialdemokratischen Stimmen sind also um 424 Stimma gestiegen.

Die „Reform“ des Strafprozesses.

Dem Reichstag sind jetzt die Vorwürfe der neuen Strafprozessordnung, der Abmängung des Gerichtsverfahrens, der Abmängung des Strafverfahrens und des Strafverfahrens zugegangen. Soweit sich bis jetzt überlegen läßt, ist der Inhalt im großen und ganzen derselbe, wie in dem Bundesrat überreichten Entwürfen des Reichsjustizamtes, de wesentlichen Bestimmungen wie feinerzeit eingehend besprochen en.

Dem preussischen Abgeordnetenhaus.

ist ein Gesetzesentwurf über den Hwerlobetrieb ausländischer juristischer Personen und den Geschäftsbetrieb außerpreussischer Gewerkschaften zugegangen. Der Entwurf bestimmt, daß ausländische juristische Personen zum Ein von Bergwerkseigentum, unbeweglichen Bergwerksteilen und händigen Abbaugerechtigkeiten der Genehmigung des Königs e der durch königl. Verordnung bestimmten Behörden bedürfen. Das Gleiche gilt von Gewerkschaften, die in einem anderen Reichstaat ihren Sitz haben.

Landbändlerische Pflichtigkeit.

Die Führer der Landbändler e unter Leitung des Chefredakteurs der „Deutschen Tageszeitung“, der sich bekanntlich die Kognatmarke * * * z Symbol erkoren hat, den Feldzug gegen die „die Landwirtschaft ruinierende“, das „deutsche Familienleben untergrabende“, den „deutlen Bauernstand und damit auch die deutsche Wehrkraft vernichtende“ Nachlasssteuer mit verstem Hochdruck fort. Dieser an die gemeinsten Profitinstinktpellerenden demagogischen Agitation gegenüber stellt i „Rostocker Zeitung“ nochmals in spöttischer Weise fest, wie weit die Nachlasssteuer, wenn sie in der von der Regierung vorgeschlagenen Fassung im Reichstago Annahme fänden bäuerlichen Besitz belasten würde.

„Wenn jemand“ so heißt es in der Zeitung, „20 000 bis 30 000 M. hinterläßt, so gehen davon sechswechse ungenügend!

0,5 Proz. gleich 100—150 M., und diese ungeheure Summe soll bezahlt werden in 20 Jahren, also jährlich 5—7,50 M. Da behauptet der Bund der Landwirte, diese Abgabe hindere die Vererbung in der Familie, vernachlässige den Verkauf des ererbten Gutes! Für solche, die mit ländlichen Verhältnissen nicht vertraut sind, sei bemerkt, — für Landwirte ist es nicht nötig — daß die meisten Erbpächterstellen 15 000 bis 20 000 Quadratrußen enthalten, zurzeit einen Preis von 40 000 bis 100 000 M. haben und durchschnittlich zur Hälfte bis zu zwei Dritteln des Wertes mit Hypotheken belastet sind, so daß sie durchschnittlich einen reinen Vermögensbestand von 20 000 bis 30 000 M. haben.“

Der Verfasser berechnet dann die Steuer in den verschiedenen Stufen und fährt fort:

Die armen Hinterbliebenen, denen nur ein Erbe von 75 000 M. zufällt, die sollen auf einem Betrag 750 M. zahlen oder jährlich 20 Jahre hindurch 35 M. Wie können die Gesehgeber verlangen, daß von einem Nachlaß von 50 000 M., der in einem Grundstück schließt, 350 M. mobil gemacht werden sollen! Der reiche Geldmensch erwirbt leicht die weggegebenen 350 M. wieder. Aber wehe! Dem armen ländlichen Erben bleibt nichts übrig, als das Grundstück, das von einer Reihe von Vorfahren ererbte Familiengut, nach und nach oder mit einmal zu verkaufen! Das sind die schrecklichen Folgen der Nachlasssteuer, deshalb sei sie verdammt in die unterste Hölle.“

Es ist allerdings empörend, daß ein Mensch, der 30 000 Mark erbt, davon 20 Jahre lang 750 M. an Nachlasssteuer zahlen soll. Solche Zumutung ist tatsächlich so horrende, daß sie unbedingt in den Mimosenkammern der behabigen Bauern allen Idealismus, allen Familiensinn, alle Vaterlandsliebe ersticken muß. Man denke nur: ganze 750 M. pro Jahr. Da ist es schon besser, man legt auch noch die aus der Nachlasssteuer zu erwartenden Beträge den Arbeitern auf. Zwar sollen ihnen schon ohnehin 400 Millionen Mark neue Steuern aufgebürdet werden; aber das macht nichts; auf etwas mehr oder weniger kommt es nicht an, denn die deutschen Arbeiter haben nicht so sensible Gemüter wie die wohlhabenden Bauern. Sie fingen trotz der ihnen zugunsten der Notleidenden in Fischpelzen aufgebürdeten Steuer- und Zolllasten doch noch oft „Was ist des Deutschen Vaterland?“ oder „Ich bin ein Preuße, kennt ihr meine Farben?“

Ein vernünftiger Beschluß.

Stuttgart, 31. März. Die zweite Kammer hat heute bei der Beratung des Etats die Münchner Gesandtschaft, für welche 24 600 M. in den Etat eingestellt waren, abgelehnt, obgleich Ministerpräsident von Weizsäcker erklärt hatte, er könne nicht einsehen, inwiefern die Verhältnisse sich anders entwickelt hätten als früher.

Die Sondergesandtschaften der Bundesstaaten sind seit der Gründung des Reichs die überflüssigsten Gebilde, die sich denken lassen. Einmalen, die den Steuergebern für nichts und wieder nichts viel Geld kosten. Dem Stuttgarter Beispiel ist recht viel Nachfolge zu wünschen.

Eine praktische Maßnahme.

Der Bamberger Magistrat hat beschlossen, gegen die sämtlichen Metzger der Stadt, die sich zu einer Fleischpreiserhöhung nicht verstehen wollen, trotzdem die Einkaufspreise für Schlachtvieh verhältnismäßig niedriger geworden sind, energisch Front zu machen. Es sollen fünf Fleischbänke in der städtischen Fleischverkaufsstelle, wenn sie von den Metzgern nicht mehr gepachtet werden, zum Verkauf von Fleisch den Viehhältern, die selbst schlachten, gratis überlassen werden. Auch die städtische Fleischbank soll zu gleichem Zwecke eingeräumt werden.

Wolke-Gardenprozess.

Am 20. April wird vor der 4. Strafkammer am Landgericht I der neue Verleumdungsprozess Wolke gegen Garden verhandelt. Wenn Herr Philipp Culenburg vernommen werden muß, so wird seine Vernehmung kommissarisch auf Schloß Liebenberg erfolgen. Die Beweisaufnahme dürfte jedenfalls den gleichen Umfang annehmen wie in den beiden vorangegangenen Prozessen. Den Vorsitz im Gerichtshofe wird wieder Landgerichtsdirektor Lehmann, der Leiter der vorigen Strafkammerverhandlung, führen.

Der militärische Begriff der Gehoramsverweigerung.

Aus Brandenburg a. H. wird berichtet: Nach einer größeren Marschübung ließ der Fahnenjunker Unteroffizier Bartels vom Brandenburgischen Füsilierregiment Nr. 85 die Rekruten auf dem Kasernenhofe den Präsentiergriff üben. Der Füsilier Metzger machte die Griffe nicht zur Zufriedenheit des Fahnenjunkers und mußte — während die übrigen Rekruten ihre Studien aufsuchen durften — die Übung fortsetzen. Dadurch geriet der Rekrut in solche Erregung, daß er plötzlich dem Fahnenjunker sein Gewehr mit den Worten hinhielt: „Hier haben Sie mein Gewehr, zum Donnerwetter, glauben Sie, daß mich der Dienst nicht schon genug antreibt?“ Wegen Gehoramsverweigerung und Ungehorsamsverletzung unter dem Gewehr wurde der Rekrut vom Kriegsgericht der 6. Division am 20. d. M. zu drei Monaten Gefängnis verurteilt.

Gleicher erklärte, daß er gegen dieses Urteil Berufung einlegen werde.

Die Dresdener Wahlrechtsprozesse.

Von dem Dresdener Schöffengericht wurde am Mittwoch der Lagerhalter Genosse Eggert freigesprochen. Er hatte anlässlich der Straßendemonstrationen einen Strafbefehl über 5 Tage Haft erhalten, gegen den er Einspruch erhoben hatte.

Oesterreich-Ungarn.

Eine magyarische Parteireise.

Die ungarische Unabhängigkeitspartei, die stärkste Partei in der heute herrschenden Parteikoalition hat als Oppositionspartei die vollständige wirtschaftliche Trennung Ungarns von Oesterreich gefordert und ein Teil der Partei hält auch heute noch an dieser Forderung fest. Als nächsten Schritt verlangt dieser die Aufhebung der gemeinsamen osterreichisch-ungarischen Notenbank und Errichtung einer selbständigen rein ungarischen Bank in Budapest. Diese Meinungsverschiedenheiten hätten schon längst zur Krise geführt, hätte die internationale Situation diese nicht verzögert. Jetzt scheint aber der Ausbruch der Krise bevorzustehen, wie folgende Depesche aus Budapest zeigt: Die Mänter erklären den Ausbruch einer Parteireise für bevorstehend. Die Koalition der Parteien, aus welcher das Kabinett Dezerle hervorgegangen ist, werde anlässlich der Bankfrage aufgelöst. Diejenigen Elemente der Koalition, die der radikalen Lösung der Bankfrage widerstreben, werden wahrscheinlich eine einheitliche Regierungspartei, der Rest der gegenwärtigen Koalition eine Oppositionspartei bilden. Der Handelsminister Kossuth wird sich demnächst zu Verhandlungen mit der österreichischen Regierung in der Bankfrage nach Wien begeben, hierauf werden die entscheidenden Schritte zur Klärung der parlamentarischen Lage erfolgen.

Schweiz.

Die Arbeitslosenversicherung.

Die städtische Arbeitslosenunterstützung in Zürich erforderte im Winter 1908/09 eine Gesamtausgabe der Stadt von 49 681,25 Frank. Es wurden 484 Familien mit 1062 Erwachsenen und 1006 Kindern sowie 92 Einzelpersonen unterstützt.

Frankreich.

Das sozialistische Tageblatt eingegangen.

Paris, 28. März. (Fig. Ver.) Das Tageblatt „Revolution“ stellt mit der heutigen Nummer, der 56., sein Erscheinen ein. Diese Gründung ist also noch kurzlebiger gewesen, als man von vornherein annehmen mußte. Die Gründe werden im heutigen Leitartikel auseinandergesetzt. Das Blatt war auf seinen ursprünglichen (vom Anarchisten Melato zur Verfügung gestellten) Gründungsfonds von 30 000 Fr. angewiesen, der natürlich rasch aufgebraucht war — die zugesagten weiteren Unterstützungen blieben aus, ohne daß die Versprecher eine Schuld trafe. Die durchschnittliche Auflage betrug 30 000, der Verkauf in Paris 6000, wobei freilich der vorübergehende Aufschwung während des Poststreiks in Betracht gezogen werden muß. Immerhin ist dieser Utschlag nicht unbedeutend, wenn man die Schwierigkeiten erwägt, mit denen jede nicht auf die gemeine Neugier des Publikums spekulierende Pariser Zeitung zu kämpfen hat. Daß die „Revolution“, wie sie sich heute rühmt, wirklich die Ueberlegenheit der „direkten Aktion“ — wie sie sie versteht — über die parlamentarische bewiesen hat, ist eine begreifliche Selbsttäuschung, interessante Behandlung mancher Gegenstände kann ihr nicht abgesprochen werden. Dazu gehört namentlich die mit einer in der Pariser Presse nicht häufige Kenntnis des Gegenstandes redigierte Auslandskritik und auch die Artikelserie Kerkheims über die neuesten Finanzskandale. Der „Humanität“ hat die „Revolution“ keinen Schaden getan. Bei aller Vermählungsbegeisterung für anarchisierenden Antiparlamentarismus hat der Pariser Arbeiter doch genug politischen Instinkt, um sich dafür zu interessieren, welche sozialistische Politik in und außer dem Parlament betrieben wird.

Italien.

Genosse Costa als Vizepräsident.

Rom, 27. März. (Fig. Ver.)

Als vor nunmehr 15 Jahren ein sozialistischer Abgeordneter in der italienischen Kammer eine Rede mit den Worten einleitete: „Wir Sozialisten“ —, unterbrach ihn der Präsident und sagte: „Hier gibt es keine Sozialisten, hier gibt es nur Abgeordnete.“ Damals erkannte man also unserer Fraktion nicht einmal ein Bürgerrecht in der Kammer zu, und heute ist ihr Führer, Genosse Costa, einer der Vizepräsidenten. Damals standen hinter Costa vier, heute stehen hinter ihm 41 sozialistische Deputierte! Es ist ein tüchtiges Stück Weg zurückgelegt worden, und niemand war mehr als Costa geeignet, den Nachzuwuchs unserer Partei in Montecitorio zu personifizieren. Die 118 Stimmen, mit denen er gewählt wurde, sind die der gesamten äußersten Linken, da die Radikalen ihren Kandidaten vor dem sozialistischen zurückgezogen hatten.

Costa, der im 59. Jahre steht, sieht jetzt schon auf 38 Jahre sozialistischer Tätigkeit zurück. Als Mitglied der in Italien im Bakuninischen Geiste wirkenden Internationale wurde er 1873 verhaftet und wegen Verschönerung gegen die Sicherheit des Staates angeklagt. Nach elfmonatlicher Untersuchungshaft wurde aber das Verfahren gegen ihn eingestellt; die Polizeiverfolgungen hörten seitdem lange Jahre hindurch nicht auf; auch in Paris wurde er im Jahre 1878 wegen Teilnahme an revolutionären Umtrieben zu zwei Jahren Gefängnis verurteilt. Nach der Restitutions von 1893 fand Costa auf seinem Posten, und er verbrachte lange Monate in dem Mailänder Gefängnis in Erwartung des Urteils des Kriegsgesichtes. Costa gehört zu denen, die für die italienische Bewegung die meisten Opfer gebracht haben. Seit 1882 gehört er als Vertreter des Wahlkreises Imola der Kammer an; 10 Jahre später führte er den Vorsitz auf dem Kongress von Genua, wo sich die italienische Arbeiterbewegung von den Anarchisten schied und die Anhänger der Internationale wie die der italienischen Arbeiterpartei, deren Führer Bazzani, Croce und Casali waren, zu einer sozialistischen Arbeiterpartei mit marxistischem Programm verschmolzen. Costa hat seitdem nie aufgehört, für die Partei zu wirken, und seine Gestalt wird immer am besten geeignet sein, um die heroische Periode unserer Partei zu verdröpern. Die Jahre sind nicht spurlos an Costa vorübergegangen, und unser Genosse ist nicht mehr in dem Vollbesitz seiner Kräfte, die übermäßige Arbeit und übermäßige Entbehrungen zu früh angegriffen haben. Aber nie wird jemand repräsentieren die revolutionäre Energie unserer Bewegung so repräsentieren als gerade Andrea Costa, der die ersten schweren Kämpfe der Partei mitgelämpft, die ersten Siege mit ihr erungen hat.

Portugal.

Ministerwechsel.

Lissabon, 31. März. Der König hat die Demission des Ministeriums angenommen und Beira o mit der Neubildung des Kabinetts beauftragt.

England.

Die Flottenagitation.

London, 31. März. In der Guildhall fand heute eine Versammlung statt, in der nach einer mit stürmischem Beifall aufgenommenen Rede Balfours über das Schiffsbauprogramm der sofortige Bau von acht Dreadnoughts verlangt wurde.

Rußland.

Menschenraub.

Aus London wird uns geschrieben: Der russische Dampfer „Michael“ (Kapitän Tode) kam am Montag, dem 22., in den Millwall Docks aus Alban an und hatte am Borde unter anderen Passagieren zwei lettische politische Flüchtlinge aus Mitau, Johann Praude und Emilie Praude. Zwei Freunde der letzteren kamen auf das Schiff, um dieselben abzuholen, aber der Kapitän ging darauf nicht ein; er sagte, daß die englische Behörde die Flüchtlinge entdeckt und ihn beauftragt hätte, diese zurückzuführen, widrigenfalls er mit 1000 Rubeln bestraft würde. Alle Erklärungen und Bitten waren vergebens. Die beiden wurden gewaltsam auf ein anderes russisches Schiff („Sergei“, Kapitän Grelle) gebracht, welches gestern um 4 Uhr nachmittags London verließ. Nachfragen im Zollhause und bei den anderen erwähnten Behörden ergaben, daß die Angaben des Kapitäns Tode falsch waren und daß die Behörden weder einen solchen Auftrag gegeben noch die Flüchtlinge entdeckt hatten.

Eine neue Polizeimache?

Petersburg, 31. März. Eine weit verzweigte revolutionäre Organisation ist hier entdeckt worden. Siebzehig Personen, darunter mehrere Offiziere, wurden verhaftet, zehntausend Patronen, sowie eine große Zahl Infanteriegewehre wurden aufgefunden. Weitere Verhaftungen stehen bevor. Es ist festgestellt, daß ein Zusammenhang zwischen der hiesigen Organisation und den kaukasischen Revolutionären besteht.

Ministerreise in Finnland.

Helsingfors, 30. März. Die Senatoren Helt, Rydberg, Caströn, Schildt und Stenroos, sämtlich vom Verwaltungsdepartement, sowie der Senator Waldani vom Justizdepartement haben heute ihre Entlassungsgesuch eingereicht.

Gewerkschaftliches.

Die bayerischen Scharfmacher und die Arbeitslosenversicherung.

Am 30. März tritt im bayerischen Ministerium des Innern die aus Vertretern der Regierung, der Gemeinden, der Arbeiterorganisationen usw. bestehende Kommission zusammen, die den Auftrag hat, die von den dazu bestimmten Referenten ausgearbeiteten Entwürfe für eine Arbeitslosenversicherung zu prüfen. Nun haben auch die im Bayerischen Industriellenverband, im Verband bayerischer Metallindustrieller und im Verband süddeutscher Textilarbeitgeber organisierten Scharfmacher ihren Senf dazu gegeben. Die drei genannten Unternehmerverbände haben an das Ministerium eine gemeinsame Vorstellung gerichtet, in der sie sich entschieden gegen das Projekt erklären. In der Einleitung wird dargetan, daß die „Arbeit“ bei dem Aufbau unserer Volks- und der gesamten Weltwirtschaft bis in alle Ewigkeit dem Geiz von Angebot und Nachfrage unterliegen werde. Unsere Wirtschaftsordnung bedinge stets Veränderungen des Arbeitsmarktes, die Notwendigkeit, Arbeit und Verdienst zu erlangen, der Zwang, sich um Brot und Unterhalt zu bemühen, gehöre zu den elementaren Kräften, die das wirtschaftliche und gesellschaftliche Leben beherrschen. Die Scharfmacherclique geht sogar so weit, die genannte Notwendigkeit und damit die Arbeitslosigkeit, die zahllose arbeitsfreie Menschen zum Hungern zwingt, als eine Art Vorbedingung für die staatliche Macht und für die Kultur zu erklären; sie sei für jede Nation einer der ausschlaggebenden Faktoren für deren wirtschaftliche, kulturelle und politische Macht und Stellung.

Es wird dann die Bedürfnisfrage untersucht und natürlich durchaus verneint. Selbst in der Zeit des heutigen Tiefstandes herrsche teilweise Arbeitermangel, von einer Arbeitslosigkeit als Gesamterscheinung könne überhaupt nicht gesprochen werden; leide doch die Landwirtschaft seit langem an einem empfindlichen Mangel an Arbeitskräften. In der Industrie bestehe freilich ziemlich allgemein ein Ueberangebot an Arbeitskräften, andererseits sei im Bergbau ein Bedürfnis nach Aufnahme von Arbeitern vielfach vorhanden. Die Hauptmasse der Arbeitslosen werde jedoch von Ungelernten gebildet, die auch heute noch in anderen Tätigkeitsgebieten Arbeit finden könnten (wo, wird nicht verraten). Diesen würde durch die Arbeitslosenversicherung noch mehr der Anreiz genommen, sich außerhalb der großen Städte und außerhalb ihrer bisherigen Beschäftigungskreise Arbeit zu suchen. Die Arbeitslosenversicherung fördere die Anpassung der Arbeiter an neue Tätigkeitsgebiete nicht. Frech und lähnt wird dann die Behauptung aufgestellt, daß die Deffektivität über den Umfang der Arbeitslosigkeit irreführend worden sei, daß die Zahlungen der Gewerkschaften keine brauchbaren Unterlagen gäben. Für Bayern liege infolge seiner geringeren Industrialisierung am allerwenigsten ein Anlaß vor, das Problem der Arbeitslosenversicherung lösen zu wollen. Der Arbeitsmarkt in den wenigen Industriezentren zeige keine irgendwie bedenklichen Zustände, wohl aber leide die Landwirtschaft mehr als in anderen Staaten an einem notorischen Arbeitermangel.

Dann werden die einzelnen Versicherungsarten behandelt. Die Zwangsversicherung wird als ganz undiskutabel erklärt. Die sich mehr und mehr ausbreitende Tendenz, vom Staate alles und jedes zu erwarten, sei eine Folge sozialdemokratischer Beeinflussung, die die Persönlichkeiten unterdrücke und dafür unselbständige Massen züchte. Es sei auf sozialdemokratischen Einfluß zurückzuführen, wenn unter den Arbeitern mehr und mehr die Verpflichtung, einen Spargrößen zurückzulegen, in Vergessenheit gerate. Gerade jetzt sei das Sparen viel leichter möglich als früher. Hierfür wird Genosse Calver als Kronzeuge angeführt, der nachgewiesen habe, daß die Arbeiterlöhne bedeutend gestiegen seien. Wenn trotzdem keine Ersparnisse gemacht würden, so sei das die Frucht sozialdemokratischer Erziehung. Durch die Arbeitslosenversicherung werde das Selbstverantwortlichkeitsgefühl der Arbeiter unterdrückt, wenn nicht vielfach zerstört.

Es werden dann auch „technische“ Einwendungen geltend gemacht: Ungleichmäßigkeit des Risikos, Unmöglichkeit der Schaffung von Gefahrenklassen, Arbeitszwang und Freizügigkeitsbeschränkung, Kostendeckungsfrage usw. Die Arbeitgeber müßten von vornherein jede Leistung als eine die Grenzen ihrer Leistungsfähigkeit übersteigende Zumutung ablehnen, auch für die Arbeiter wäre der Beitrittswang bei der Ungleichmäßigkeit des Risikos eine Unbilligkeit.

Das Genter System wird ebenso erbarmungslos verdammt. Es passe für die deutschen Verhältnisse nicht, es sei und bleibe eine einseitige Förderung der Gewerkschaften. Die größte Gefahr dieses Systems liege darin, daß durch die staatliche Unterstützung die Gewerkschaftskassen entlastet und für ihre eigentliche Aufgabe: das Hauptgewicht auf den wirtschaftlichen Kampf zu legen, gestärkt würden, auch wenn die Arbeitslosenversicherung von den übrigen Kasseneinrichtungen getrennt geführt würde.

Einer Arbeitslosenversicherung stimmen also die bayerischen Scharfmacher in keiner Form zu, dagegen wollen sie einer vorbeugenden Arbeitslosenfürsorge ihre „ganzgültige Sympathie und Aufmerksamkeit“ zuwenden. Es sei vor allen Dingen erforderlich eine Wirtschaftspolitik, die die Industrie nach allen Richtungen fördere. Wenn Staat und Gemeinden umfangreiche Mittel zur Beschaffung von Notstandsarbeiten zur Verfügung stellen, so will man das gnädigst gestatten, ja, es wird sogar „beglückt“. Zuletzt entladen die Herren ihr sorgvolles Gemüt durch einen herzbewegenden Stoßseufzer nach einem Ausnahmegebot: „Letzten Endes würde es Aufgabe des Staates sein müssen, dem staatsgefährlichen Treiben der Sozialdemokratie Einhalt zu gebieten und die Arbeiter den sozialistischen Ideen zu entreißen und wieder zu den staatsbehaltenden Elementen zurückzugewinnen. Damit würde die Sparsamkeit und Zufriedenheit wieder in den Kreisen der Arbeiter einkehren, zum Vorteil der Wohlfahrt dieser Kreise, zum Vorteil des Staatsganzen.“

Also her mit einem Sozialistengesetz, dann werden die Arbeiter wieder zufriedene und genügsame Leute werden, die sich von den Scharfmachern willig ausbeuten lassen und das Elend der Arbeitslosigkeit als eine unerläßliche Staatsbürgerpflicht auf sich nehmen!

Unternehmerterrorismus und kein Ende!

Heute liegen ein paar besonders charakteristische Fälle vor: 1. Der Arbeitgeberverband von Goswig (Anhalt) hat an seine Mitglieder folgendes Rundschreiben gerichtet:

In die berechnlichen Mitglieder des Arbeitgeberverbandes!

Trotzdem wir uns noch im Winter befinden und außerhalb Goswigs fast überall Arbeitsmangel ist, fangen jetzt schon einige Agitatoren der sozialdemokratischen Organisationen an, zum kommenden Frühjahr für neue Mitglieder zu agitieren. Dies ist nicht etwa in einem einzelnen Betriebe, sondern bei mehreren unserer Mitglieder beobachtet worden, und auf Grund dessen hält es der Vorstand für angebracht, die Namen derer bekannt zu geben, die sich berufen fühlen, in der sozialdemokratischen Schararbeit sich besonders zu beschäftigen, damit sich jeder bei Einstellung neuer Arbeitskräfte nach seinem Verbleiben danach richten kann. Heute werden uns von unserem Mitgliede Nr. 13 (Fiedler, Amisof-Papierfabrik, D. B.) zwei diesbezügliche Leute bekannt gegeben, die Dienstag, den 23. d. M. (Februar) nach vorangegangener Kündigung ordnungsgemäß zur Entlassung kommen. Es sind dies die Arbeiter (folgen die Namen).

Hochachtung

Verband der Arbeitgeber Goswig und Umgegend.

Und was hatten die beiden Leute verborgen? Sie hatten eine Betriebsbesprechung einberufen, die auch stattfand, und zwar nicht, um Einrichtungen des Fiedlerschen Betriebes zu besprechen oder für die gewerkschaftliche Organisation zu agitieren, sondern um zur Errichtung einer Ortskrankenkasse für Fabrikarbeiter in Goswig Stellung zu nehmen. Das genügt dem Arbeitgeberverband, und dem Unternehmer Fiedler, um die Arbeiter auf die Straße zu werfen!

2. Folgendes geheime Rundschreiben:

Kemscheid, den 16. März 1909.

An die Mitglieder!

Es sind uns in letzter Zeit wiederholt Mitteilungen über Arbeiter in der Sägenbranche zugegangen, die sich als sogenannte Vertrauensmänner dadurch hervorgetan haben, daß sie der „Arbeiterzeitung“ gänzlich entstellte Berichte über Betriebsverhältnisse und über ihre Mitglieder liefern.

Es liegt durchaus im Interesse unserer Mitglieder, über solche Leute unterrichtet zu sein und ihre Betriebe davon frei zu halten. Wir empfehlen unseren Mitgliedern daher dringend, vor der Einstellung von Arbeitern stets bei der Geschäftsstelle, eventuell telefonisch, anzufragen, ob gegen die Betreffenden etwas vorliegt.

Hochachtungsvoll

Vereinigung der Sägen- und Maschinenmesser-Fabrikanten

von Kemscheid und Umgegend.

Der Geschäftsführer: Lüdicke.

Die „entstellten Berichte“ bestehen darin, daß in der „Arbeiterzeitung“ wahrheitsgemäß festgesetzt worden war, daß die Firma Strumm, zu deren Inhabern der freisinnige Stadtverordnete Ewald Strumm zählt, die Arbeiter der Kaisergeburtstagsfeier wegen hätte feiern lassen, ihnen nachher aber den Tagesdienst abgezogen hatte. Solch „humane“ Tat der Firma sollte also nicht bekannt werden; wird sie doch bekannt, so greift man irgendeinen Arbeiter heraus und überantwortet ihn der geheimen Feme!

Berlin und Umgegend.

Die Bewegung der Bauklemmner.

Ueber den Verlauf der Verhandlungen vor dem Einigungsamt, die an der Frage der Affordarbeit, wie im „Vorwärts“ schon berichtet, scheiterten, erstattete Cohen in einer stark besuchten Versammlung der Bauklemmner, die am Dienstagabend in Freyers Festsaal stattfand, Bericht. Nach der Drohung der Arbeitgeber sollte man eine große Aussperrung am 1. April erwarten. Wenn sie aber glauben, dem Deutschen Metallarbeiterverband einen Schlag damit zu verfehlen, so begehen sie einen großen Fehler. Der Verband ist stark genug, jedem Angriff der Klemmnermeister mit der größten Ruhe entgegenzutreten. Wenn die Meister glauben, daß die Organisation unter den Klemmnern nicht mehr so fest und geschlossen dasteht wie früher, so befinden sie sich im Irrtum. In den Reihen der Unternehmer dagegen scheint es nicht gar so sehr einig und fest auszusehen. Es ist bekannt geworden, daß die Charlottenburger Innung nicht mitun will; die Gründe sind noch unklar. Unter den Berliner Klemmnern macht sich viel Mißbehagen bemerkbar, viele trauen sich gegenseitig nicht; sie möchten abwarten, was die Arbeitnehmer beschließen, um ihre Taktik danach einzurichten. Die Arbeitnehmer haben aber keine Ursache, vorzeitig ihre Entschlüsse zu fassen. Sie sind vorbereitet, ob eine allgemeine oder teilweise Aussperrung erfolgt. Wenn ein Arbeitgeber in den nächsten Tagen seinen Arbeitern irgendeinen Vertrag oder eine Arbeitsordnung zur Unterschrift vorlegt, so ist die Unterschrift strikt zu verweigern und dem Verbandsrat Meldung davon zu erstatten. Schon am Sonntagabend ist von einem Betriebe eine solche Meldung eingelaufen. Die Aussperrten versammeln sich am Donnerstagmorgen im Gewerkschaftshause, aber niemand verlasse den Betrieb, wenn er nicht ausgesperrt worden ist. Jeder halte sich bereit, den Bau oder die Werkstatt zu verlassen, sobald die Organisation es für nötig hält, diesen Ruf ergeben zu lassen. In der Charitéstraße 3 ist ein Bureau für die Klemmner eingerichtet, wo alle Angelegenheiten in bezug auf diese Bewegung ihre Erledigung finden werden. Auch die Dirsch-Dunderschen wollen sich entschieden weigern, Affordarbeit zu übernehmen. Auf jeden Fall ist der Verband vorbereitet und gerüstet, allen seinen Verpflichtungen wird er nachkommen. Wenn die Arbeiter ihre Verpflichtungen erfüllen und ihre volle Schuldbiligkeit tun, so können die Unternehmer in diesem Kampfe nicht siegen. Die Rede Cohens wurde mit stürmischem Beifall aufgenommen.

In der Diskussion wurde gewünscht, daß der von den Arbeitern aufgestellte Tarif maßgebend sein sollte für das weitere Vorgehen; man wolle auf den geforderten Stundenlohn von 76 Pf. fest beharren. Cohen antwortete, es wäre leicht genug, gegenwärtig eine Anzahl Verträge durchzugehen, aber man sollte der Kommission das Vertrauen entgegenbringen, daß sie, in Uebereinstimmung mit den gewählten Vertrauensmännern der Betriebe, diejenigen Maßnahmen ergreift, die den größeren Vorteil im Kampfe versprechen. — Die Versammlung war damit einverstanden.

Eine Besprechung der Vertrauensmänner fand am Mittwochabend statt.

Ein kleiner Scharfmacher ist anscheinend der Fuhrwerksbesitzer Adam (Radsch. Neudorf) in Köpenick. In der vergangenen Woche sind von dem Herrn zwei Kutscher entlassen mit der Begründung, Arbeiter, welche lieber in die Versammlungen gehen als arbeiten, könne er nicht gebrauchen. Mit anderen Worten: weil die beiden Riffeläter Mitglieder ihrer Berufsorganisation, des Transportarbeiterverbandes, sind, wurden sie auf die Straße gesetzt. Die Entlassung erfolgte ohne Einhaltung der Kündigungsfrist. Während in einem Falle Herr Adam dem Kutscher die 14 Tage Lohn zahlte, muß der zweite Entlassene erst den Lohn einlagern. Auch in Sonntagsteiligung ist der Firmeninhaber erfolgreich tätig, ein Uebelstand, der den Transportarbeiterverband veranlaßt, am vergangenen Sonntag Herrn Adam durch einen Kontrollleur zu besuchen, und wegen Sonntagsteiligung zur Anzeige zu bringen. Bei dieser Präsentation geriet Herr Adam aus dem Häuschen, indem er dem Polizeibeamten, welcher durch den Kontrollleur herbeigeholt wurde, fragte: „Wollen Sie mich in dieser schweren Krise auch noch schädigen?“ Das Vorgehen des Herrn Adam gegen die Bestimmung seiner Leute ist um so unerbittlicher, als gerade Arbeitervereine und Gesellschaften bei Krempenpartien in erster Linie die Firma Adam in Anspruch nehmen. Die jetzt dort beschäftigten Kutscher sind nicht organisiert und führen demgemäß auch nicht die grüne Legitimationskarte. Anfragen beantwortet bereitwillig der Transportarbeiterverband Köpenick, Schönepfunder Straße 51. Telefon Köpenick, Nr. 155.

Luguspapierbranche. Den Teilnehmern unseres Vortragszuges geben wir hiermit bekannt, daß derselbe wegen zu schwachen Besuches abgebrochen worden ist. Jedoch hat sich Genosse Rittler bereit erklärt, uns in einer nach Ostern stattfindenden Branchenversammlung seinen Vortrag über den gewerkschaftlichen Arbeitsvertrag zu halten. Die Citationskommission.

Deutsches Reich.

Differenzen in den Veltener Lössfabriken.

Eine zahlreich besuchte Versammlung r in den Lössfabriken in Veltens beschäftigten Arbeiter nahm Stellung zu der von den Fabrikanten beschlossenen Einführung einer Fabrikordnung. Einige Bestimmungen der Ordnung steherin direktem Widerspruch mit dem bestehenden Lohnarif. Erheblich Widerspruch fand auch Ziffer VII der Fabrikordnung, die den Schadenersatz behandelt. Hier heißt es: „Der Arbeiter haftet mit seinem Lohn für jeden der Fabrik zugefügten Schaden an Stoffen, Modellen, Formen, Werkzeugen, Geräten, Fabrikaten, Mobilien und Immobilien. Dieferunkt des Entwurfs verstößt nach den §§ 394 und 400 des Bürgerlichen Gesetzbuches, die die Lohnaufrechnung behandeln, gegen die guten Sitten, ist somit rechtsunzulässig. Die Versammelten stellten sich auf den Standpunkt, daß alles das, was von der Arbeiterschaft idem Entwurf beanstandet worden ist, heraus muß, wenn die Fabrikordnung für die Arbeiter annehmbar sein soll; sie lehnen diesen Entwurf entschieden ab.

Eine Resolution, worin das Landkassamt ersucht wird, den Abänderungsvorschlägen der Arbeiter hutzutreten, fand einstimmige Annahme.

Streik der Steinarbeiter in Striegau. Vorige Woche versuchte der Verbandsvorsitzende Sirke Verhandlungen anzubahnen, doch ohne Erfolg. Keiner d Unternehmer wollte Vorsitzender der Unternehmerversammlung sein. Die Steinarbeiter, einmal zum Streik getrieben, begnügten sich jetzt nicht, nur die 5 Proz. Lohnreduzierung abzumehren, sondern sie haben jetzt die Forderung gestellt, daß die Unternehmer Gehälter und Scharfe ohne Abzug zu stellen haben, was eine Lohnerhöhung von 3 Proz. ausmacht. Die Unternehmer haben sich geantwortet: Wenn die Arbeiter auf dieser Forderung beharren, dann lehnen die Unternehmer Verhandlungen ab. Eine neue Anzahl Steinarbeiter reifen diese Woche ab, da Granitsteinen an mehreren Orten verlangt werden. Die anderen haben Zeit zum Warten, bis sich die Unternehmer zu Verhandlungen herbeilassen.

Streik beendet.

Der Streik der Damenschneider Wiesbaden ist beendet. Die Gehilfen haben die Arbeit wieder aufgenommen, nachdem die Unternehmer befriedigende Zugeständnisse macht haben.

Huslar.

Der Holzarbeiterstreik in Zürich ist beendet.

In einer stark besuchten Versammlung wurde der Streik bei Aeschacher aufgehoben und folgende Resolution mit großer Mehrheit angenommen:

„In Anbetracht, daß der Regierungsrat des Kantons Zürich, abgesehen den Streikenden bei der etwa Aeschacher absolut keine Ausschreitungen nachgewiesen wesen können, in unverantwortlicher Weise das Streikpostenstehen verboten und dadurch die Auffklärungsarbeit und somit als das Streiken unmöglich gemacht hat, beschließt die Versammlung:

Der Streik bei Aeschacher rd aufgehoben.“

Zu Händen der Arbeiterwelt soll beantragt werden: Es ist unerbütlich die Propaganda des Generalstreiks in Angriff zu nehmen, um in Zukunft die Schandtat der Regierung gebührend zu bestrafen.

Um die Propaganda des Generalstreiks wirklich zu fördern, soll der Unionsvorstand geeignete Besessenen bestellen, welche sofort in allen Sektionen anderen Gruppen — auch in den politischen Vereinen — unser Genossen über die gegenwärtige Situation aufklären.“

Aus dem Kampf bei Aeschacher und den dabei zutage getretenen Begleiterscheinungen in die organisierte Arbeiterwelt wieder einmal gründliche Studien schöpfen. Die Massenregierung zeigte sich hier wieder in reiner Form. Gezeigt hat sich aber auch, was es nützt, wenn die Arbeiterschaft, die Sozialdemokratie, Genossen in die Regierung wählt.

Welches Gefühl muß wolten Sozialdemokraten haben, wenn er als Präsident des Regierungsrates Ausnahmemaßregeln gegen seine Genossen, gegen Sozialisten zu ergreifen gezwungen wird. Wenn er Arbeiter, Familienväter, wegen nichts, aber auch gar nichts, von ihrer Familie, ihre Erbschaft vernichtet? Was bedeuten diesen Arbeiterkriegen gegenüber Regierungsratsrat 10 Wochen dauerter Kampf. Wegen Maßregeln ist der Konflikt ausgebrochen id mit zäher Ausdauer haben die Holzarbeiter gelämpft. Es dem organisierten Unternehmertum nichts genügt, die öffentliche Meinung mit entstellten Berichten zu füttern. Die Arbeiter waren imstande, die verbreiteten Lügen glänzend zu widerlegen.

Man rief eine bürgerliche Kampfbünde auf, welche die Aufgabe hatte, die Streikposten rdapuzieren, um so Stimmung zu machen. Man organisierte ausländische Streikbrechertransporte. Man scheute sich nicht, das schweizerische Gefindel aus dem Großstadtsumpf nach Zürich zu hieren, um so die Arbeiterschaft auf das äußerste zu reizen. Nicht wurde Staat und Polizei in Bewegung gebracht, um hal gegen die Arbeiter vorzugehen. Die Unternehmer müßten, ihre Massengenossen in der Regierung sie nicht im Stich lassen werden. Es hat auch gewirkt. Schwächlich wurde in die Hie der Arbeiter eingegriffen. Mit Polizeimittel und Staatswalt wurde der Streik abgewürgt. Die Fischermeister von Aeschacher werden an die Brust schlagen und erklären: Wir haben gef. Ja, die Herren haben gesagt, aber nicht aus eigener Kraft, pern nur mit Hilfe der Staatsgewalt. Es wird jedoch noch eine r kommen, wo die Herren diesen Sieg bitter bereuen werden, r Verlauf des Kampfes hat bei der ganzen Arbeiterschaft rd ausgelöst, welche dem proletarischen Kampfe nur zum Vorleisereichen werden. Auch die Holzarbeiter Zürichs werden nicht dempfi hängen lassen. Die Herren werden das spüren.

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Ein Erbro für Dr. Dertel.

Konstantinopel, 31. März. (W. L. B.) Die Deputiertenkammer sprach sich heute heutigen Beratung des Landstreichergesetzes für die Prägense aus.

DurLawinsturz getötet.

Gen, 31. März. (H.) Eine Lawine, welche in der Nähe von Roiettes niederging, tötete ein Wohnhaus, in welchem sich drei Frauen und ein Knabe befanden. Alle vier Personen wurden getötet.

Syertphus in Madrid.

Madrid, 31. März. (H.) Angesichts der hier herrschenden Typhusepidemie hat Behörde angeordnet, daß sämtliche Kirchen und Schulen einer Infektion unterzogen werden. In die Bevölkerung wird infolger herrschenden Not in den Kasernen jeden Tag Nahrung verteilt.

Reichstag.

288. Sitzung vom Mittwoch, den 31. März, nachmittags 2 Uhr.

Am Bundesratlich: v. Schoen.

Debatte über die Genehmigung zur Einleitung der Widerklage gegen die Abgeordneten Dr. Mugdan (fr. Sp.) und Kovsch (fr. Sp.) in einem Verwaltungsverfahren gegen unseren Genossen Dr. Wehring wegen Verleumdung nach dem Antrage der beiden Abgeordneten erteilt.

Es folgt die

Beratung des Etats für das Auswärtige Amt.

Die Beratung beginnt mit dem Titel „Gehalt des Staatssekretärs“

Hierzu liegt ein Antrag Albrecht und Genossen (Soz.) vor, der Reichskanzler möge auf Aufhebung derjenigen bundesstaatlichen Ministerialverordnungen hinarbeiten, die unter Verletzung der vom Reich geschlossenen Staatsverträge von ausländischen Arbeitern die Beschaffung entgeltlicher Legitimationskarten verlangen und ausländischen Arbeitern insbesondere für den Fall die Ausweisung androhen, falls sie nicht im Besitz solcher Legitimationskarten sind.

Die Abgg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.), Haubmann (fr. Sp.), Gothein (fr. Sp.) und Genossen beantragen, der Reichskanzler möge der Frage nachtreten, in welcher Weise durch internationale Abmachungen dem Handel mit unzüchtigen Schriften, Abbildungen oder Darstellungen wirksam begegnet werden kann.

Abg. Graf v. Helldorf (Z.) und Genossen beantragen, der Reichskanzler möge die erforderlichen Schritte zur Ausbildung des internationalen Gewerberechts einleiten, wonach die gewerbsmäßige Herstellung und Verbreitung unsittlicher Schriften und Bilder unterdrückt wird.

Abg. Noeren (Z.) begründet die Resolution des Zentrums.

Abg. Dr. Müller-Meinungen (fr. Sp.): Der Antrag des Zentrums ist nicht annehmbar, weil ein internationales Gewerberecht gar nicht existiert. Ueber den Schattenseiten unserer Reproduktionskunst, die der Abg. Noeren geschilbert hat, soll man nicht ihre Lichtseiten vergessen: sie ist keineswegs lediglich eine Schmutzkunst. (Sehr richtig! links.) Wichtiger noch als die Bekämpfung der Unsittlichkeit durch Strafgesetze und den Schutzmann ist ihre Bekämpfung durch Hebung des guten Geschmacks und der Volksbildung. (Sehr richtig! bei den Freijüngern.)

Staatssekretär v. Schoen: Das Auswärtige Amt hält die Fassung des Antrages Müller-Meinungen für mehr entsprechend der Rechtslage als den Antrag Helldorf. Der Tendenz der beiden Anträge sieht das Auswärtige Amt sympathisch gegenüber. Die französische Regierung will eine Konferenz zur Regelung dieser Frage einberufen und wir sind bereit, dieselbe zu beistehen.

Abg. Frank-Rathjohr (Z.) führt Klage über die Nigenerplage in Obersachsen und verlangt Maßnahmen gegen die Nigener.

Abg. Graf Kanitz (L.): Ich möchte die Aufmerksamkeit des Staatssekretärs auf die unbefriedigenden Zustände an der russischen Grenze richten, wo auf sehr weiten Strecken keine Grenzübergänge existieren.

Staatssekretär v. Schoen: Die Wünsche des Grafen Kanitz sollen nach Möglichkeit berücksichtigt werden. Maßnahmen gegen die Nigener zu treffen, ist mehr Sache der inneren Polizei als des Auswärtigen Amtes.

Abg. Dr. Barenhorst (Sp.) führt ebenfalls Beschwerden über die Nigener, die meist Ausländer sind. In Hannover haben die Landleute tatsächlich Furcht vor den Nigenern, die durch ihre Diebstähle ein Leben im Sommer auf dem Lande führen, um das wir sie beneiden können. (Bravo! rechts.)

Abg. Eichhoff (fr. Sp.) fragt an, ob die Meldung richtig ist, daß der deutsche Botschafter in Washington, Graf Bernstorff, den Abschluß eines allgemeinen Schiedsgerichtsvertrages mit den Vereinigten Staaten angeregt habe. Auch mit der Schweiz soll nach Zeitungsnachrichten ein solcher Vertrag geplant sein. Solche Schiedsgerichte sind kein Allheilmittel für den Weltfrieden, aber sie haben sich doch als sehr segensreich erwiesen. Hoffentlich gelingt der Abschluß eines solchen Vertrages auch mit Frankreich.

Staatssekretär v. Schoen: Einen Schiedsgerichtsvertrag besitzen wir mit Großbritannien und hoffen, daß sich die Schwierigkeiten, welche sich dem Abschluß eines solchen Vertrages mit den Vereinigten Staaten entgegenstellen, überwunden werden können. Mit der Schweiz sind solche Verhandlungen nicht im Gange. Wir haben wiederholt unangenehme Streitfälle, wie z. B. den Casablanca-Zwischenfall, auf dem Wege des Schiedsgerichts erledigt.

Kleines feuilleton.

Georgeltes Glockenläuten. In der italienischen Stadt Lugo, die republikanisch ist, fühlten sich die Einwohner durch das Geläute der Kirchenglocken derart belästigt, daß der Stadtrat es für nötig hielt, der Kirche eine Einschränkung des Glockenläutens anzubefehlen und in einem besonderen Erlaß, der von dem Provinziallandtag genehmigt und ausdrücklich gutgeheißen wurde, die Dauer des Geläutes für jeden einzelnen Fall genau zu bestimmen. Das Reglement lautet nach dem „Nesto del Corlino“ folgendermaßen: „Es ist gestattet, den Sonnenaufgang, die Mittagszeit und den Sonnenuntergang durch Glockenläuten zu verkündigen; die Verkündigung darf aber nicht länger dauern als drei Minuten. Länger als drei Minuten darf auch das Einläuten der Nachstunde nicht dauern. Messen, Novenen, Rosenkranzmesen und andere gottesdienstliche Handlungen dürfen nur durch keines Geläute angekündigt werden, und zwar jede dieser gottesdienstlichen Handlungen nur einmal; das Geläute darf in keinem Falle länger als drei Minuten dauern. Nach der Ankündigung des Tagesanbruchs darf zwei Stunden lang keine einzige Glocke geläutet werden, auch dann nicht, wenn es sich um einen Gottesdienst handelt. Zum Zeichen der Trauer darf die Sterbeglocke fünf Minuten lang geläutet werden, und zwar von dem Augenblicke an, in welchem die Leiche aus der Wohnung oder von irgend einem anderen Orte entfernt wird, um zur ewigen Ruhe gebracht zu werden. Wenn bei besonderen feierlichen Anlässen ein Glockengeläute gewünscht wird, so muß in jedem einzelnen Falle eine besondere Erlaubnis eingeholt werden.“

Die Länge der Wale. Wenn der Mensch vor etwas Respekt hat, findet er sich auch immer dazu geneigt, die tatsächlichen Verhältnisse zu übertreiben; so sind bei manchen Leuten das mädchenhafte Vorstellungen von der Größe der Wale vorhanden, obgleich diese auch tatsächlich ansehnlich genug sein kann. Der größte Blauwal, der je gefangen und gemessen worden ist, stammte nach einer Mitteilung von Dr. Lucas vom Museum des Brooklyn-Instituts in New York von der Westküste Neuseelands und maß 87 Fuß oder rund 26 Meter. Von 26 Wale, die im Jahre 1903 an der Küste von Neufundland gefangen und gemessen wurden, erreichten nur 6 eine Länge von 74 Fuß oder rund 22 Meter. Auch eine Angabe, wonach in Kopenhagen ein Walsteiß von 150 Fuß oder 45 Meter Länge zu sehen sein soll, beruht auf einem Irrtum.

Theater.

Schiller-Theater O.: Die Welt in der man sich langweilt, Lustspiel von E. Vailleron. Das Lustspiel, das vor einem Vierteljahrhundert in Frankreich wie in Deutschland die Bühnen im Flug eroberte, hat sich, wie auch diese Vorstellung wieder zeigte, merkwürdig frisch erhalten. Die politische Rolle royalistischer Salons, die durch ihre Konversationen über die Befegung

Abg. Scheidemann (Soz.):

Die gesamten bürgerlichen Parteien des Reichstages haben gestern unsere Resolution auf internationale Beschränkung des Flottenbaues abgelehnt. Im Auslande, wo man über die internen Verhältnisse dieses Landes nicht genügend unterrichtet ist, wird man diese Ablehnung als friedensfeindliche Kundgebung auffassen. Allerdings mit Unrecht. So hat jedoch noch Herr Eichhoff eifrig im Sinne des Friedens gesprochen, derselbe Herr Eichhoff, der gestern mit der gesamten bürgerlichen Mehrheit des Reichstages gegen unsere Resolution gestimmt hat. Nicht aus kriegerischer Gesinnung heraus wurde unsere Resolution von Ihnen abgelehnt, sondern aus

Liebedienerei gegen die Regierung.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Hätte die Regierung unsere Resolution akzeptiert, so wäre sie vom Reichstag mit Hurra angenommen worden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Während mein Freund Ledebour am Montag unsere Resolution hier begründete, sandten wir ein Telegramm mit der Mitteilung über unseren Antrag an die britische Arbeiterpartei. Sie antwortete uns telegraphisch, daß sie von ganzem Herzen mit unserem Bestreben, ein internationales Abkommen zu treffen, um dem Wettrennen zur See Einhalt zu tun und das Skaperrecht abzuschaffen, einverstanden sei.

Die Ausführungen des Reichskanzlers haben die Ausführungen, die mein Freund Ledebour vorlesen machte, nur bestätigt. Eine Verständigung über das Flottenbauprogramm wird kommen und muß kommen, wenn nicht der Krieg kommen soll. Ueber den Ausgang eines solchen Krieges kann niemand zweifelhaft sein, der sich vergegenwärtigt, über welche Hilfsmittel England verfügt. Aber selbst wenn Deutschland der Sieger wäre, Wante ein solcher Sieg nicht von Dauer sein, sondern nur den Ausgangspunkt neuer jahrzehntelanger Kämpfe bilden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Daß es zu einer Verständigung über das Flottenbauprogramm kommen muß, geht auch aus den Ausführungen des englischen Ministers Sir Edward Grey hervor. Der Reichskanzler, oder — da er nach zweitägiger Anwesenheit schon wieder verschwunden ist — der Staatssekretär des Auswärtigen Amtes sollte nach diesen Versicherungen des englischen Ministers Gelegenheit nehmen, die Stellungnahme zu ändern, die hier vorgestern eingenommen worden ist. Ich hoffe, die ganze Affäre wird schließlich doch noch einen guten Ausgang nehmen, ähnlich wie es bei der Marokko-Affäre der Fall war. Als wir vor vier Jahren verlangten, in dieser Affäre solle die Reichsregierung tun, was sie jetzt endlich getan hat, wurden wir als vaterlandlose Gesellen bezeichnet. Und als wir unseren Genossen Jaurets eingeladen hatten, in Berlin für den Frieden zu sprechen, drohte unser moderner Reichskanzler unserem Genossen Jaurets mit der Ausweisung und sprach hier das stolze Wort:

„Unsere Politik wird nicht in der Haseheide gemacht.“

Würde sie dort gemacht, dann würde man wenigstens, wo sie gemacht wird. (Heiterkeit und Sehr gut!) Jetzt kann uns der Reichskanzler nicht sagen, ob sie in der Wilhelmstraße, in Potsdam, in Ronato oder zeitweilig in Korsu gemacht wird. (Lachen bei den Sozialdemokraten.) Ober in Liebenberg! (Große Heiterkeit.) Jetzt erscheint die Politik, die wir damals in der Haseheide verlangten, den Herren so weise, daß sie sich beinahe darum prägen: jeder will sie gemacht haben.

Das Nachspiel zur Marokko-Affäre

ist das Drama unwidrig gewesen. Das Hauptstück war das Kaiser-telegramm an den Fürsten Radolin in Paris. Obwohl Fürst Wilow hier parteiisch erklärte, daß er das Abkommen getroffen habe, telegraphierte der Kaiser seinen Dank an Radolin! Cambon erhielt einen hohen Orden. Ob mit Bortoloffs Wilsons? Ich glaube es nicht. Uebrigens weckt diese Ordensverleihung Erinnerungen an ähnliche Auszeichnungen: an Stössel, Goluchowski, Krüger, Abdul Afis, Ferid Pascha usw. Aber: Noch keinen sah ich glücklich enden, auf den mit immer vollen Händen die Götter ihre Gaben streuen.“ (Große Heiterkeit.) Herr Wasserbaum hat im „Matin“ erzählt, ganz Deutschland freute sich über die glückliche und konziliante Marokkopolitik Wilsons. Ob das gerade eine glückliche Politik ist, die nach vierjähriger „Krummpolitik“, wie der Reichskanzler sich ausdrückte, an ihrem Ausgangspunkt wieder angelangt ist? (Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

Bei der Gelegenheit möchte ich übrigens fragen, wie es möglich ist, daß der Vertreter des „Matin“ dem deutschen Botschafter Fürsten Radolin die Urheberschaft einer Diefische gibt, von der dieser annehmen mußte, daß sie wohlverwahrt unter sieben Siegeln sei. Ueberhaupt ist es sehr auffällig, welche intime Beziehungen zwischen dem Berliner Hof und Pariser Blättern

bestehen. Auch der „Temps“ kommt da in Betracht. Jedenfalls ist der „Matin“ sehr gut unterrichtet. In ihm erschien in den kritischen Novembertagen ein Artikel mit der Ueberschrift:

„Sind Sie krank?“

Die Antwort lautete:

„Jawohl, Sie sind krank! Der Sitz der Krankheit ist der Kopf; in seinem Gehirn geht es zu, wie in einem schlecht konstruierten Kinematographen.“

Der Artikel war bezeichnet als herrührend von einem nahen Bekannten des Mannes, um den es sich handelt, den Sie alle kennen und den ich hier nicht nennen will. (Verständnisvolle Heiterkeit.) Alles das zeigt, wie dringend notwendig die

Reorganisation des Auswärtigen Amtes

ist, das von der „Täglichen Rundschau“ als der gefährlichste Feind des deutschen Volkes bezeichnet wird. Ein Eingeweihter schrieb im „März“: Es geht in diesem Amt zu

wie in einer Kinderstube;

so werden wochenlang Beamte damit beschäftigt, nachzuforschen, ob vor 10 Jahren irgendeinem Würdenträger des Auslandes „danke“ oder „mit Dank“ geantwortet sei! (Große Heiterkeit.)

Aber wenn es im Auswärtigen Amt und damit in der auswärtigen Politik besser werden soll, dann müssen

die Machtbefugnisse zwischen Krone und Parlament

gründlich geändert werden. Das ist der springende Punkt. (Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Im November waren sie sich alle einig, daß es anders werden muß; aber was ist gekommen? Lediglich mehr Geheimnisträumerei! Wir wurden in den Kommissionen über Dinge

„vertraulich“

unterrichtet, die alle Spagen von den Dächern pflügen; diese Dinge wurden als „vertraulich“ bezeichnet, und eine Reihe von Abgeordneten waren sehr froh, daß sie über Dinge nicht mehr zu reden brauchten, über die sie vielleicht sonst geredet hätten. (Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Wenn die Beziehungen zwischen Krone und Parlament andere werden, so darf auch das Parlament nicht mehr

das Fernbild der sozialen Schichtungen des Volkes

zeigen, sondern in Parlament mit der wahren Wille des Volkes zum Ausdruck kommen. Heute entspricht die Mehrheit in diesem Hause nur einer Minderheit im Volke. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Die Stärke Deutschlands hängt nicht davon ab, ob wir zwei oder drei Dreadnoughts mehr bauen. Wollen Sie ein starkes Deutschland, an das das Ausland glauben muß, ein Deutschland der Kultur und des Friedens, dann schaffen Sie ein Deutschland, das stark ist durch die Freiheit und das Selbstbestimmungsrecht des Volkes, stark durch Verträge mit den Nachbarvölkern, vor allem mit England und Frankreich. Das ist das Deutschland, wie wir es wollen! (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Sped (Z.) führt Beschwerde über Erschwerung der Ausfuhr von Hopfen nach England.

Abg. Stresemann (natl.) bringt einen Fall zur Sprache, in welchem der Firma Loewe ein Auftrag auf Lieferung von Patronen nach Mexiko, der Auftrag vielmehr einer österreichischen Firma übertragen sei, weil das Auswärtige Amt auf Befragen ein Zeugnis für die Firma abgelehnt und geantwortet habe, man möge sich zufrieden geben und Oesterreich die Lieferung überlassen, denn man habe ein Interesse daran, mit Oesterreich gut zu stehen! (Hört! hört!) Ein solches Verhalten grenzt an Liebedienerei. Redner führt des weiteren Beschwerde gegen die Bevorzugung des Adels und des Reichthums in der diplomatischen Karriere. Zur Begründung der hohen Löhle im neuen amerikanischen Zolltarif sind durchaus falsche Angaben über deutsche Löhne und Arbeitsverhältnisse angeführt worden. Das Auswärtige Amt sollte dagegen Protest erheben. (Bravo! bei den Nationalliberalen.)

Staatssekretär Frhr. v. Schoen erwidert, daß alles Notwendige geschehen sei, um diese Irrtümer richtig zu stellen. Ueber den Fall der Firma Loewe hätte mich der Herr Vorredner informieren sollen. Als ein ähnlicher Fall vor einiger Zeit durch die Presse ging, wurde er dem Vertreter der Firma Loewe, der bei uns ein- und ausging, vorgelegt und dieser erklärte, daß genau das Gegenteil wahr sei. (Heiterkeit.) Ich weiß nicht, ob das dieser Fall war.

Abg. Dr. Heffcher (fr. Sp.): Gerade in der Geschichte der auswärtigen Politik Englands hat sich gezeigt, wie wertvoll kurze Anfragen im Parlament sind. Die Rundgebungen der englischen und deutschen Arbeiter sind gewiß erfreulich, aber man soll nicht

weisk doch etwas monoton wirkt. So vermochten es auch die an und für sich sehr sachverständig gehaltenen Negitative Wag Jengers, die an die Stelle des früheren Dialoges getreten sind, nicht, blühenderes Leben über das Wort zu verbreiten. Immerhin hat die Oper an Stillebnheitlichkeit und Rundung durch Jengers fleißige Arbeit viel gewonnen. Dem Werke wurde im Opernhause eine sehr schöne Aufführung zu teil. Generalmusikdirektor Dr. Rudolph nahm die Tempi mit schöner Breite und Herr Kraus sang die auch darstellerisch nicht leichte Titelrolle maßvoll und feierlich. Unter den übrigen fielen mir namentlich Pauline Hempel und Herr Hoffmann als Benjamin und Simon auf. A. N.

Humor und Satire.

Wlozprognose.

Freilich schiebt der Gegenmeister einen nach dem andern Bod, aber immer wieder schweift er neu zusammen seinen Wloz.

Dennoch kann's nicht lange währen, höchstens bis Walpurgisnacht, und man möchte darauf schwören, daß er dann zusammenbricht,

daß die ganze Wlozgemeins mit Gestank zum Wlozberg fährt, und das pleist'machen Seine Durchlaucht ja zum Teufel fährt.

Franz.

Ein originelles Preisanschreiben erließ die in Paris erscheinende hochangesehene Fachzeitschrift „La réclamo“. Sie setzte drei Bargeldpreise im Betrage von 2000, 1000 und 500 Fr. aus: für die größten Reklamekünstler unter den Künstlern Europas. Das Anschreiben sollte durch Zustimmung der Abonnenten, die sich auf alle Staaten unseres Erdteils verteilen, entschieden werden. Am 20. März wurde das Ergebnis mitgeteilt. Mit ungeheurer Mehrheit ging als erster Ewen Hedim (17542 Stimmen) durchs Ziel. Die Art, wie er sein Wiederauftauchen aus dem Wauz Afens vorbereitete, wie er seine „Empfänge“ bei und nach der Rückreise arrangierte und wie er seither in täglich wechselnder, vornehm-feuilletonistischer Form die Bedeutung seiner Beobachtungen durch die ganze Presse Europas hindurch kostlos zu betonen wußte, sicherte ihm diesen Vorrang. Selbst Ignaz Paderevski, der polnische Klavier- und Melodievirtuose, konnte nur zwei Drittel von Ewen Hedims Stimmenzahl auf sich vereinigen. Er erhielt mit 12005 Stimmen den zweiten Preis. In den dritten mußten zwei sonst so hochgeschätzte Künstler wie Richard Strauß und Gabriele d'Annunzio (9570 und 9138 Stimmen) sich teilen. (Aus der parodistischen Zeitschrift „Der April“.)

Musik.

Königl. Opernhaus: „Joseph in Aegypten“.

Oper von Möhul, Rebenbearbeitung von Max Jenger. Immer wieder wird der Versuch gemacht, Möhul bei seiner Pariser Erstaufführung im Jahre 1807 nur mit einem lauen Achtungsbeifall aufgenommenen Oper „Joseph und seine Brüder“ (wie die Oper ursprünglich hieß) dem Repertoire der modernen Bühnen zurückzuerobieren, und doch wird es auch diesmal wiederum nur bei einem vorübergehenden Versuch bleiben. „Joseph“ gehört zu den verhältnismäßig wenigen Opern, deren Stoff aus der biblischen Geschichte entnommen ist. Derartige Musikdramen haben sich nie lange in der Gunst des Opernpublikums festsetzen können, weil sie zumeist an großer Handlungsdarmut leiden und auch in ihrer musikalischen Fassung unwillkürlich in den Dratorienstil verfallen. So geht es teilweise auch „Joseph“ an. Die Wiedererkennung zwischen Joseph und seinen Brüdern und namentlich zwischen Joseph und seinem greisen Vater Jacob bildet eben für drei lange Aufzüge doch gar zu wenig Inhalt; da es noch dazu an dramatischen Wendepunkten völlig fehlt und da auch Möhul'stark von seinem Wömm'er Glud beeinflusste Partitur bei allem Ehemah in der stilistischen Haltung und bei aller Schlichtheit der Ausdrucksmittel (wodurch diese Musik auf viel spätere Zeiten hin-

den Anschein erwecken, als ob nur die Arbeiter friedlich gesinnt sind; das Bürgertum ist auch friedlich gesinnt. (Bravo!) bei den Freisinnigen.) Herr Scheibner hat in unschöner Weise wieder auf die Kobemertage hingewiesen. Diese Debatte sollten wir doch endlich schließen, zumal da unsere auswärtige Politik in jüngster Zeit so glänzende Erfolge aufzuweisen hat.

Abg. Hans Eder zu Putzig (L.): Die Angriffe auf den Adel im Heere, in der Verwaltung und in der Diplomatie sind veraltet; tüchtige Leute werden genommen, wo man sie findet. (Sehr richtig! links.)

Staatssekretär v. Schoen erklärt nochmals, daß bei der Anstellung im diplomatischen Dienstes Standesvorurteile nicht maßgebend sind; nur auf Tüchtigkeit werde gesehen. (Bravo!)

Abg. Stadthagen (Soz.):

Eine der ersten Aufgaben des Auswärtigen Amtes scheint mir zu sein, darauf zu sehen, daß die Verträge gehalten werden, welche das Deutsche Reich mit anderen Staaten geschlossen hat. Die Nationalisten haben sich sehr aufgeregt über das Unrecht, das einem deutschen Professor zugefügt sein soll. Gewiß ist auch ein solches Unrecht nicht zu billigen, was will es aber sagen gegen das Unrecht, das Tausenden von Arbeitern, entgegen den Staatsverträgen und den Reichsgesetzen, zugefügt wird? Unsere Resolution verlangt, der Reichskanzler soll auf die Beseitigung der Ministerialanweisungen hinwirken, die von ausländischen Arbeitern entgegen der Legitimationsarten verlangt und ihnen die Ausweisung androhen, falls sie nicht im Besitz solcher Karten sind. Solche ministeriellen Anweisungen sind zuerst in Preußen ergangen, dann in den beiden Provinzen, in den beiden Lippe, in Oldenburg und einer Reihe anderer Staaten. Neuerdings sind diese ungesetzlichen, gegen die Verfassung und die Verträge verstoßenden Anordnungen in Preußen noch verschärft worden, indem sie auf alle ausländischen Arbeiter ausgedehnt sind. Die diplomatische Fähigkeit der Herren vom Auswärtigen Amt darf doch nicht so weit gehen, daß sie diese Verletzung von Staatsverträgen im Inland übersehen. Die Anordnung, welche Legitimationsarten von ausländischen Arbeitern fordert, ist ein klarer Bruch der Staatsverträge, und eine Reihe von Regierungen — Oesterreich-Ungarn, Italien, die Schweiz — haben Vorstellungen dagegen erhoben. Der Schweizer Vertreter erklärte den Schweizern, die sich an ihn wandten, daß die Forderung der Legitimationsarten

„ein scharfer Bruch des Vertrages mit der Schweiz“

sei! Man geht sogar soweit, den ausländischen Arbeitern zu erklären, sie dürften nicht in industriellen Betrieben arbeiten, sondern nur in landwirtschaftlichen! Ist das Auswärtige Amt dazu da, die Augen absichtlich zu verschließen bei einem derartigen Bruch der Staatsverträge? In allen in Betracht kommenden Verträgen ist den Ausländern zugesichert, daß sie keine anderen Gebühren und Steuern zu zahlen haben, als die Deutschen. Wenn der preussische Minister nun für solche Legitimationsarten von den ausländischen Arbeitern 2 resp. 3 M. verlangt, so steht das damit in schroffem Widerspruch, ganz abgesehen davon, daß es geradezu ein wucherisches Verlangen ist, für einen wertlosen Wisp, der keineswegs Arbeit verbürgt, 2 resp. 3 M. zu bezahlen. Preußen hat kein Recht, die Verträge, die das Reich geschlossen hat, außer Kraft zu setzen, und das Auswärtige Amt hat die Pflicht, gegen diese Mißachtung der Staatsverträge Front zu machen. Der Reichskanzler muß darauf dringen, daß solche widerrechtlichen Anordnungen beseitigt werden. Diese widerrechtlichen Anordnungen wenden sehr erhebliche Vorteile gerade besonders reichen Leuten zu. Zunächst erhält

die Feldarbeiterzentrale

für jede dieser Karten 5 bzw. 2 M. Sogar von Leuten, die seit 20, 30, 40 Jahren in Deutschland sind, werden jetzt diese Gebühren gefordert! Die Polizei sagt: Weil du kein Mißgänger, kein Faulenzer, sondern weil du ein Arbeiter bist, verlangen wir von dir diese 2 M. Rechnen wir im Durchschnitt 500 000 Arbeiter, von denen jedem 5 M. bezahlt wird, so werden der Feldarbeiterzentrale auf diese Weise

zirka eine halbe Million Mark

zugeflossen. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.) Dabei vermittelte sie die schlechtesten Arbeitskräfte, weil vernünftige Arbeiter natürlich nicht mehr nach Deutschland kommen, wo sie so behandelt werden. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Die Ausweisung,

die den Ausländern angedroht wird, ist ein scharfer Bruch mit dem Reichsrecht. Die Ausweisung wird hier für den Fall angedroht, daß sich jemand eine Erpressung nicht gefallen lassen will! Dabei hat Preußen in den hier in Betracht kommenden Fällen überhaupt kein Ausweisungsrecht! Die Handelsverträge stellen unsere Nachbarstaaten dem Reich gegenüber gleich. In den Verträgen mit einer Reihe von Staaten ist aber das Aufenthaltsrecht ausdrücklich zugestanden, das Ausweisungsrecht an bestimmte hier nicht vorliegende Voraussetzungen geknüpft. Das letzte Redner an der Hand der Staatsverträge des näheren dar. Ferner steht das Reichsparagraph 6 direkt dem Verlangen nach Legitimationsgebühren entgegen. Freilich hat Herr v. Bethmann-Hollweg gesagt, es handle sich hier nicht um Reichsgebühren und nicht um Pausgebühren, sondern um Gebühren für Arbeitsvermittlung! Das aber wieder widerspricht den Handelsverträgen, die ausdrücklich besagen, daß Ausländer keine anderen Gebühren zu zahlen haben als Inländer. Weiter widerspricht die Gebührenordnung auch dem Sinne der Reichsverfassung. Denn wenn auch nicht nach ihrem Wortlaut, so soll doch nach ihrem Geiste Gleichheit vor dem Gesetz bestehen, und damit ist es nicht verträglich, daß sie verschiedene gehandhabt wird, je nachdem es sich um einen Arbeiter oder um einen Unternehmer handelt.

Vor vier Jahren habe ich dem Zentrum gegenüber den berechtigten Rechtelehrer Jhering zitiert, der ausführt, welche ein Kulturschritt in dem allgemeinen Aufenthaltsgesetz auch der Ausländer liege. Daselbe hat auch während des Krieges mit Frankreich Kaiser Wilhelm I. erklärt: Als Deutsche aus Paris ausgewiesen wurden, erklärte er, es sei allgemeine Sitte, daß die Gastfreundschaft selbst im Kriege respektiert werde. Hier aber werden mitten im Frieden Arbeiter ausgewiesen.

Das widerspricht auch der Reichsgesetzgebung, denn die Fremdenpolizei ist lediglich Reichs Sache. Freilich sucht es der preussische Minister des Innern so darzustellen, als ob seine Verfügung nicht nur für Preußen, sondern für ganz Deutschland gelten solle, indem er sie in der Ueberschrift als eine „Verfügung für Deutschland“ bezeichnet! Ungültig ist die Verordnung ferner, weil sie die Ausweisung androht. Eine Möglichkeit der Ausweisung liegt bei gerichtlichen Urteilen vor. Hier aber soll jemand ohne Vergebung einer strafbaren Handlung lediglich von der Polizei ausgewiesen werden dürfen! Der Polizeibeamte hat mehr Recht als der Richter, indem er völlig Unschuldige ausweisen kann. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Als feinerer das Reichspolizeigesetz beraten wurde, haben auch die National-liberalen ausdrücklich anerkannt, daß das Ausweisungsrecht Sache des Reiches, nicht der Einzelstaaten ist. Ein Teil der Staatsverträge umgrenzt die Fälle, in denen eine Ausweisung möglich ist: Sie ist zugelassen wegen Ablebens des Ausländers, hier aber handelt es sich nicht um solche Leute, sondern lediglich um Arbeiter, welche eine Legitimationskarte nicht bezahlen wollen oder die mit dem Arbeitgeber in Streit geraten sind. In einem Falle hat man Arbeiter mit der Ausweisung bedroht, wenn sie bei einem polnischen Gutbesitzer in Arbeit treten, sie aber hiergelassen für den Fall, daß sie beim Landrat in Arbeit treten!

Wenn eine Streitigkeit zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer entsteht, so soll der Landrat die vorläufige Entscheidung treffen. Das ist ein Eingriff in die Rechtsobliegenheit des Reiches, die ein solches Vorgehen des Landrats nicht kennt. Nach den Verträgen hat der Ausländer dasselbe Recht, die Gerichte anzurufen wie der Inländer. Zudem ist es gar kein Vorverfahren, da der Landrat ja die Möglichkeit hat, den Arbeiter auszuweisen. Wie oft die Streitigkeiten durch Kontraktbruch der Unternehmer verursacht werden, ist ja bekannt. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Da die Feldarbeiterzentrale für jeden ausländischen Arbeiter 5 M. bekommt, so

liegt für sie geradezu ein Troitz vor, gewissenlose Agenten ins Ausland zu senden, um ausländische Arbeiter herzuloden. Diese Gebühr bildet geradezu

eine Prämie auf den Kontraktbruch,

damit wieder neue ausländische Arbeiter statt der entlassenen hereingeholt werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.) Es ist Pflicht des Reichskanzlers, darauf hinzuwirken, daß diese klare Verletzung von Staatsverträgen endlich beseitigt wird. Die Wirkung wird sonst sein, daß im Auslande die deutschen Arbeiter, entgegen den Gesetzen, eben so schlecht behandelt werden. Die Absicht des ministeriellen Erlasses ist natürlich, in den ausländischen Arbeitern Streikbrecher für ländliche und industrielle Unternehmer zu schaffen, Arbeiter, die geduldt auf jeden Wink des Arbeitgebers hören müssen, weil sie sonst Gefahr laufen, ausgewiesen zu werden. In Preußen ist der Minister der öffentlichen Arbeiten ja sogar soweit gegangen, zu bestimmen, daß bei gewissen öffentlichen Arbeiten, Kanalbauten usw. in erster Linie ausländische Arbeiter beschäftigt werden müssen! (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Wie Sie heute im „Vorwärts“ gelesen haben werden, sind sogar auf dem Gute eines der Herren Staatssekretäre — ich nehme an, ohne daß der Herr Staatssekretär dafür persönlich verantwortlich gemacht werden kann — Arbeiter, die lange Jahre gebient haben, unter anderem eine Witwe, die 40 Jahre auf dem Gute beschäftigt war und sich nichts hat zuschulden kommen lassen, entlassen worden, damit 70 russische Arbeiter angestellt werden konnten, die die Feldarbeiterzentrale herangeschafft hatte. (Hört! hört! bei den Sozialdemokraten.)

Aus diesen Gründen bitte ich Sie dringend, ohne Unterschied der Partei für unsere Resolution zu stimmen. Sonst würde sich das Wort bewahrheiten, daß es nur zwei Nationen gibt: die Nation der Ausbeuter und die Nation der Arbeiter. Es würde sich zeigen, daß die Staatsverträge nur im Interesse der Ausbeuter geschlossen werden. Möge der Herr Reichskanzler dafür sorgen, daß die unter klarer Verletzung von Staatsverträgen getroffene Ministerialverordnung aufgehoben wird. (Lebhaftes Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Ministerialdirektor Dr. v. Franke bestreitet, daß ein Widerspruch zwischen der Verordnung und geschlossenen Staatsverträgen bestehe. Beim Auswärtigen Amt seien keine Beschwerden von auswärtigen Staaten eingegangen. Im einzelnen biete die Ausführung des Redners auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Dr. Arning (natl.) (zuerst unverständlich) verbietet sich unter anderem über die Schädigung deutscher Interessen durch die Staatsmonopole im Kongostaat.

Abg. Graf Kanitz (L) weist auf die bevorstehende Erhöhung zahlreicher Positionen des französischen Zolltarifs hin; das sei für die deutschen Interessen um so bedenklicher, als Frankreich laut dem Frankfurter Frieden das Meißbegünstigungsrecht in Deutschland genieße, wodurch Gegenmaßnahmen erschwert seien. — Amerika sei drauf und dran, bei der Reform seines Zolltarifs das Handelsprovisorium mit Deutschland zwar nicht ausdrücklich, aber tatsächlich außer Kraft zu setzen.

Staatssekretär v. Schoen erklärt, die deutsche Regierung habe von den belgischen Regierung die Zusicherung der Abstellung der Mißstände im Kongostaat erhalten.

Abg. Derken (Sp.) bestreitet, daß der preussische Erlass über die ausländischen Arbeiter der Reichsverfassung und den Handelsverträgen widerspreche. Die Gutbesitzer würden sehr gern inländische statt ausländischer beschäftigen; leider finden sie keine deutschen Arbeiter! (Sehr richtig! rechts.) Jubel habe bei der Debatte über die Koalitionsfreiheit behauptet, der General v. Bobdick habe ausländischen Arbeitern den verdienten Lohn nicht bezahlt; das sei aber nicht wahr, die Arbeiter waren kontraktbrüchig, seien aber trotzdem bis auf die drei Adelsführer wieder angenommen und auch voll bezahlt worden. Gewiß habe Jubel, was er vortrug, in gutem Glauben gesagt, aber man müsse bei solchen Dingen doch vorsichtig sein. Im allgemeinen werden die Arbeiter auf dem Lande gut behandelt und gut bezahlt. Deshalb soll man nicht, wie Stadthagen getan, von Ausbeutung der Landarbeiter reden; darin liege eine Verheerung.

Vizepräsident Raemys: Sie dürfen nicht sagen, ein Abgeordneter habe eine Rede gehalten. (Große Unruhe und Zurufe.)

Abg. Derken (Sp.): Das habe ich auch nicht gesagt, sondern nur, daß man nicht von Ausbeutung sprechen solle, denn darin liegt eine Verheerung, und das werden Sie doch nicht bestreiten. (Große Heiterkeit.)

Abg. Gothein (fr. Bg.): Die drohenden französischen Zoll-erhöhungen, die Graf Kanitz beklagt, sind eine Folge unserer verkehrten Wirtschaftspolitik, wie wir vorausgesetzt haben. Wir haben eben in allen Ländern die im Niedergang begriffene Schutzollbewegung wieder gefördert. (Widerspruch rechts.) Diese Lasten können Sie durch Ihren Widerspruch nicht aus der Welt schaffen. (Sehr richtig! bei den Freisinnigen.)

Damit schließt die Diskussion.

Das Gehalt des Staatssekretärs wird bewilligt. Die oben mitgeteilte Resolution des Zentrums wird zurückgezogen, die der Liberalen einstimmig angenommen.

Die Resolution „Abrecht und Genossen (Soz.)“ wird unter Streichung der Worte „unter Verletzung der vom Reich geschlossenen Staatsverträge“, für welche nur die Sozialdemokraten stimmen, mit den Stimmen der Sozialdemokraten, Freisinnigen, des Zentrums und der Polen angenommen.

Hierauf vertagt das Haus die Weiterberatung auf 8 Uhr. Schluß 6 Uhr.

Abend Sitzung.

Am Bundesratlich: v. Schoen, Schulz, Breitenbach. Das Haus ist sehr schwach besetzt. Die zweite Lesung des Etats des Auswärtigen Amtes wird fortgesetzt.

Beim Titel „Konsulat in Caracas“ rügt Abg. Dr. Uebe (natl.) den mangelnden Schutz der Deutschen in Venezuela.

Der Titel wird bewilligt. Nach fast debatteloser Bewilligung von zirka 100 weiteren Titeln bespricht beim Titel „Konsulat in Salonik“

Abg. Litzent Everting die konfessionellen Verhältnisse der Deutschen in Salonik und verwahrt sich gegen Eingriffe des Reichstages in die Kompetenz des evangelischen Oberkirchenrats. (Heiterkeit bei den Soz. und im Zentrum.)

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (wirtsch. Bg.) beklagt die stitliche Gefährdung der evangelischen Konfirmandinnen in Salonik durch den „Simplicissimus“. Ein evangelischer Pfarrer darf nicht Mitglied in einem Klub sein, in welchem der „Simplicissimus“ gehalten wird. (Wavol! rechts.)

Staatssekretär v. Schoen nimmt die Konsulatsbeamten in Salonik gegen die Angriffe des Herrn Abg. v. Liebermann in Schutz.

Abg. Liebermann v. Sonnenberg (Wirtsch. Bg.) führt unter ständig steigender Unruhe aus, daß der Staatssekretär einseitig unterrichtet sei.

Staatssekretär v. Schoen verliest ein ihm vom Konsulatsdragoon überreichtes Schreiben. Er überreicht dieses dann dem

Abg. Liebermann v. Sonnenberg, der das Wort nimmt, ohne den Vizepräsidenten Kampf gefragt zu haben! (Allgemeine Unruhe.)

Unter allgemeinem Beifall verzichtet Staatssekretär v. Schoen auf eine nochmalige Erwiderung.

Der Titel wird schließlich bewilligt.

Nach unweissenlicher Debatte gelangt ein nationalliberaler Antrag zur Annahme, zur Entsendung von Sachverständigen ins Ausland für landwirtschaftliche Untersuchungen dieselbe Summe zu bewilligen, wie die Regierungsvorlage vorgesehen hatte.

Gleichfalls angenommen wird ein freisinniger Antrag, der eine von der Budgetkommission beschlossene Streichung zur Förderung deutscher Schul- und Unterrichtsmittel wieder aufhebt.

Es folgt ein Ergänzungsetat, der Mittel zum Erwerb einiger Grundstücke für militärische Bauten in Köln, Berlin usw. fordert. Er wird debattelos in erster und zweiter Beratung angenommen.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung:

Ich beantrage, nicht mehr in die Beratung des Etats der Eisenbahnen einzutreten, sondern uns zu vertagen. Der verfassungsmäßige Termin zur Fertigstellung des Etats kann doch nicht innegehalten werden, und für die nächsten Tage ist durch den Notparagrafen im Staatsgesetz gesorgt. Wenn man eine Verhandlung führen will, so darf es nicht nur eine Verhandlung dem Namen nach sein. (Lebhaft Zustimmung bei den Sozialdemokraten.) Nach außen hin muß es einen sehr schlechten Eindruck machen, wenn die Etatsberatung in einer Weise überhastet wird, von der auch jeder Nichtkenner des Etats sagen muß, daß es nur geschieht, um mit dem Etat zu einem bestimmten Termin fertig zu werden. Der Etat muß und eben so frühzeitig gehen, daß alle, die das Wort dazu nehmen, es auch bekommen, ohne durch Ungebuld gestört zu werden. (Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Präsident läßt über den Antrag abstimmen, derselbe wird abgelehnt.

Abg. Singer (Soz.) zur Geschäftsordnung: Vor der Abstimmung hätte die Unterfrügnungsfrage gestellt werden müssen. Wenn das geschehen wäre, so hätte ich vor der Abstimmung die Beschlußfähigkeit des Hauses bezweifelt. Ich bedauere, daß mir nicht Gelegenheit gegeben wurde, von diesem geschäftsordnungsmäßigen Mittel Gebrauch zu machen. Ich werde das aber bei der ersten Abstimmung, die erfolgen wird, tun.

Präsident Graf Stolberg: Ich gebe zu, daß vorhin ein Versehen passiert ist; es fand gerade ein Wechsel im Präsidium statt. Jetzt schlage ich vor, in der Verhandlung fortzuführen.

Abg. Singer (Soz.): Nachdem der Präsident das Versehen festgestellt hat, hätte ich erwartet, daß die Abstimmung für ungültig erklärt würde. Im übrigen möchte ich meinen Antrag auf Vertagung wiederholen.

Präsident Graf Stolberg: Das ist nicht zulässig. Sie müssen mindestens noch einen Redner abwarten.

Der Präsident erteilt das Wort dem Berichterstatter zum Etat der Reichseisenbahnen, Abg. Schwabach (natl.). Auf Zurufe von der Rechten will er zunächst verzichten, erstattet dann aber seinen Bericht.

Inzwischen geht ein Vertagungsantrag der Mehrheitsparteien ein, der unter großer Heiterkeit der Sozialdemokraten angenommen wird.

Nächste Sitzung: Donnerstag 10 Uhr. (Reiz der Etatsberatung.) Schluß: 10 1/2 Uhr.

Parlamentarisches.

Die Bankgeschnovelle

wurde am Mittwoch in der Reichstagskommission unverändert angenommen. Die Abstimmung über zwei Resolutionen, die eine Aufsichtigung der Depositenbanken bezwecken, findet nach den Osterferien statt. Der Reichsbankpräsident erklärte, daß die auf Wunsch der Großbanken unterbrochene Beratung der Enquete-Kommission alsbald fortgesetzt werden soll.

Die Finanzkommission des Herrenhauses

hat die Pforterbesoldungsgesetze und den Gesetzentwurf über die Abänderung des Einkommensteuergesetzes und des Ergänzungsteuergesetzes in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung angenommen. Zum Gesetzentwurf über die evangelischen Geistlichen beantragt die Kommission: die Regierung zu ersuchen, daß sie bei der Verteilung der Mittel, die ihr aus dem Etat für Witwen von den vor dem 1. April 1895 verstorbenen Geistlichen zur Verfügung stehen, möglichst den vollen Betrag, der den Witwen aus dem Reklimentsfonds zu gewähren wäre, wenn das Gesetz zur Zeit des Ablebens der Pfarrer schon bestanden hätte, den Witwen zukommen lasse.

Aus der Partei.

Kautskys Ursprung des Christentums abermals konfiziert.

Der Wiener Staatsanwalt hat die österreichische „Arbeiterinnen-Zeitung“ konfiziert wegen einer Besprechung des Buches von Karl Kautsky. Der Konfiskation verfallen ist folgende Stelle:

„... Alles, was man brauchte, um das Volk an die göttliche Sendung Jesu glauben zu machen, ist eben später erfunden und erdichtet worden.“

Jesus war ein Auführer, ein Unzufriedener, ein Empörer, wie sie zu allen Zeiten entstanden sind, wenn harter Druck das Volk belastet hat. So lesen wir bei Kautsky: „Von der Zeit, in die Jesu Tod verlegt wird, bis zur Zerstörung Jerusalems brachen dort die Unruhen nicht ab. Straßenkämpfe waren etwas ganz Gewöhnliches, ebenso wie die Hinrichtungen einzelner Insurgenten.“

Ein solcher Straßenkampf einer kleinen Gruppe von Proletariern und die darauf folgende Kreuzigung ihres Adelsführers, der aus dem stets rebellischen Galiläa stammte, mochte sehr wohl tiefen Eindruck auf die dabei beteiligten Ueberlebenden machen, ohne daß die Geschichtsschreibung von einem so alltäglichen Vorkommnis Notiz zu nehmen brauchte.“ So ein Adelsführer war Jesus. Als sich später die Zustände anders entwickelt hätten und Ruhe eingetreten war, änderte die christliche Gemeinde ihr Idealbild, den Rebellen Jesus, in eine andere Gestalt um. Alles Rebelle wurde entfernt und der rebellische Jesus wurde in einen leidenden verwandelt. ...“

Trotz der Konfiskation ist der größte Teil der Auflage in die Hände der Leser und Lesenden gelangt. Die sozialdemokratische Fraktion wird nicht veräumen, aber die plötzlich ausgebrochene Konfiskationsmanie der österreichischen Staatsanwälte auch in diesen Fälle zu interpellieren.

Zur Maifeier.

Stuttgart, 31. März. (Privatdepesche des „Vorwärts“.) Das Gewerkschaftslokal hat beschloffen, in Rücksicht auf die Krise und die ungünstige Position der Arbeiterschaft gegenüber den Aussperungsgeldisten der Unternehmer für dies Jahr von einem Maifeiertag abzusehen. Für die Feiern finden vormittags Versammlungen statt.

Die Holzarbeiter haben die Arbeitsruhe am 1. Mai beschloffen, die Metallarbeiter haben sie abgelehnt.

In Frankfurt a. M. haben Partei und Gewerkschaften beschloffen, auch in diesem Jahre die Arbeitsruhe am 1. Mai überall da durchzuführen, wo keine „ernten Konflikte“ zu befürchten sind. Vormittagsversammlungen werden nach Bedarf abgehalten. Der Beschluß des Nürnberger Parteitag, daß die Genossen, die am 1. Mai feiern und keinen Lohnausfall erleiden, an die Partei- und Gewerkschaftskasse einen Tagesverdienst abgeben sollen, wird durchgeführt. Die eingehenden Beiträge werden, soweit sie nicht für sofort verwandt werden müssen, als besonderer Fonds angelegt.

Eine gemeinsame Sitzung des Wahlvereinsvorstandes, des Gewerkschaftslokals und der Vorstände der verschiedenen Gewerkschaften zu Rostock lehnte eine vom Komitee vorgebrachte Resolution ab, die besagt, daß für die diesjährige Maifeier eine Propaganda für Arbeitsruhe nicht erfolgen könne. Anstatt des bisher üblichen Ausmarsches am Morgen soll eine Versammlung abgehalten

werden. Der Nürnberger Parteitagbeschluss über die Lohn-
abführung gelangt zur Ausführung.

Eine sozialdemokratische Gemeinde.

In Lambrecht (Pfalz) fanden am Montag Ersatzwahlen zum
Stadtrat statt. Die sozialdemokratische Liste siegte,
die Sozialdemokratie hat nun im Stadtparlament die absolute
Mehrheit, 16 von 20 Sitzen. Infolgedessen wurden am Dienstag
im Stadtrat Genosse Karl Ritsch zum Bürgermeister, der
Genosse Schloffer zum zweiten Adjunkten (Vertreter des Bürger-
meisters) gewählt; zum ersten Adjunkten wurde ein Zentrumsmann
bestellt. Lambrecht ist der erste Ort in der Pfalz, der einen Sozial-
demokraten als Bürgermeister erwählt.

Sehr trüblich ist der Ausgang der Wahl für die Liberalen. Elf
liberale Stadtratmitglieder, Vertreter der in Lambrecht herrschenden
Tuchfabrikanten, legten vor einiger Zeit ihre Mandate zum Stadtrat
nieder, weil die Geschäftsführung des liberalen Bürgermeisters durch
einen sozialdemokratischen Vertreter scharf kritisiert worden war.
Die demonstrative Mandatsniederlegung kostete einen großen liberalen
Ausschlag, eine kräftige Abgabe der Bürgerkraft an die Sozial-
demokratie prognostizieren. Nun ist gerade das Gegenteil heraus-
gekommen. Die Liberalen brachten noch nicht einmal einen Wahl-
vorschlag zusammen, und ihre Bemühungen um Wahlhilfe beim
Zentrum waren vergeblich. Das Zentrum hatte Wahlfähigkeit
proklamiert.

Die Wahl des Bürgermeisters und der beiden Adjunkten unter-
liegen der Bestätigung durch die Regierung.

In Pradel bei Dorimund siegten im vergangenen Herbst
bei der Gemeinderatswahl die sozialdemokratischen
Kandidaten über die vereinigten bürgerlichen. Die bürger-
liche Gemeindevertretung erklärte darauf die Wahl der sozial-
demokratischen Gemeindevertreter für ungültig. Der Kreis-
auschuss schloß sich diesem Beschlusse an. — Bei der Neuwahl
siegten die beiden sozialdemokratischen Kandidaten über die ver-
einigten Gegner (die Nationalliberalen, die Rechtenpartei und die
Zentrumspartei) wiederum mit großer Majorität.

Unsere Toten.

In Zwickau starb am Mittwoch der Genosse Julius
Seifert im Alter von 61 Jahren. Der Verstorbene ist einer
von der alten Garde; lange Jahre hat er getreulich in den ersten
Reihen gekämpft. Von 1890 bis 1903 vertrat er die 19. sächsischen
Wahlkreis (Stollberg-Schneeberg) im Reichstag, von 1893
bis 1901 gehörte er dem sächsischen Landtag an. Zwei Jahrzehnte
lang stand er an der Spitze der Parteiorganisation der Stadt und
des Wahlkreises Zwickau. Seit 1902 bekleidete er den Kandidaten-
posten an der Zwickauer Ortskrankenkasse. Die Arbeiterkassens
Sachsend wird dem verdienten Veteranen ein ehrendes Andenken
bewahren.

Soziales.

Der Streit um die Herausgabe von Akten.

Ein hartnäckiger Kampf um die Herausgabe beziehungsweise
Einsichtnahme von Akten ist gestern noch fast vierjähriger
Dauer endlich durch Urteil der ersten Kammer des Berliner
Kaufmannsgerichts zum Abschluß gekommen. Dem Rechts-
streit liegt folgender Tatbestand zugrunde: Der Korrespondent
Danz B. war in der ehemaligen Versicherungsgesellschaft „Augusta“
tätig gewesen. Anfang des Jahres 1905 wurde die „Augusta“ von
der „Arminia“ übernommen, und der Kläger B. wurde von
der hiesigen Versicherungsgesellschaft „Arminia“ bis zum
1. Oktober 1905 zu dem Zwecke vertraglich verpflichtet, um
die wahlmässig gewordenen alten Versicherungsnehmer durch ge-
schickte Korrespondenzführung zur Aufrechterhaltung ihrer Versicherung
zu veranlassen. Für die durch ihn auf neue gegestigten Versicherungen
sollte er 4 Proz. der Jahresprämie erhalten. Nach sehr erfolgreicher
Tätigkeit wurde er plötzlich am 15. Mai 1905 zur Disposition ge-
stellt, und die Gesellschaft verzweigte W. Provision für alle nach
dem 1. Oktober 1905 eingegangenen Zahlungen. Der Kläger be-
rechnete seinen Schaden durch die unwillkürliche Aufkündigung
seiner Tätigkeit auf 1200 M. Das Kaufmannsgericht
gab darauf der „Arminia“ auf, behufs Feststellung des
Wahrschens des Klägers die Akten vorzulegen. Die
Vollstreckung beantragte dann einen gerichtlichen Bücherrevisor
bei der Einsichtnahme zuzulassen. Dem Wunsch kam das
Gericht nach. Es gelang dem vom Gericht bestellten
Bücherrevisor trotz größter Bemühungen nicht, eine Einsicht-
nahme in die Akten, auf welche es allein ankam, zu erlangen. Jetzt
erhob die „Arminia“ den Einwand, sie sei nicht verpflichtet, die
zirka 12 000 Aktenstücke von dem Hauptort München nach Berlin zu
schicken. Außerdem sei sie zur Geheimhaltung des Akten-
inhalts gegenüber den Versicherungsnehmern verpflichtet,
sie dürfe somit keinem Außenstehenden, auch nicht einem
Bücherrevisor Einsicht gewähren. Am 11. Februar dieses
Jahres beschloß nunmehr das Kaufmannsgericht: Die Beklagte
hat binnen drei Wochen die Akten in Berlin bereit zu
stellen, widrigenfalls die Behauptung des Klägers als erwiesen
angenommen und weitere Beweismittel ausgelassen
werden. Die Beklagte bezeichnete diesen Beschluss als ungesetz-
lich, da er mit § 427 der Zivilprozessordnung nicht in Einklang zu
bringen sei.

Das Kaufmannsgericht sprach die Verurteilung
der Beklagten Gesellschaft in Höhe des klägerischen Antrages von
1200 M. aus. Der Einsichtnahme von Geschäftsakten und -papieren
durch einen gerichtlichen Sachverständigen darf nichts in den Weg
gestellt werden, sofern sich die Firma nicht ihres Beweismittels be-
geben und die Konsequenzen tragen will.

Städtische Kerstin.

Der Stadtrat in Karlsruhe hat beschlossen, die Stelle eines
bierlichen Assistenten im städtischen Krankenhaus der Medizinal-
praktikantin Alice Leiter zu übertragen.

Der nächste Ortskrankenkassenrentandant in Remscheid, Max
Kötter, ist in Bremen verhaftet und in Untersuchungshaft ge-
nommen worden. Der Verhaftete hatte noch gegen 2700 M., die
er der Kasse entnommen hatte, im Besitz. Mit den Unterschlagungen
hatte er 1906, also zu der Zeit begonnen, wo die Aufsichtsbehörde
nach rechtswidriger Einhebung des Vorstandes von seinem Posten
die Kassenegehaltis führte.

Aus Industrie und Handel.

Industrielle Konzentration.

Die Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Industriebezirk
hat 1908 rund 82,66 Millionen Tonnen betragen, das ist mehr als
die Hälfte der gesamten deutschen Kohlenförderung. Die riefenhafte
Konzentrierung des Kapitals wird illustriert durch folgende Ueber-
sicht. Es entfielen auf je ein Werk durchschnittlich

Jahr	Kohlenförderung in Millionen Tonnen	Arbeiter in Tausenden
1850	8 412	64
1870	53 698	284
1890	202 682	730
1900	368 530	1884
1908	590 783	2174

1908 standen 154 Werke in Betrieb. Davon waren 82 im Besitz
von nur 14 Gesellschaften, von denen 13 dem Kohlenyndikat an-
geschlossen sind. Es gehörten 16 Werke der Harpener Gesellschaft,
11 der Gelsenkirchener, 8 der Essener Steinkohlen-Bergwerkgesell-
schaft, 9 der Deutsch-Lugemburgischen, 6 der Pöbrenia, je 6 den Ge-

sellchaften Pöbren, Firma Stinnes u. Mühlheim, 4 dem preussischen
Fiskus usw. Reht man die 4 fiskalischen Werke außer Rechnung,
dann bleibt für die 15 größten Syndikatsgesellschaften allein eine
Gesamtförderung von rund 48 1/2 Millionen Tonnen.

Die 13 Hüttenunternehmungen sind durch Personalunion, fami-
liäre Beziehungen der Hauptbesitzer, Bankkonzernverhältnisse usw.
derart verflochten, daß heute schon nur noch ein Duzend
überaus kapitalstarker Personen oder Familien
die Herrschaft in dem größten europäischen In-
dustriebezirk ausüben! Was dieses Duzend untereinander
aber die Förderung und die Preisstellung ausmacht, dem haben sich
nicht nur die übrigen Syndikatsmitglieder, sondern dem hat sich
auch die Konsumentenmasse zu unterwerfen. Das rheinisch-west-
fälische Kohlenyndikat ist der stärkste Rückhalt auch für die Kohlen-
grubenbesitzer in den anderen deutschen Bergwerksbezirken; es be-
steht aus Preisvereinbarungen zwischen allen deutschen Grubenvereini-
gungen, wofür das rheinisch-westfälische Syndikat die Richtlinien an-
gibt. Infolgedessen beherrschen das Duzend
rheinish-westfälische Syndikatsmagnaten direkt
und indirekt die gesamte Kohlenindustrie Deutsch-
lands!

Neben der Kohlenförderung hat sich die Herstellung von Koks,
Briketts und der für die chemische Industrie erzeugten Nebenprodukte
aufwändig gehoben. 1908 sind 14,96 Millionen Tonnen Koks
gegen 6,95 im Jahre 1898 erzeugt worden. 1898 waren 8441 Koksöfen
mit je 824 Tonnen Durchschnittsleistung in Betrieb, 1907 waren es
13 575 mit je 1169 Tonnen Durchschnittsleistung. Auf die dem
Syndikat angeschlossenen Kohlenzechen, im Besitz von 14 Hütten-
gesellschaften, entfielen fast 5 Millionen Tonnen von der gesamten
Koksproduktion. Hierin liegt der große wirtschaftliche Vorteil dieser
„gemeinsamen Werke“; sie treiben unaufhaltsam zur weiteren Konzen-
tration. Das Ende ist ein gewaltiger Notanruf.

Wenn man die Gesamtentnahme der Unternehmer für Koks,
Koks, Briketts, Teer, Ammoniak, Benzol, Steingut (1908 eine
Produktion von über 333 Millionen Stück) usw. zusammenrechnet, so
kommt für 1908 sicher eine Gesamtsumme von weit über 1000 Mil-
liarden heraus. Ueber diese Riesensummen verfügt ein relativ win-
ziges Häuflein Unternehmer. Kein Wunder, daß die Syndikatsherren
sich den von ihnen kommandierten mehr als 334 000 Arbeitern gegen-
über als die Diktatoren fühlen und auch nicht vor jeiner unerbitt-
lichen Forderung gegen die Regierung zurückweichen. Daß sich im
Jahre 1908 die Lohnverhältnisse verschlechtert haben, zeigt diese Zu-
sammenstellung:

Jahr	Durchschnittswert der Tonne Koks	Durchschnittslohn der Arbeiter	Anteil des Lohnes vom Durchschnittswert
1907	9,59 M.	4,87 M.	51,15 Proz.
1908	10,00	4,82	47,44

Demnach ist der Lohn absolut und relativ gesunken. Trotzdem
behaupten die Trübsinnigen immer wieder, die hohen Kohlenpreise
seien bedingt durch gesteigerte Lohnkosten.

Vereinigter Werkstätten für Kunst im Handwerk, K. G. Der Auf-
sichtsrat der Gesellschaft bringt erstmalig die Verteilung einer Divi-
dende von 5 Proz. für das Geschäftsjahr 1908 in Vorschlag. Aus
dem Reingewinn, der 161 852 Mark beträgt, wird auch die vor-
jährige Unterbilanz von 89 020 Mark getilgt. Der Auftragsbestand
wird als sehr befriedigend bezeichnet.

Wohlfahrt bei Scherl und das Statistische Landesamt.

Mit Hinweis auf unsere Notiz, betreffend Massenündigung im
Königl. Preussischen Statistischen Landesamt, wird uns noch folgendes
berichtet: Den 175 Gefündigten Beamten erließ die bei der Verlags-
buchhandlung Aug. Scherl, G. m. b. H., neues Glüd. In „danke-
würdiger“ Weise sorgte die Genannte sich um das künftige Wohl der
von einer künftigen Behörde an die Luft Beförderten. Herr Sekretär
Friedrich gab den Gefündigten bekannt, daß für 100 von ihnen bei
Scherl keine Stellen offen seien; die Herren sollten sich darum
schriftlich bewerben. Solcher Aufforderung kamen fast alle nach;
jeder wollte zu den Glüdlichen gehören. Aber selbst die nicht hoch
gepannten Erwartungen hatten noch weit über die graue Wirklichkeit
hinaus sich vertrat, wenn ihre Phantasien den Hoffnungsvollen etwas
von sorgenfreier Existenz vorgegaukelt.

In dem Antwortschreiben der Wohlfahrtsfirma wird mitgeteilt,
die Katalog betreffe eine Reisebestellung für den — „Tag“. Bezahlt
würden an Speisen, für auswärtig 4 M. pro Tag — wohnort, nicht
pro Woche, sondern für jeden Tag —, für Berlin 2 M. Zu
dem fürsichtigen Gehalt trete eine Provision von 2,50 M. für ein
Abonnement auf den „Tag“ Ausgabe A, 1 M. für die Ausgabe B,
1,50 M. für die Ausgabe O und 80 Pf. für die „Berliner Abend-
zeitung“. Da haben die verflochtenen königlich preussischen Hilfs-
arbeiter ja Aussicht auf respektable Einkommen, wenn sie jeden Tag
ein halbes Duzend „Tag“-A-Abonnenten erzielen.

In Ergänzung unserer Mitteilung über die Heimarbeit im
Statistischen Landesamt sei noch mitgeteilt, daß u. a. in einer der
letzten Wochen, als man Leute wegen Arbeitsmangel kündigte, ein
einziges Sekretär aus dem Kriegsministerium für über 1000 M. —
Heimarbeit abließerte. Damen, die nach ihrer Kleidung zu den
besser situierten Ständen gehören, haben ebenfalls meist das Glüd,
günstige Arbeit — Konzentrationen — zu erwischen; arme Teufel
waren's, die die Kündigung erhielten. Trotz Beschäftigungsmangels
für die Hilfsarbeiter soll sich für andere Leute die Arbeit so ge-
drängt haben, daß in der Lindenstraße sogar Sonntagsarbeit not-
wendig war. Geht es denn wirklich nicht anders? Muß es sein,
daß Familienväter aufs Pfaster fliegen und andere Beamten bei
ihrer Heimarbeit für das Amt sogar fremde Personen beschäftigen?

Rotstruß. Aus Philadelphia wird über die Entstehung eines
Kohlschraubs berichtet. Das Unternehmen soll nach dem „E. T.“ mit
60 000 000 Dollar kapitalisiert werden und die Jahresproduktion
wird auf 10 000 000 Tonnen geschätzt. Die neue Gesellschaft hätte
ungefähr 12 000 Oefen und würde praktisch die gesamte Kohls-
produktion in Papette und Westmoreland in Pennsylvania kontrol-
lieren. Zum Vergleiche sei erwähnt, daß die U. S. Steel Kor-
poration mit allen Anhängeln (Pitt u. Stahl) ungefähr 25 000
Oefen im Betrieb hat, die unabhängigen Stahlwerke dagegen un-
gefähr 3000.

Aus der Frauenbewegung.

Vollsbildung.

Daß man bei uns nicht das notwendige Interesse an der
Vollsbildung habe, wurde von Herrn J. Teubner im Verlaufe eines
Vortrages sowie von Diskussionrednern am Sonnabend im
Würgerjaale des Rathhauses betont. Zur Feststellung dieser Tat-
sache hätte allein schon ein Blick in die Versammlung genügt. Wir
haben bei viel weniger wichtigen Anlässen den Bürgeraal schon
voll besetzt angetroffen. Trotzdem diesmal drei Vereine gemein-
schaftlich eine öffentliche Versammlung einberufen hatten, und
zwar der „Berliner Frauenverein“, die „Gesellschaft für eifrige
Kultur“ und die „Gesellschaft für Verbreitung von Volksschulbildung“,
wor der Saal nur schwach besetzt. In seinen Ausführungen
erklärte Herr Teubner, daß „höhere Schulen“ nicht Schulen für
„höhere Stände“, sondern Schulen für „höhere Begabte“ sein sollten!
Im allgemeinen würde immer noch der gesellschaftliche Unterschied
betont. Er habe auch unsere städtischen Verwaltungen in Ver-
dacht, daß sie die höheren Schulen in diesem Sinne auffaßten.
Herr Teubner ist ein sehr naiver Herr — wenn er die städtischen Ver-
waltungen nur „in Verdacht hat“. — In den höheren Schulen säßen
viele unbegabte Kinder, die gar nicht dort hineingehörten. Nach
der Meinung für die höheren Mädchenschulen hätten Staat und

Gemeinde pro Kopf zuzuzahlen. Diese Kosten sollte man nicht an
die Unbegabten verschwenden, sondern für Begabte aus den Volks-
schulen aufwenden.

Von den Volksschulkindern in Berlin sei ein relativ großer
Prozentatz für höhere Bildung geeignet und dürfte davon nicht
ausgeschlossen sein. Für Mädchen fehlten Uebergangsschulen.
Ein begabtes elfjähriges Mädchen müßte beim Uebergang in eine
höhere Mädchenschule in die Septima zu viel jüngeren Kindern ein-
rücken, da ihm die fremden Sprachen fehlen, und es verliere somit
mehrere Jahre. Die Lücke im Mädchenstudium verlange Abhilfe.
Vor allem sollten die Vorkurschulen abgeschafft werden, das erleichtere
den Uebergang aus der Volksschule. Bestfallen hatte bereits solche
Schulen, jedoch — so berichtete Herr Teubner — sei ihm die traurige
Mitteilung geworden, daß die neuen Mädchenschuleinrichtungen
wieder eine Vorkurschule erhalten sollten „durch das Uebergewicht der
Stimmen des Großkapitals — die Intelligenz war auf unserer
Seite“ —, so lautete die Mitteilung. Daß das Kapital diese
Bildungsfeindlichkeit hat, Herr Teubner besonders an Kapitalis-
vermächtnissen beobachtet. In einem Zeitraum von 10 Jahren
wurden für katholische und andere kirchliche Zwecke aus Stiftungen
100 000 M. hergegeben — für Schulzwecke dagegen nur jährlich
12 000 M. — Ein beschämendes Zeugnis! Folgende Resolution
sah Annahme: „Die Versammlung vom 27. März ersucht die drei
einzelnen Vereine, eine Kommission einzusetzen mit der Aufgabe,
den Ausbau der Berliner höheren Mädchenschule dahin zu beein-
flussen, den Uebergang aus der allgemeinen Volksschule in die
höhere Mädchenschule zu erleichtern.“

Die von Herrn Teubner angefertigte Grundriss und Forde-
rungen sind gewiß sehr schön, aber ihre Verwirklichung würde doch
immer nur ein Stück- und mangelhaftes Flidwerk bedeuten. Soll
dies Ziel: allen Begabten wissenschaftlicher Hochschulunterricht
erreicht werden, dann sind andere Vorbedingungen zu erfüllen. Die
Kosten des gesamten Unterrichts müßten vom Staat bestritten
werden; die höheren Schulen dürften nur den Begabten offen
stehen. Ueber die Aufnahme müßten die Lehrer und eine aus
Bürgern und Bürgerinnen bestehende Schulkommission entscheiden.
Unbegabten Kindern reichere Leute müßte die Aufnahme in die
höhere Staatschule unbedingt verschlossen sein. Dann wäre die
Garantie gegeben, daß alle zusammen, unter den heutigen Um-
ständen verkommene Intelligenz ausgelöst würde. Ein ganz
gewaltiger Anreiz läge für die Kinder in dem Bewußtsein: für
meine spätere Lebensstellung ist nicht der Reichtum meines Vaters
oder seine Armut bestimmend, sondern lediglich mein eigenes
Wissen und Können! Aber solange wir Klassenherrschaft haben,
wird auch das Privilegium der Reichen auf dem Gebiete der Er-
ziehung und des Unterrichts bestehen bleiben. Der dumme Sprö-
dliche eines Millionärs behält die Anwartschaft darauf, der Vor-
gesetzte und Befehlshaber der Intelligenz aus dem Volke zu
werden. Das ist die Ordnung der Klassenherrschaft.

Bürgerliche Frauenstimmrechts-Propaganda.

Der Preussische Landesverein für Frauenstimmrecht* hatte für
Dienstag eine Versammlung einberufen, in der die Präsidentin des
„Weltbundes für Frauenstimmrecht“, Mrs. Carrie Chapman Catt,
in englischer Sprache einen Vortrag über die Internationalität der
Frauenstimmrechtsbewegung hielt. Sie begründete die Forderung
des politischen Bürgerrechts der Frau vor allem mit dem Hinweis auf die
in allen Kulturländern zu verzeichnende unaufhaltsame Zunahme der er-
werbstätigen Frauen, die dieses Rechtes zur Verteidigung ihrer Interessen
nicht entzogen können. Während der „Weltbund“ bisher auf allen seinen
Konferenzen bernied, klare Stellung zu nehmen zu der Frage, welches
Wahlrecht, ob ein allgemeines oder ein beschränktes Damenwahlrecht
zu fordern sei, trat seine Präsidentin hier verständigweise für das
allgemeine Wahlrecht ein. Wenn aber das Wahlrecht nur einer be-
stimmten Klasse der Frauen verliehen werden sollte, so müßte es
nach ihrer Meinung nicht den Frauen der Besitzenden, nicht der so-
genannten Intelligenz, sondern den erwerbstätigen Frauen zu-
kommen. Die Widerlegung der gegen die Frauenstimmrechtsforderung
erhobenen Einwände bot inhaltlich nichts Neues, doch verstand die
sehr gewandte Rednerin es, ihre Polemik gelegentlich mit kleinen,
dem amerikanischen Leben entnommenen Anekdoten humorvoll zu
würzen.

Das unvermeidliche Fräulein Bismarckia sorgte in der Dis-
kussion dafür, daß auch die schwachen Seiten der bürgerlichen
Frauenbewegung ins helste Licht gerückt wurden. Die unentwegte
„Heer“, „Flotten“, „Kolonialschwärmerin“ und „Blodenthusiastin“ hielt es
nämlich wieder einmal für ihre heilige Pflicht, daran zu erinnern,
daß die Frauen nur dann würdig wären, politische Rechte zu er-
langen, wenn sie nicht nur für die Erhaltung, sondern auch für die
Stärkung der Weltmachtstellung Deutschlands mit allen Mitteln ein-
träten. In das Rische, das diesen mit unerträglicher Selbstpreisheit
vorgebrachten Ausführungen folgte, mischte sich starker Beifall der
Bismarckianischen Weltmachtsfreunde von der „liberalen Frauen-
partei“. Eine neue Illustration zu der kläglichen politischen Ver-
fahrenheit der bürgerlichen Frauenbewegung.

Eine Massenpetition für das Frauenwahlrecht wird zurzeit in
den Vereinigten Staaten verbreitet. Die Organisationen der bürger-
lichen Frauen gingen zuerst damit vor. Sie fand bei dem national-
en Frauenkomitee der Sozialistischen Partei volle Unterstützung
und der Plan wird durch die Partei eifrig gefördert. Der Haupt-
zweck liegt darin, die Massen aufzurütteln, sie für Emanzipation der
Frauen zu interessieren.

Eingegangene Druckchriften.

- Wissenschaft und Bildung. Bd. 21. Unsere Erziehung und
Bilder in der Geschichte und Handel. Von R. Weindler, B. Schulze und
B. Ullrich. — Bd. 22. Unsere Standesorgane. Von Erwin Boyens Dr.
Kangold. — Bd. 23. Hörter, Licht, Wärme, Kälte und Röntgen-
Strahlen. Von Geh. Regierungsrat Prof. Dr. Reelen. — Bd. 24. Volks-
wirtschaft und Staat. Von Prof. Dr. C. Rindermann. Geheftet 1 M.,
geb. 1,50 M. Quelle u. Meyer, Leipzig.
- Handbuch der antogenen Schweißung von Ing. Th. Kautz.
Geb. 3,50 M. — Ueber den physiologischen Schwamm des Weibes
von Dr. P. A. Müllers. 170 Seiten. — Das Meer als abendbare
Kraftquelle von Dr. W. Franzen. 35 Seiten. — Der Querschnitt und seine
Entwicklung von Oberjustizrat Dr. Prof. 1,20 M. — Schwamm-
forschung; Fäulnisforschung und Pädagogik von Dr. Th. Keller. 1 M.
C. Rindermann, Halle a. S.
- Jahrbuch der Schule Stolpe-Schrey 1909. S. Steffenhagen, Berlin,
O. 2
- Der Roman der Marianne Baumert von Anna Reichert. Egon
Reichert u. Co., Berlin W. Preis 6 M.
- Kunst und Künstler. Heft 6. 2,50 M. B. Cassirer, Berlin.
- Nord und Süd. Heft 384. Eine deutsche Monatschrift. S. Schott-
länder, Berlin, W. 35.
- Les Hommes du jour (die Leute von heute). 2. Jahrgang,
Nr. 59 u. 60 (enthaltend: Urbain Gohier u. M. Luce), Paris, Jede
Nummer 10 Cent.
- Die Verkommenen. Roman von R. Streber. Geb. 5 M. B. Cassirer
Köln, Leipzig.
- Methode oder Dogma? Von R. Staudinger. 75 Pf. E. Köhler,
Leipzig.
- Problem des gewerblichen Mittelstandes. Von Dr. G. Köhler,
Landl. 1. Band. Wirtschaftliche Produktion. 4 M. S. Gorbun, Gernsbach.
- Bericht über die Verwaltung und den Stand der Gemein-
dingelgebühren der Stadt Charlottenburg. 1907. 220 Seiten.
A. Ulrich u. Co., Charlottenburg.
- Generalkarte von Serbien und Montenegro. 2 M. Maria u. Co.
in Wien.
- „Das Wissen für Alle.“ Nr. 12. Wochenchrift. Statist. 3 Kr. —
Wissen für Alle. Nr. 1. Was heißt Bildung? Von Prof. Dr. F. Goll.
20 H. F. Keller u. Co., Wien I.
- Jahresbericht vom Gewerkschaftsrat Belg. 1908. 48 Seiten.
Selbstverlag.
- Der Tarifvertrag in den österreichischen Brauereien. Von
Dr. A. Deutsch. 4 S. A. Brand u. Co., Wien VI.
- Die chemische Industrie. Von G. Müller. Unter Mitwirkung von
Dr. phil. Fritz Demingh. Geb. 11,20 M., geb. 12 M. — Stoffe und
Probleme des Religionsunterrichts. Von U. G. Braack. Geb.
2,40 M., geb. 3 M. — Politisches Handbuch für Frauen. Heraus-
gegeben vom Allgem. Deutschen Frauenverein. 1,20 M. B. G. Teubner
in Leipzig.

„Tom Kampf“ in das Heft 7 (Noch) erschienen. Es hat folgenden Inhalt: Heinrich Weber: Das jüdische Problem. — Josef Straker: Zum Internationalismus. — Matthias Eidersch: Die deutschmährische Parteiorganisation. — Josef Diner-Danes (Budapest): Die Agrarfrage in Ungarn. — Emmy Freundlich: Frauenrecht und Kinderzuschlag. — Ernst Deinhard (Berlin): Die Konzentrationbestrebungen innerhalb der deutschen Gewerkschaften. — Max Winter: Wirkungen der Krise in der Holzindustrie von Galz-Stemtschann. — Johann Polach: Das Gesetz der natürlichen und der gesellschaftlichen Auslese. — Bücherschau: Mary-Literatur. Jugendfürsorge. Arbeiterleben. Gemeindefürsorge. Dramatik.

Geschäftsbericht der Crökantenasse der Maler zu Berlin 1908. 62 Seiten. Rouver u. Dimmid, Berlin SO. 16.

Recht und Kaufmann. Monatsheft für die rechtlichen Interessen des Handelsstandes von Dr. H. Fischer. Pro Jahr 6 M. Dichterische Verlagshandlung von Th. Weicher, Leipzig.

Das Gesetz der Gewalt und das Gesetz der Liebe. Von Graf Leo N. Tolstoi. 167 Seiten. G. Bondy, Berlin W. 15.

Tätigkeitsübersicht für das Jahr 1908 des Vereins Berliner Kaufleute und Industrieller. 113 Seiten. Berlin W., Sägersstraße 22.

Auffklärung? Lyrische Erzählung von Edmund. 2 M. E. Pierbon, Dresden.

Sie erdrückt uns! Roman aus der Zeit des Frauenwahlrechts. 2 M. E. Pierbon, Leipzig.

Die Votenfrage im Ruhrkohlengebiet von A. V. Bredt. 3 M. — **Die Städtepolitik im Gebiet des deutsch-polnischen Nationalitätenkampfes.** Von L. Bernhardt. 1 M. Dunder u. Homblot, Leipzig.

Jahresbericht des deutschen Metallarbeiterverbandes Berlin 1908. 96 Seiten. A. Schilde u. Co., Berlin NW. 6.

Der Monatsmus. Blätter des deutschen Monatsbundes, Nr. 32. Jährlich 12 Hefte. Einzelheft 30 Pf. Geschäftsstelle Berlin W. 57.

Lebensführung. Ein Buch für junge Menschen von F. W. Förster. 298 Seiten. G. Reimer, Berlin W. 35.

Die serbische Frage. Von Dr. Blaban Georgewitsch, serbischer Ministerpräsident a. D. Geheftet 2,50 M. Stuttgart, Deutsche Verlags-Anstalt.

Die Sozialdemokratie im Wahlkreis Potsdam-Osthavelland. Von G. Leibner. A. Paris, Belten 1. M.

Das Lebenswerk von Karl Marx. Von E. Sombart. 80 Pf. G. Fischer, Jena.

Die Gluckshude. Erzählung von Ernst Bretzgang. Brosch. 2 M., geb. 2,00 M. — **Gedichte von F. Braun.** Brosch. 2,25 M., geb. 3,50 M. Haupt u. Kammon, Leipzig.

Was ist ungesund? Was ist unästhetisch? Was ist normal? Von Justizrat Dr. R. Wolf. 150 M. G. Kallher, Berlin W. 30.

Der neue Weg der Genossenschaft deutscher Bühnengehöriger. Protokoll in Sachen H. Walden. Verlag Truderei für Bibliophilen. Berlin O. 34.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Zeitschrift **Anders Lindenkrantz Nr. 3, zweiter Teil, dritter Eingang, vier Treppen, 1897** Jahrgang 1897 wochentäglich abends von 7^{1/2} bis 9^{1/2} Uhr halt. Geöffnet 7 Uhr Sonnabends beginnt die Zeitschrift um 6 Uhr. Jeder Eintrag ist ein Buchstabe und eine Zahl als Wortzeichen beizufügen. Briefliche Antwort wird nicht erteilt. Bis zur Beantwortung in Briefkasten können 14 Tage vergehen. Bitte Fragen trage man in der Zeitschrift vor.

M. N. 100. Zwei Städte mit gleichem Namen in Nordamerika. — **Baumgartenweg 100.** Die Kurse beginnen erst wieder im Herbst. — **Emil Banke.** Jedenfalls mit der Charge, in der er diente. — **C. N. 54.** Welten entscheiden wir nicht. Wir glauben aber, daß das die Steuerbehörden auch nicht wissen. — **D. S. 3333.** 1. Die Wohlfahrts-einrichtungen Berlins und seiner Vororte. Preis 2 M. Auch in der Buchhandlung „Vorwärts“. 2. In der Heumannschen Volksbibliothek, Wobertstraße 41. — **S. G. 14.** Sie mühten sich an eine der Eisenbahnwerkstätten wenden. Dort werden Sie auch die Lohnhöhe erfahren. — **E. 876.** Ja. — **C. P. 30.** 1. Rein, aber eine Eingabe an die Direktion hat in der Regel Erfolg. 2. Rein. 3. Sie leben außerhalb Gütergemeinschaft. 4. In Höhe der Erbschaft würde die Haftung eintreten. — **W. 99.** 1. und 2. Leider ja. — **R. 2.** 18. Rein. — **C. K. G. Westen.** Die Gewerbesteuerkonvention und Gewerbesteuer ist wiederholt darin erörtert, daß ein Händlereinzelhändler gestattet, daß das Bier im Lokal getrunken wird. — **Schubert.** Wenn in dem Verträge nichts Gegenteiliges ausdrücklich vereinbart ist, so kann die Gläubigerin jederzeit klagen und pfänden lassen. Wer zuerst pfänden läßt, geht vor. Ein Schuldschein hat Ihrer Anfrage nicht beigegeben. — **D. N. 100.** Leider nein. — **M. 20.** 3. Rein. — **Ostbahn.** Das zweite Testament würde voraussichtlich auf eine Anfechtungslage hin für ungültig erklärt werden. Die Klage kann erst nach dem Tode der Erblasserin angefaßt werden. — **A. S. S. 1.** Die unentbehrlichen Sachen müssen belassen werden. 2. Ja. — **P. 36.** Eine Reklamation hätte keine Aussicht auf Erfolg, wenn Sie nicht auf Grund der Angaben in unserem Artikel vom 28. März noch Abzüge machen könnten. — **D. N., Karlsruher.** Ein Einspruch wäre zwecklos. — **C. N. 100.** 1. und 2. Ja. — **M. O. 7.** Wenn nicht etwa bereits Klage seitens des Gläubigers eingeleitet und ein Urteil ausgesprochen war, so würden Sie gegen den Willen auf Herausgabe der Sachen, Rückgabe der Wohnung und Schadenersatz klagen können. Um Bewilligung des Armenrechts können Sie einkommen. Wegen des Vorgehen des Birtes können Sie Beschwerde einlegen. — **E. W.** Ja, falls nicht etwa aus der Art der Straftat auf besondere Reueigung zu Arbeitsleistungen geschlossen werden kann. — **G. 104.** Eine Klage auf Weiterzahlung der Pension hat voraussichtlich Erfolg. — **P. 50.** Mit einer Klage gegen die Gemeinde würden Sie möglicherweise durchkommen. — **Unklar.** 1. Ja. 2. Teilen Sie direkt mit einem Anwalt in Verbindung. — **R. 32.** 1. und 2. Die dem steigenden Teile in einem Prozeß erwachsenen Auslagen kann er erstattet verlangen. Die daraus abzielenden Ansprüche sind an das Gericht zu richten. 3. Es mühte geflagt und dann gepfändet werden. Die unentbehrlichen

Gegenstände unterliegen nicht der Pfändung. 4. Wenn aus dem Verkauf des Vertrags nicht das Gegenteil erhellt, nein. — **Genosse 653.** 1. Ja. 2. Rein. 3. Rein. 4. Ja! 5. Ja. — **Rüderdorf 22.** 1. Kallbergs-Rüderdorf. 2. Insgesamt etwa 15 M. für den unterliegenden Teil. 3. Rein. **M. N. 13.** Voraussichtlich dauernd miltärdienstfähig. — **M. N. 11.** Die Betroffene ist nicht frankensversicherungspflichtig. — **M. O. 1.** Der Vater würde ein Viertel, die Mutter drei Viertel des Nachlasses erben. 2. Die Rechtslage ist zweifelhaft. Lassen Sie Ihre Mutter oder Ihre Schwester beim Landrat den Antrag stellen, die Frage der Versicherungspflichtigkeit zu entscheiden. — **M. 23. 25.** 1. Klagen Sie auf Innehaltung des Vertrages und auf Schadenersatz beim Amtsgericht. 2. Ja. — **R. P. 100.** Falls der Inhalt des ersten Testaments dem nicht entgegensteht, ist die Mutter dazu berechtigt. — **J. P. 25a.** 1. Die Rente muß bezahlet werden. 2. Rein. 3. Ja. — **C. K. 161.** 1. Wenden Sie sich an die Versicherungsanstalt unter Schilderung des Sachverhalts. 2. Gewiß. Sie können durch die Polizei Herausgabe der Karte verlangen. 3. Ja. 4. Die Hälfte des ursprünglichen Tagelohns. 5. Rein. — **Ausländer 7777.** 1. Ja. 2. In der Regel nein. — **R. 5.** 1. Ja. 2. Leider bestehen Schutzvorschriften nur für die jungen Leute bis 16 Jahre. 3. Eine vom Lehrvertrag abweichende Erhöhung ist unzulässig. 4. Rein. — **W. 70.** 1. Der 1. und 2. Der Pächter ist in keinem Falle verpflichtet, auf den Rücktritt einzugehen. — **S. 50.** Sie würden auf die Differenz klagen können, freilich liegt Ihnen die Beweislast ob. **R. N. 29.** Leider hätte eine Klage wenig Aussicht auf Erfolg. Den Namen des Unternehmers kennen wir nicht. — **H. W. 12.** Lassen Sie Ihren Mann die Sachen verzeichnen, dann mag Ihr Ehemann zu gerichtlichem Protokoll oder bei einem Notar für Eigentum anerkennen und auf sein ehemännliches Nießbrauchs- und Verwaltungsrecht in dem Verträge verzichten. — **H. 124.** Reineswegs. — **S. 100.** 1. Ja. 2. Sie mühten schließlich auf Herausgabe klagen. 3. Rein. — **H. 56.** Klagen Sie an das Landgericht, daß die Ehe geschieden hat, den Antrag auf Dispens vom Eheverbot. Sie mühten dabei die Gründe angeben. Zweckmäßig ist es, wenn Sie die Einwilligung des früheren Ehegatten besorgen könnten. — **Jacob 1.** 1. Das Geschenk kann mit Erfolg nicht angefochten werden. 2. Mit Aussicht auf Erfolg wäre auf Herausgabe der Police zu klagen. Der von Ihnen benannte Hund ist uns nicht bekannt. — **M. S. 29.** Koch nicht. — **S. A. 2.** Wiederholen Sie die Anfrage. — **R. 29. Gassen.** Rein. — **Edenburg.** Die für militärische Übungen zu zahlende Staatsentschädigung kann vom Lohn nicht abgezogen werden. Ob für die Zeit Lohn zu zahlen ist, hängt davon ab, welche Stellung der Lebende einnimmt (Handlungsgehilfe? Werkmeister? Geselle?) wie lange er in Stellung war, und welche Kündigungszeit besteht. — **Zerling.** Der Vertrag kann selber mit Aussicht auf Erfolg nicht angefochten werden. — **M. W. 1.** 1. Dem Staat gegenüber hatten beide Kontrahenten. Stellen Sie Ihre Einwendungen unter Beweis. 3. Die Stempelung durch Sie kann verlangt werden. 4. Etwa 3 M. 5. Ja. 6. Etwa 10—20 M. — **G. N. 200.** Ihre Einwendungen müssen Sie in der Reklamation anführen. Welche gesetzlichen Bestimmungen in Betracht kommen, ist in der letzten Sonntagsnummer dargelegt.

A. WERTHEIM

G. m. b. H.

In dieser Woche besonders vorteilhaftes Angebot:

KONSERVEN

- Stangenspargel extra stark . . . 1/2 Dose 1.55
- Stangenspargel 1/2 Dose 83 Pf.
- Stangenspargel III 1/2 Dose 1.05
- Bruchspargel ohne Köpfe . . . 1/2 Dose 68 Pf.
- Junge Schoten extra fein . . . 1/2 Dose 85 Pf.
- Junge Schoten extra fein . . . 1/2 Dose 48 Pf.

- Junge Schoten II 1/2 Dose 52 Pf.
- Spinat 1/2 Dose 38 Pf.
- Tomaten-Puree 1/1 Dose 68, 1/2 Dose 38 Pf.
- Delikatess-Heringe 1/1 Glas 72, 1/2 Glas 48 Pf.
in verschiedenen Saucen
- Neunaugen Dose 88 Pf.

- Aprikosen 1/2 Frucht ungeschält 1/1 D. 1.10
- Stachelbeeren 1/1 Dose 55 Pf.
- Melange Früchte 1/1 D. 85 Pf.
- Sauerkirschen 1/1 Dose 90 Pf.
ohne Steine
- Reineclauden 1/1 Dose 68 Pf.
- Apfelmus . . . 1/2 Dose 58 Pf.
- Erdbeeren . . . 1/2 Dose 85 Pf.

- Erdbeeren . . . 1/2 Dose 48 Pf.
- Mirabellen . . . 1/2 Dose 70 Pf.
- Mirabellen . . . 1/2 Dose 63 Pf.
- Preisselbeeren 1/1 Dose 58 Pf.
- Preisselbeeren 1/1 Dose 1.10
- Preisselbeeren 1/1 Dose 2.75
- Pflaumen ganze Frucht 1/1 Dose 42 Pf.

- Dunstfrüchte**
Stachelbeeren, Johannisbeeren, Kirschen mit Steinen, Heidelbeeren, Birnen Glas 52 Pf.
- Dunstfrüchte in Zucker**
Kirschen ohne Steine Glas 68 Pf.
- Melonen Glas 68 Pf.
- Pfirsiche halbe Frucht Glas 1.25
- Himbeeren Glas 85 Pf.

FLEISCHWAREN (*Von der Zusendung) ausgeschlossen

- Zerelat u. Salamiwurst in Rind-darm Pfd. 1.10
- Schlackwurst in Fettdarm Pfd. 1.20
- Plockwurst Pfd. 1 Mk.
- Westfälische Mettwurst Pfd. 85 Pf.
- Teewurst Pfd. 1.20
- Landschinken im Ganzen Pfd. 1.10
- Schinken nach Prager Art, zum Backen und Kochen Pfd. 1.15

- Fleisch-Roulade 1/2 Dose 1.85
- *Feine Leberwurst Pfd. 95 Pf.
- *Landleberwurst Pfd. 90 Pf.
- *Hallesche Leberwurst Pfd. 1 Mk.
- *Zwiebelwurst Pfd. 45 Pf.
- *Rotwurst Pfd. 45, 65 Pf.
- *Jagdwurst Pfd. 90 Pf.

GEFLÜGEL

- Suppenhühner Stück 1.90, 2.25
- Brathühner Stück 1.85, 2.25
- Schneehühner 1.10
- Puten Pfund 95 Pf.

SÜDFRÜCHTE

- Apfelsinen Dtz. 22, 35, 50 Pf.
- Apfelsinen Messina-Blut Dtz. 45, 50, 65 Pf.
- Zitronen Dtz. 25, 35 Pf.
- Italienische Tafeläpfel Pfd. 20 Pf.

KOLONIALWAREN

- Echtes Budapest Mehl Pfund 27 Pf.
- Kaiser Auszug-Mehl feinstes Pfund 21 Pf.
- Weizenmehl 000 Pfund 17 Pf.
- Süsse Mandeln I Pfund 1.15
- Süsse Mandeln II Pfund 95 Pf.
- Bittere Mandeln I Pfund 1.15
- Bittere Mandeln II Pfund 95 Pf.
- Rosinen Pfund 53 Pf.
- Sultaninen Pfund 45 Pf.
- Sultaninen extra Pfund 60 Pf.
- Korinthen Pfund 32 Pf.
- Orangeat Pfund 55 Pf.
- Corsikaner Citronat Pfund 60 Pf.
- Selbsttätiges Backmehl 1 Pfund-Paket 30 Pf.
- Backpulver 1/2 Pfund-Paket 43 Pf.
- Vanillin-Zucker 1/4 Pfund-Paket 48 Pf.

MOSELWEIN

- 1907^{er} Wolfer 1/1 Flasche 95 Pf.
- 1906^{er} Uerziger 1/1 Flasche 1.25

RHEINWEIN

- 1906^{er} Oppenheim. Schloss 1.00
- 1904^{er} Nierst. Scheinbügel 1.40
Wachstum: Gebr. Egly

Partei-Angelegenheiten.

Erklärung.

Bezüglich der Erklärung des Genossen Bohl in der Nr. 76 möchte ich bemerken, daß derselbe sehr wohl in der Lage war, meinen Ausführungen entgegenzutreten, eventuell in sachlicher Berichtigung.

Jedoch wäre ihm dies wohl schwer gefallen, da doch bereits feinerzeit der Zentralvorstand beschlossen hat, den Genossen in 3. Kreis aufzugeben, den mit dem Genossen der „Neuen Welt“ abgeschlossenen Vertrag für die noch laufende Zeit auf die Rixdorfer Genossen übergeben zu lassen. Das ist auch dem Genossen Bohl bekannt, er erwähnt aber hiervon in seiner Erklärung nichts, obwohl dieser Beschluß der springende Punkt ist, um den es sich dreht, und dem die Genossen im 3. Kreis bisher nicht nachgekommen sind, obwohl das erwartet wurde. O. Büchner.

2. Wahlkreis. Sonntag, den 4. April, findet für die Inhaber mit weißen Karten die Kranienabstellung statt. Die Wahllokale werden um 1 Uhr geöffnet; die Verlosung der Plätze beginnt ebenfalls um 1 Uhr. Der Vortrag pünktlich um 2 Uhr. Es muß noch einmal ganz besonders darauf aufmerksam gemacht werden, daß die Mitglieder pünktlich zur Stelle sind.

Sonntag, den 4. April, findet bei Rabe, Nischstr. 20, ein Gemütslicher Abend statt. Um 6 Uhr Vortrag des Stadtverordneten Genossen Dr. Alfred Bernheim, anschließend Tanz usw.

Freitag, den 9. April (Karfreitag), gemeinsam mit dem Gesangsverein „Kreuzberger Harmonie“ Herrenpartie. Abfahrt pünktlich 7.40 vom Odeonplatz nach Eichwalde. Frühstück in Schmöckwitz (Restaurant „Zur Polme“). Von dort über Gosen-Neu-Zittau nach Erkner (Degebrühl). Für Nachzügler bis 10 Uhr in Schmöckwitz. Um zahlreiche Beteiligung ersucht der Vorstand.

Achtung, 4. Wahlkreis. Parteispedition. Die Spedition von Robert Bengels befindet sich vom 4. April an Androasstr. 17, Hofparterre.

Steglich. Am Sonntagvormittag 8 Uhr findet eine Flugblattverteilung von den Bezirkslokales aus statt. Die Bezirksleiter nehmen die Flugblätter am Freitagabend bei Clement, Däpplerstr. 7 in Empfang.

Berliner Nachrichten.

Der allwissende Schutzmännchen im Verkehr mit dem Publikum.

Ein geplagtes Individuum ist der Schutzmännchen. Was er alles wissen soll, ist kaum zu sagen. Eine Legion Befehle überträgt der Polizei Aufgaben, die in letzter Linie der Schutzmännchen auszuführen soll. Der Schutzmännchen muß wissen, wann der Bürgersteig vom Schnee befreit sein muß, was alles auf den Märkten feilgeboten werden darf, soll kontrollieren, ob Waage und Gewichte in Ordnung sind, soll aufpassen, ob der Gastwirt die Vollzeitsunde beachtet, ob ein Straßenhändler an einer Stelle hält, wo er nicht soll; soll darauf achten, ob der Verkehr nicht durch einen Streikposten gehindert wird, ob haupolizeiliche Bestimmungen beachtet werden, kurz, ein Schutzmännchen muß Befehle und Polizeiverordnungen en masse im Kopfe haben. Die Hauptsache ist aber die Sorge für Ruhe und Sicherheit. Um alles das leicht erfüllen zu können, hat ein Polizeikommissar Schrader ein Taschenbuch für Polizeibeamte mit Uebersetzungen für den praktischen Dienst herausgegeben, das den Beamten mit Rat und Tat zur Hand gehen soll. In diesem Taschenbuch ist in legalistischer Form eine Erläuterung von Fragen gegeben, deren Beantwortung in der Dienstausübung öfter verlangt wird.

Nicht uninteressant ist auch, was in dem polizeilichen Taschenbuch über den Dienst im allgemeinen gesagt wird. Da lesen wir an einer Stelle: „Es ist zweifellos, daß sich die Ausbildung des Polizeibeamten in den Jahren der zunehmenden Verrohung der unteren Bevölkerungsklassen immer schwieriger gestaltet.“

„Verrohung der unteren Bevölkerungsklassen!“ Wie das gleich eine ganze Bevölkerungsklasse in den Augen eines Polizeibeamten charakterisiert und ihn zu der Meinung bringen kann, als ob den unteren Bevölkerungsklassen gegenüber eine besondere Stellung einzunehmen sei.

Ueber das Benehmen im Dienst finden wir in dem Taschenbuche folgende Anweisungen:

Die militärischen Tugenden: Pünktlichkeit im Dienst, Respekt vor den Vorgesetzten, Ehrlichkeit in der Ausführung gegebener Befehle, Anordnungen und Vorschriften, Energie, verbunden mit Besonnenheit, Sauberkeit usw. zieren daher auch den Polizeibeamten und machen ihn, wenn damit noch Intelligenz, Strebsamkeit und Mäßigkeit verbunden sind, zweifellos zu einem brauchbaren Organe der Behörde.

Der Polizeibeamte soll nun zwar nicht nur seine militärischen Tugenden allein glänzen lassen und in den Vordergrund stellen, denn da er nur mit dem Publikum, also mit der Zivilbevölkerung in Berührung kommt, wird im Verkehr mit diesem ganz besonders ein höfliches und zuvorkommendes Benehmen an den Tag zu legen sein. Selbstverständlich darf bei aller Zuvorkommenheit die feste und zielbewußte Haltung nie außer acht bleiben.

Alle Aufträge und alle an den Beamten herantretenden Dienstobliegenheiten sollen mit Eifer und Schnelligkeit, aber auch mit der erforderlichen Besonnenheit und Ruhe ausgeführt werden. Diese letzteren beiden Eigenschaften muß jeder Polizeibeamte fortwährend bemüht sein, sich zu eigen zu machen, weil sie ihn erst befähigen, in kritischen Lagen Ueberlegenheit zu zeigen.

In sehr vielen Fällen muß der Polizeibeamte rasch entschlossen sein und energisch handeln. Er muß aber auch hier Ruhe und Besonnenheit bewahren.

Ebenso wenig wie hastiges, polterndes Wesen den Zwecken der Polizei dienlich ist, auch langames phlegmisches Gebahren, verbunden mit schwerer Auffassungsgabe im Polizeidienst angebracht. Fast ebenso verhängnisvoll wie erregtes Vorgehen, kann Langsamkeit und Phlegma in vielen Lagen werden. Diese beiden unvorteilhaften Eigenschaften werden bei denjenigen verschwinden, die Interesse am Dienst gewinnen und dadurch Eifer in der Ausübung ihres Dienstes betätigen. Wer andauernd langsam und phlegmatisch im Dienst ist, befindet damit, daß er an verkehrter Stelle steht.

Von einem im Dienst befindlichen Polizeibeamten wird ferner verlangt, daß er fortgesetzt in der Lage ist, klar zu denken. Diese Anforderung bedingt Mäßigkeit und Dienstfähigkeit.

Diese Bedingungen sind so selbstverständlich, daß darüber weiter kein Wort zu verlieren ist.

Unersichtlich ist ferner, daß der Polizeibeamte seinen Lebenswandel so führt, daß er fortwährend und überall in bester Achtung steht.

Der Polizeibeamte soll weder seinen Vorgesetzten noch dem Publikum gegenüber liebdienerisch sein, sondern soll seine

Pflicht erfüllen, in gerader und humaner Weise, ohne Rücksicht auf Beifall und Anerkennung.

Manches, was hier von den Eigenschaften eines Polizeibeamten gesagt wird, ist sicher sehr beherzigenswert, nur merkt man in der Praxis in vielen Fällen nicht viel davon, daß die guten Ratschläge beherzigt werden.

Ein starkes Stück wird wieder mal aus den Bureaus unserer Gemeindeverwaltung bekannt. Es ist vorgekommen, daß für ein Grundstück, das noch nicht an die Kanalisation angeschlossen war, also sie noch gar nicht benutzen konnte, den Besitzern die Kanalisationsgebühr abgenommen wurde. Hinterher wurde die Rückzahlung der irrtümlich entrichteten Gebühr verweigert mit der Begründung, es sei nicht rechtzeitig Einspruch gegen die Veranlagung erhoben worden. Man möge beides — das Versehen, ein noch nicht an die Kanalisation angeschlossen Grundstück zur Kanalisationsgebühr zu veranlagern, und die Weigerung, die irrtümlich entrichtete Gebühr zurückzugeben — für nicht recht glaublich halten, aber beides ist Tatsache. Es handelt sich um das Grundstück Kottbuser Ufer 48-50, das noch unbedeutend ist, aber industriell genützt wird. Jezu Jahre hindurch hat der Verwalter ahnungslos die Kanalisationsgebühr entrichtet, bis endlich bemerkt wurde, daß sie zu Unrecht eingezahlt worden war. Als er von den Besitzern hoffbar gemacht wurde und nun seinerseits den Magistrat um Rückerstattung bat, wurde er abgewiesen, weil die Veranlagung ohne Einspruch geblieben und rechtskräftig geworden sei. Nachdem dann der Petent sich an die Stadtverordnetenversammlung gewandt hatte, hat der Petitionsausschuß sich dahin ausgesprochen, dem Magistrat sei die Verückichtigung der Petition zu empfehlen. Dieser Beschluß bedarf noch der Zustimmung des Plenums. Im Ausschuß wurde vom Vertreter des Magistrats daran festgehalten, daß Rückerstattung nicht zulässig sei, weil Petent die Reklamationsfrist habe verstreichen lassen. Von Mitgliedern des Ausschusses wurde ihm erwidert, dieser Grundsatz könne nur dann Geltung haben, wenn für den gezahlten Betrag eine Gegenleistung gewährt worden sei, hier sei ja aber das Grundstück noch gar nicht an die Kanalisation angeschlossen. Daß bei der Kanalisationsgebühr, anders als bei den Steuern, das Verhältnis von Leistung und Gegenleistung in Frage kommt, das ist noch in vorigen Jahre vom Magistrat selber in seiner Vorlage über die Abänderung der Kanalisationsordnung ausdrücklich hervorgehoben worden — und es versteht sich ohnedies ganz von selber. Aber durch die Kanalisationsordnung ist freilich auch festgelegt, daß Einsprüche gegen Veranlagung zur Kanalisationsgebühr innerhalb bestimmter Frist angebracht werden müssen. „Ordnung muß sein“, sagt hier der Magistrat, wobei er nicht an diejenigen denkt, die irrtümlich Zahlung fordern, sondern an diejenigen, die ahnungslos den Einspruch unterlassen. Im Ausschuß wurde übrigens noch gefragt, wo denn eigentlich die Abwässer des Grundstückes fließen. Das bedarf in der Tat noch einer näheren Prüfung. Das Grundstück ist zwar unbedeutend, aber es wird ein Dampfaggregat auf ihm betrieben. Klosetts sind allerdings nicht vorhanden; die Angestellten begeben sich zum Zweck der „Entwässerung“ (wenn man so sagen darf) nach den angrenzenden Grundstück Wälder Straße 19, das denselben Besitzern gehört, an die Kanalisation angeschlossen ist und ordnungsgemäß Kanalisationsgebühr trägt.

Die Detailpreise für Holz in den städtischen Gasanstalten sind für die Zeit vom 1. April d. J. ab um 20 Pf. für den Dekoliter herabgesetzt worden. Ein Dekoliter grobes Koffes kostet jetzt 1,20 Mark, ein Dekoliter gebrochenes Koffes 1,40 Mark, ab Anstalt. An Fuhrlohn sind zu zahlen: bis zu 10 Dekoliter 1,50 Mark, von 11 bis 20 Dekoliter 2,50 Mark, von 21 bis 30 Dekoliter 3,00 Mark, von 31 bis 40 Dekoliter 3,25 Mark, über 40 Dekoliter pro Dekoliter 7,5 Pfennig. Für das Abtragen des Koffes zur Verbrauchs- respektive Lagerstelle gilt von jetzt ab folgender Tarif: Barriere, Keller und 1 Treppe 7 Pf., 2 Treppen und höher 15 Pf., in das Schüttloch werfen 5 Pf. Das Publikum wird, so schreibt die Direktion der städtischen Gaswerke, gut tun, seinen Bedarf nach Möglichkeit bereits in den Sommermonaten einzufahren, da im Herbst und Winter bei dem großen Andrang der Käufer eine so schleunige Bedienung, wie sie meist gewünscht wird, nicht erfolgen kann.

Für die Oster-Sonderzüge vom Stettiner Bahnhof ist der nachfolgende Fahrplan festgelegt worden: Es verkehren vom 8. bis 14. April nach Neu-Strelitz die Züge: ab Berlin 10.27 vorm., 2.58 und 5.20 nachm., nach Ruhnow: ab Berlin 7.15 und 10.40 vormittags, nach Stargard: 1.27 nachm., nach Belgard 4.00 nachmittags; am 8. und 10. April, nach Belgard 10.45 abends, am 3., 6., 7., 9. und 11. bis 14. April nach Belgard 11.24 abends, ebenso am 8. und 10. April 11.24 abends in Stolp bezw. Danzig. Außerdem werden vom 2. bis 14. April zu verschiedenen fahrplanmäßigen Zügen Vorzüge gefahren werden, welche in der Regel zehn Minuten vor den Hauptzügen verkehren. Da sie auf den Anschlußstationen die Anschlüsse sicherer als die Hauptzüge erreichen, wird ihre Benutzung den Reisenden dringend empfohlen.

Besuche. Englische Geistliche wollen demnächst einen Besuch in Deutschland abhalten, und zwar als Erwidrerung des Besuches, den im Vorjahr 150 deutsche Geistliche England widmeten. Die Herren wollen außer dem Sündelbühl Berlin, Wielefeld, Bremen, Eisenach, Hamburg und Köln heimsuchen. — Ueberhaupt reifen die Besuche nicht ab. Gestern ist eine chinesische Studienkommission in Berlin eingetroffen.

Die Berliner Reiberge werden jetzt der Bebauung erschlossen und damit das Häusermeer der Reichshauptstadt in dem äußersten Norden Berlins bis zur Reinickendorfer und Pichenseer Weichbildergrenze ausgedehnt. Während die bekannten Sandberge östlich von der Müllerstraße in den Schillerpark umgewandelt werden, ist auf den Reiberbergen westlich der Müllerstraße bereits mit der Anlage neuer Straßenzüge begonnen worden. Für die Durchführung der afrikanischen Straße, die das gesamte Terrain von der Transvaal- bis zur Müllerstraße durchquert, sind die Vorarbeiten in Angriff genommen. Gleichzeitig ist mit der Regulierung der verlängerten Schöningsstraße, die sich bis zu den Pichenseer Schichtstufen erstrecken soll, begonnen. Noch im Laufe dieses Jahres werden die für die Durchführung der Müller- und Logogstraße erforderlichen Planierungsarbeiten begonnen. Außerdem ist die Anlage von drei neuen Straßenzügen geplant, die sich zum Teil bis zur Jungfernhöhe erstrecken werden. Im Anschluß daran werden auch auf der östlichen Seite der Müllerstraße verschiedene Straßenzüge hergestellt, durch welche diejenigen Teile der Reiberge beseitigt werden, welche nicht von dem Schillerpark berührt werden.

Das Abschleichen der Eichhörnchen im Tiergarten erfolgt auch in diesem Jahre, weil sich die Zahl der ziellichen Nagetiere in den letzten beiden Jahren stark vermehrt hat und dadurch eine Gefahr für den Eingangsbestand bildet. Die Vertilgung der Eichhörnchen findet jetzt statt, bevor es durch zu starke Bebauung der Räume erschwert wird. Das Augenmerk der „Tiergartenjäger“ richtet sich auch auf die wilden Katzen, deren sich fast jedes Jahr eine größere Anzahl in der Anlage einfindet.

Internationale Ballonfahrt. Am Donnerstag, den 1. April, finden in den Morgenstunden internationale wissenschaftliche Ballonfahrten statt. Es steigen Drachen, bemannte oder unbemannte Ballons in den meisten Hauptstädten Europas auf.

Der Fieber eines jeden unbemannten Ballons erhält eine Belohnung, wenn er der jedem Ballon beigegebenen Instruktion gemäß den Ballon und die Instrumente sorgfältig birgt und an die angegebene Adresse sofort telegraphisch Nachricht sendet.

Auf einen Kindesmord deutet ein Leichenfund, der gestern in der Spree gemacht wurde. In der Nähe der Jannowibridge entdeckten Schiffer ein auf dem Wasser treibendes Palet. Sie brachten es am Bord und fanden beim Öffnen die Leiche eines neugeborenen Knaben darin vor. Am Halse der Leiche konnte man Einrisse bemerken, die ansehend von Fingern herrühren. Es wird infolgedessen vermutet, daß das Kind erstickt und die Leiche dann in die Spree geworfen worden ist.

Wer ist der Lebensmüde? Die Leiche eines unbekanntem Selbstmörders wurde gestern am Brandenburger Ufer aus der Spree gelandet. Bei dem Toten handelt es sich zweifellos um einen Mann aus den besseren Ständen. Die Kleidung bestand aus einem neuen schwarzen Gehrock und schwarzem Ueberzieher. Die Leiche des Unbekanntem, der etwa 50 Jahre gezählt haben dürfte, wurde nach dem Schauhause gebracht.

Die Haltestellen der Großen Berliner befinden sich oft an Stellen, wo das Publikum allen Unbilden der Witterung ausgesetzt ist und nicht einmal bei Regen oder Schnee einen schützenden Hausschutz aufsuchen kann. Jetzt wird um von Anwohnern der Kaufstraße eine Klage vorgetragen, nach der die an der Thurneyscherstraße befindliche Haltestelle nach der Mitte des Brummerplatzes verlegt worden ist und wodurch tatsächlich das wartende Publikum allem Wind und Wetter ausgesetzt ist. Eine besondere Rücksicht auf das Publikum verrät diese Maßnahme nicht.

Anflug durch Warenbestellungen mittels Fernsprechers.

Seit längerer Zeit wird in der Weise Anflug verübt, daß eine unbekanntem Person durch Fernsprecher Leine, Schokolade, Torten und so weiter und Photographen nach einigen hiesigen Gemeindefürsorge bestellt. Bei Ablieferung der Waren stellt sich dann heraus, daß von der als Besteller genannten Person keine Bestellungen aufgegeben worden sind. Die Geschädigten sind in allen Fällen die Geschäftsleute selbst. Um diesem Anflug wirksam entgegenzutreten zu können, ist es zweckmäßig, wenn sich die Geschäftsinhaber durch das Fernsprechamt in vorkommenden Fällen die Nummer der anrufenden Stelle geben lassen, wodurch ein Anhalt zur Ermittlung des Bestellers erlangt wird. Sachdienliche Mitteilungen nimmt die Kriminalpolizei zu 921 IV/44. 09 entgegen.

Vor den Augen seiner Eltern erschossen hat sich der 23 Jahre alte Straßenbahnwagenführer Friedrich Waack aus der Wäckerstraße 36. Der junge Mann, der in Amerika geboren, aber in Berlin erzogen worden war, verlor nach dreizehnjähriger Dienstzeit Mitte Dezember v. J. seine Stellung, weil er einen Zusammenstoß verschuldet haben soll, und konnte seitdem nirgend mehr Arbeit finden. Gestern abend sah er sehr niedergeschlagen mit seiner Mutter und seinem Stiefvater in der Küche. Um 9 1/2 Uhr sprang er plötzlich vom Stuhl auf, drehte den alten Leuten den Rücken zu, stellte sich auf die Türschwelle zwischen Stube und Küche, schoß sich eine Revolverkugel in die Brust und sank, in das Herz getroffen, tot zusammen. Ein Arzt konnte nicht mehr helfen.

Seugen gesucht. Personen, die am 4. Juli vorigen Jahres, abends 1/2 11 Uhr, gesehen haben, wie vor dem Hause Köpenicker Straße 8a, an der Zeughofstraße, ein Zusammenstoß zwischen einem Straßenbahnwagen, einem Rißel- und einem städtischen Sprengwagen erfolgte, werden gebeten, ihre Adresse an Oskar Janitz, Warschauer Straße 46, Seitenflügel II, abzugeben.

Berliner Aquarium. Neben den altbekannten Riesenschlangen auf der linken Seite der Reptiliengalerie ist eine Schlange untergebracht, die ihrer Länge und Stärke nach allerdings nicht als Riesenschlange erscheint, die aber doch mit jenen zu einer Familie gehört, und zwar zu den noch klauenartige Ueberreste der Hinterfüße aufweisenden Stummelschlangen. Hinwiederum unterscheiden sich die Sandeschlangen, zu denen die hier befindliche, höchst seltene westindische Ergr zählt, von ihren gewaltigen Familiengenossen noch durch sehr kurzen, nicht einrollbaren Schwanz, kleine Schuppen als Kopfbedeckung, abweichenden Färbungscharakter und Aufenthalt; sie leben nicht wie jene in wasser- und pflanzenreichen Gewässern, sondern in dünnen, feinsandigen Steppen und Wüsten, wo sie auf kleine Vierzführer und Schleichern wohl ausschließlich unter der Erdoberfläche Jagd machen und sich überhaupt gern in den Sand einwühlen. Einen zweiten höchst wertvollen und zum erstenmal hier aufgestellten Bewohner des Aquariums beherbergt ein Glashaus auf der rechten Seite des Schlangenganges. Es ist ein statliches Exemplar der auf der Malayischen Halbinsel heimatischen Bergschlange, so benannt nach den kleinen, warzenähnlichen, sich nicht bedeckenden Schuppen. Gegenüber der Sandeschlange ist diese ein echtes Wasserstück.

Der Zoologische Garten hat in diesen Tagen ein interessantes, merkwürdiges Raubtier erworben, das durch seine unterseits dunkle, oben weißliche Färbung und die kurzen, stämmigen und starkbetonten Zähne eine gewisse Ähnlichkeit aufweist. Es ist ein Grison, der einen großen Teil Südamerikas bewohnt und den Pflanzern als Feind des Geflügels wohlbekannt ist, aber auch Früchte gern verzehrt. Das sehr lebhafte und zutrauliche, schöne Stück ist im kleinen Raubtierhause untergebracht.

Feuerwehrrachrichten. In der Nacht zum Mittwoch hatte die erste Kompanie einen größeren Brand in der Greifswalder Straße 212/213 zu löschen. Dort war Feuer in der Waschanstalt von Reibedanz u. Co. ausgebrochen. Bei Ankunft der Wehr brannten Puhappen, die Dachbeschaltung und anderes in großer Ausdehnung, so daß mit mehreren Schlauchleitungen Wasser gegeben werden mußte. Die Entstehung des Brandes wird auf Selbstentzündung von Puhappen, die dort in großen Mengen gereinigt werden, zurückgeführt. Der 13. Zug hatte in der Brunnenstr. 194, am Rosenhelctor, zu tun, wo in dem Keller der Goldleisensabrik von Werlmeister u. Co. Späne und anderes brannten. Der Brand konnte auf den Keller beschränkt werden. Vor dem Hause Tiergartenstraße 21 stand nachts ein Automobil in Flammen und in der Neuen Schönhauser Straße 16 (im Keller) brannte Papier. Der 9. Zug wurde nach dem Tempelhofer Ufer gerufen, wo vor dem Hause Nr. 30 der Arbeiter Hermann Pafeler in den Sandwechsellanal gefallen war. Er wurde herausgeholt, war aber schon tot. Alle Wiederbelebungversuche waren erfolglos. Die Leiche wurde beschlagnahmt und nach dem Schauhause gebracht. Pechlöcher brannten auf dem Moabit Güterbahnhof. Ferner wurde die Feuerwehr nach der Oberfelder Straße 37 gerufen, um einen Kranken zu retten. Als die Wehr dort ankam, war der Patient schon tot. In der Köpenicker Straße 30 wurde ein Sauerstoffapparat bei einem Schwerkranken mit Erfolg benutzt. Durch starke Beschädigung eines elektrischen Kabels entstand in der Alexanderstraße vor dem Hause 8/6 starker Rebenstich, der von der Feuerwehr beseitigt wurde. Außerdem wurde die Feuerwehr nach der Lotharinger Straße 28/29, Schönleinsstraße 16 und anderen Stellen alarmiert.

Vorort-Nachrichten.

Rixdorf. Stadtverordneten-Versammlung.

Am Dienstagvormittag um 5 Uhr wurde die Statberatung fortgesetzt.

Das Kapitel „Armen- und Waisenspflege“ wird ohne Debatte genehmigt. Es erfordert einen Zuschuß von 333 000 Mark.

Die gleiche Erledigung findet der Voranschlag über die „Krankenpflege“. Die Krankenanstalt in der Cammer Straße bedarf eines Zuschusses von 55 100 Mark; sie soll am 1. Oktober geschlossen werden. Von diesem Tage ab wird das neue Kranken-

Schulratatorium bereitet, ebenso seien unsere Genossen nicht im Kreislauf verfallen. Als unser Redner die Polemik in der antischlafener "Bürgerpost" freizeite und eines besoldeten Beamten als juristischer Beirat Erwähnung tun wollte, schnellte der Bürgermeister von seinem Sitz, um anheimelnd jede Kritik an dem Verhalten des Beamten zu verhindern. Genosse Fuhrmann verzichtete einstweilen darauf, auf die Angelegenheit weiter einzugehen, jedoch werden unsere Genossen bei der Gehaltsbewilligung darauf zurückkommen. Die Herren Redner, Kewes und andere fangen ebenfalls ein Klagegeheul auf die so schwer feuchenden Hausbesitzer, während Herr Leh als Gewerbetreibender den Wunsch äußerte, die Gewerbesteuer wenigstens um ein paar Prozentchen herabzusetzen. Genosse Freny trat für die Erhöhung der Gehälter der unteren und mittleren Beamten ein. Vom Vorstandstisch wurde versprochen, die Regelung der Beamtengehälter noch in diesem Jahre vorzunehmen.

Hierauf wurde in die Beratung der Einzelrats eingegangen. Eine längere Debatte entspann sich beim Armenrat. Genosse Freny hält den Unterstützungsfah für die einzelne Person für viel zu niedrig. Auch sei die schon vor drei Jahren bewilligte anderweitige Regelung des Armenwesens keinen Schritt vorwärts gekommen. Die Befestigung des Dezernats durch Herrn Dr. Pape unterzog er einer Kritik, da das Vertrauen zu dem Herrn geschwunden sei. Herr Dr. Pape verteidigte sich hiergegen; er sei für jedermann zu sprechen, natürlich müsse der betreffende als Bittender kommen. Im übrigen verzichtete er auch ebensogut auf das Dezernat. In der weiteren Debatte wurden alle Anregungen des Genossen Freny von den Gegnern zurückgewiesen. Im Einklang wurden dann noch die Stats des Elektrizitätswerks, Stipendien, Wohlfahrtsvereinigungen, Kieselgut, Leihamt, Gewerbliche Fortbildungsschule, Kaufmännische Fortbildungsschule, Fleischschankamt, Gemeindefriedhof, Wasserversorgung erledigt. Zum Schluss teilte der Vorsitzende mit, daß der Abban der Oberrealschule vom Minister genehmigt sei und beantragte, das Schulgeld zur Oberrealschule für Einheimische auf 180, für Auswärtige auf 200 Mark festzusetzen. Die Versammlung stimmte dem Vorschlage mit großer Mehrheit zu.

Hohen-Schönhäusen.

Die Gemeindevertretung beschäftigte sich in der letzten Sitzung mit der Beratung des Stats. Derselbe balanciert in Einnahme und Ausgabe mit 53.000 M. Mit Rücksicht darauf, daß die Ausgaben der Gemeinde sich in Zukunft bedeutend erhöhen werden, beantragten unsere Genossen, die Grundsteuer von 2/3 auf 4/3 Proz. für bedaute und auf 5 Proz. für unbebaute Grundstücke zu erhöhen. Die bürgerlichen Vertreter, zum größten Teil größere Besitzer, wandten sich mit aller Macht gegen eine derartige Besteuerung des Grundbesitzes; sie behaupteten, der Grundbesitz könne eine solche Besteuerung nicht vertragen. Die Grundsteuer wurde aber wenigstens von 2/3 auf 3 Proz. für bedaute und unbebaute Grundstücke festgesetzt.

Der bürgerliche Vertreter Herr Tita beschwerte sich über die schlechte Beschaffenheit des Steinamms. Derselbe ist eine Privatstraße. Die Vertretung beschloß, diese Angelegenheit der Polizeibehörde zu unterbreiten. Ferner wurde vom Gemeindevorsteher ein Brief des Herrn Zimmermeister Schreiber vorgelesen, in welchem der Herr seinen Karger über die ihm nicht übertragene Ausführung des neuen Verwaltungsgebäudes zum Ausdruck bringt. Es wird in dem Brief auch behauptet, daß es dem Unternehmer Herrn Schlew, welchem die Arbeit übertragen worden ist, nicht möglich sein wird, bei dem niedrigen Preis die Handwerker und Arbeiter voll bezahlen zu können.

Waidmannslust.

Bei einem Fahrstuhlunfall hat der 40 Jahre alte Arbeiter Hermann Weigand von hier den Tod gefunden. Er war in einer hiesigen Dampfsegelei beschäftigt. Er hatte auf einem Lastenfahrstuhl feilich gebrannte Backsteine nach unten befördert. Während der Arbeit verlagte plötzlich die Mechanik am Aufzug. Er begab sich nach dem Schacht hinunter, um der Ursache auf den Grund zu gehen. Versehentlich kam er bei den Handlungen dem Kabel zu nahe wodurch der Fahrstuhl wieder in Bewegung gesetzt wurde. Der schwere Tragleist sauste aus beträchtlicher Höhe in den Schacht hinab und begrub W., der nicht mehr flüchten konnte, unter sich. Der Un-

glückliche wurde fast vollständig zermalmt; er war auf der Stelle tot.

Oranienburg.

Große Erregung hat hier die von dem aufsichtsführenden Richter des hiesigen Amtsgerichts im Prozeß gegen den Referendar Jgel bei seiner Vernehmung getane Äußerung hervorgerufen: die Königsallee halte er nicht für genügend sicher; er habe selbst schon seine eigene Bewaffnung in Erwägung gezogen, denn der in solchen kleineren Städten durch die Polizei ausgeübte Schutz sei durchaus nicht ausreichend und wirksam. In einer vorgestern abend abgehaltenen, sehr zahlreich besuchten Versammlung des Haus- und Grundbesitzervereins für Oranienburg und Umgegend wurde eine Resolution angenommen, die gegen die oben wiedergegebene Äußerung des aufsichtsführenden Richters Dr. Heinrich Verwahrung einlegt. Die Versammlung erblüht in dieser Angelegenheit eine persönliche Auffassung des Rezensenten, die von der ganz überwiegenden Mehrheit der Bürgerchaft Oranienburgs nicht geteilt werde und für die bisher keine Tatsachen vorliegen.

Vermischtes.

Der Mord in der Via Frattina.

einer Straße des römischen Fremdenviertels, über den wir kürzlich berichteten, bleibt noch immer in tiefes Dunkel gehüllt. Die uns aus Rom gemeldet wird, ist das Opfer, ein junger, hochgebauter, blonder Mann, noch nicht agnosziert worden; die beiden Mörder haben natürlich seit dem 27. Februar reichlich Zeit gehabt, sich in Eile zu bringen. Von dem Ruffen, der sich Taxasoff genannt haben soll, und der zweifellos in Gesellschaft eines weiteren die Tat vollbracht hat, weiß man schlechterdings gar nichts. Die Vermietern und deren Personal sind sich sogar nicht einmal darüber einig, ob er schwarzes Haar und schwarze Schürze hatte oder grauhaarig war. Kein Angehöriger der russischen Kolonie in Rom scheint ihn gekannt zu haben und jede Spur, die über seine Identität Auskunft geben könnte, hat er sorgfältig zu vertilgen gewußt. Nur einige sozialistische und revolutionäre Veröffentlichungen — so der "Socialisme en Belgique" von Vandervelde, eine Broschüre über den Prozeß von 1881 über die Ermordung Alexanders II., zwei Nummern eines Organs der revolutionären Sozialisten Russlands — wurden an dem Tatort gefunden. Sie sind sicher absichtlich dagelassen worden, um einen Fingerzeig über das Motiv der Tat zu geben. Die Frage ist nur, ob dieser absichtlich gegebene Hinweis irreführend oder wahrheitsgemäß ist. Einerseits wird der Verdacht laut, daß der Getötete ein Revolutionär, die Mörder Polizisten seien, andererseits aber glaubt man, daß Anhänger einer revolutionären Organisation einem Spion den Garauz gemacht haben. Diese letzte Deutung findet in Rom und auch unter den Angehörigen der russischen Kolonie am meisten Glauben. Man sagt allgemein, daß die russische Gesandtschaft das Opfer sehr wohl agnoszieren könnte, wenn sie nur wollte. Von Personen, die der russischen revolutionären Bewegung nahe stehen, wird angenommen, daß der Getötete ein Lockspion sei, der sich in Rom befunden hätte, um hier weilende Russen seiner Polizei in die Hände zu spielen.

Dafür, daß es sich nicht um einen gemeinen Mord handelt, sondern um eine aus politischen Gründen begangene Tat, spricht die ganze Art der Vorbereitung. Gegen einen Raubmord spricht das bescheidene Auftreten des Getöteten, gegen einen Raubmord der Umstand, daß das Opfer offenbar ohne jedes Mißtrauen in die Hände gegangen ist. Ueber die Ausführung des Verbrechens scheint festgelegt, daß dem Getöteten Chianti in den Wein getan worden ist. Der Tod wäre blutig eingetreten, nicht erst nach dem Einschleusen des Körpers in den Koffer, wie man anfangs angenommen hatte. Die beiden Täter haben dann die noch warme Leiche in den Koffer gepackt und die Kleider mit Formalin durchtränkt, um die Verwesung aufzuhalten, nachdem sie alle Dokumente des Opfers an sich genommen hatten, und auch die Buchstaben aus dessen Leibwäsche entfernt. Nachher hat der angebliche Taxasoff seiner Wirtin den Zimmerschlüssel eingehändigt und ihr mitgeteilt, daß er auf einige Tage verreisen wolle. Seitdem fehlt jede Spur von ihm, und wahrscheinlich wird alle Polizeifindigkeit nicht ausreichen, um seiner habhaft zu werden.

Der Brand des Dampfers „Altenburg“

im Hafen von Havana hat mehrere Menschenleben als Opfer gefordert. Wie einem Telegramm aus Havana zufolge jetzt festgestellt ist, werden von der Besatzung des deutschen Dampfers „Altenburg“ 14 Personen vermißt, der zweite Offizier Rudolf Horn, der dritte Maschinist Karl Wittkop, der Koch, der Steward, ein Aufwärter sowie vier weiße und fünf schwarze Leute der Mannschaft. Die „Altenburg“ ist bei Regla auf den Strand gesetzt worden. Da das Feuer in den Kaminen und Logerräumen noch fortwütet, ist es unmöglich, nach den Leichen zu suchen.

Wie die Hamburg-Amerika-Linie mitteilt, sind durch das Feuer im Hafen von Havana, das den Dampfer „Altenburg“ zerstörte, neun Mann der Besatzung umgekommen. Die Toten sind: Der zweite Offizier Horn, der dritte Maschinist Wittkop, der Kochmaat Buchner, der Koch Mose, der Steward Kränzlich, der Heizer Müller, die Trimmer Bod und Ruffor und der Schiffsjunge Böhm.

Nicht Personen getötet.

Wie die „Allnische Zeitung“ aus New York von gestern meldet, wurden in Chillicothe (Ohio) bei einer Dynamitexplosion acht Personen getötet und elf verletzt.

Amlicher Marktbericht der k. k. Reichs- und Handels-Direktion über den Großhandel in den Central-Marktländern. Markttag: Freitag. Aufuhr Schwach, Geschäft still, Preise unverändert. Wild: Aufuhr ohne Bedarf, Geschäft roge, Preise fest. Weizengal: Aufuhr genügend, Geschäft ziemlich lebhaft, Preise betrübend. Roggen: Aufuhr genügend, Geschäft ruhig, Preise im allgemeinen betrübend, für Weizengal nachgehend. Butter und Käse: Aufuhr größer, Geschäft still, Preise unverändert. Gemälte, Obst und Süßfrüchte: Aufuhr genügend, Geschäft still, Preise wenig verändert.

Witterungsübersicht vom 31. März 1909, morgens 8 Uhr.

Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.	Stationen	Barometerstand mm	Windrichtung	Wolkenhöhe	Wetter	Temp. in Grad C.
Emmende	753 S	4 heiter	7	Saparanda	759 RD	4 bedeckt	-3				
Hamburg	751 SSB	6 bedeckt	7	Petersburg	758 S	3 bedeckt	0				
Berlin	755 SB	4 heiter	8	Seibitz	747 SSB	4 Regen	0				
Frankf. a. M.	759 SB	6 bedeckt	7	Aberdeen	753 RD	4 bedeckt	4				
München	763 SB	4 heiter	6	Paris	757 S	3 Regen	7				
Wien	762 SSB	3 bedeckt	9								

Wetterprognose für Donnerstag, den 1. April 1909. Bleiblich heiter bei ziemlich lebhaften südlichen Winden, höherer Luft und rasch steigender Tagestemperatur; keine oder unbedeutende Niederschläge. Berliner Wetterbureau.

Wasserstands-Nachrichten

der Landesanstalt für Gewässerkunde, mitgeteilt vom Berliner Wetterbureau.

Wasserstand	am 30. 3.	am 31. 3.	Wasserstand	am 30. 3.	am 31. 3.
Regel, Müll	266 ¹	+50	Saale, Spandau	278	-92
Regel, Jüterburg	290 ¹	+16	Havel, Brandenburg	116	+2
Regel, Müll	550	-80	Havel, Rathenow	120	0
Oder, Ratibor	362	-68	Spree, Strömberg	96	0
• Krossen	442	+8	Deeflow	140	+9
• Frankfurt	449	+32	Weser, Minden	57	-30
Wartbe, Schirmm	370 ¹	0	• Minden	103	-33
• Landberg	196	+24	Rhein, Maximiliansau	400	-12
Regel, Borsdam	116	+7	• Aau	248	-11
Elbe, Deltmühl	209	-41	• Aau	354	-30
• Dresden	145	-68	Redar, Weibrom	110	-15
• Barby	453	-7	Wain, Wertheim	289	-24
• Regensburg	410	0	Wofel, Trier	170	-48

¹) + bedeutet Hoch, - Fall, - *) Unterpeel. - *) Wasserstand. - *) oberhalb Müll. *) der höchste Wasserstand 378 cm trat am 22. um 8 Uhr nachmittags ein.

Nach telegraphischen Meldungen von heute ist die Weizengal bei Thorn eisig und schon auf 497 cm gefallen. Die Elbe hatte heute morgen bei Barby 450 cm Wasserstand und fällt langsam weiter.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Donnerstag, den 1. April.
Anfang 7 1/2 Uhr.
Königl. Opernhaus. Madame Butterfly.
Königl. Schauspielhaus. Die verurteilte Blode.
Neues königliches Opernhaus. Die Hedermaus.
Deutsches Haus. Kammerstücke. Afrika. (Anf. 8 Uhr.)
Friedrich-Wilhelmstädt. Schauspielhaus. Othello.
Anfang 8 Uhr.
Westen. Der Hodeklub.
Vertrag. Griselda.
Berliner. Einer von unsers Reut.
Neues. Die fremde Frau.
Neues Schauspielhaus. Beschulze.
Thalia. Wo wohnt sie denn?
Komische Oper. Hoffmanns Erählungen.
Kleines. Moral.
Gebbel. Reclamationshochzeit.
Lustspielhaus. Im Klubsessel.
Reichens. Kammerspiele um Amelle.
Schiller. O. Salmer. (Theater.)
Die Karolinger.
Schnitz. Charlottenburg. Die Welt, in der man sich langweilt.
Lützen. Der Totschläger.
Trianon. Liebesgewitter.
Neues Operetten. Die Dollarprinzessin.
Berliner Operetten-Theater SW. Das Himmelsbett. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Bernhard Hofe. Die Entschieden.
Bürgerliches Schauspielhaus. Die Jungfrau. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Walhalla-Theater. Sherlock Holmes. Gedrüber Herrnsfeld. Die beiden Hühnerhände.
Metropol. Der junge Papa. Spezialitäten.
Metropol. Donnerwetter — tadellos.
Wintergarten. Spezialitäten.
Carl Oberland. Spezialitäten.
Wohlgar. Spezialitäten.
Reichshausen. Berliner Sänger.
Walhalla. Spezialitäten.
Voltes Caprice. Insolvent. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Rafino. Ausland. Spezialitäten.
Günab. Behrens. Das beliebte Pensionat. Städtische Besichtigung. Spezialitäten. Anfang 8 1/2 Uhr.

Parodie. Siegel segelt alles. — Alles fürs Kind. Ober: Die Folgen eines Rendezvous. (Anf. 8 1/2 Uhr.)
Urania. Landenspiele 18/19. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Sternwarte. Invalidenthr. 57/62.
Lessing-Theater. Abends 8 Uhr: Griselda. Freitag 7 1/2 Uhr: Othello. Besondere Vorstellung: Rosmarinhalm. Sonnabend 8 Uhr: Der König.
Berliner Theater. Heute 8 Uhr: Einer von unsers Reut. Morgen: Nur ein Traum.
Neues Theater. Abends 8 Uhr: Die fremde Frau. (La femme X. . .) Morgen und folgende Tage: Die fremde Frau.
Theater des Westens. Abends 8 Uhr: Der Jockelklub.
Friedrich-Wilhelmstädtisches Schauspielhaus. Donnerstag, 1. April, Anfang 7 1/2 Uhr: Zum 1. Male: Othello. Freitag: Othello. Sonnabend: Othello.
Residenz-Theater. — Direktion: Richard Alexander. — Abends 8 Uhr: „Kammer Dich um Amelle.“ Schwank in drei Akten (vier Bildern) von Georges Feydeau. Morgen und folgende Tage: Dieselbe Vorstellung. Sonntag, 4. April, nachm. 3 Uhr: Der Pringsmahl.
Gastspiel-Theater. 8. Köpenickerstr. 68. 8. Zum 549. Male: Sherlock Holmes von Ferdinand Bonn.

Schiller-Theater.
O. (Wallner-Theater.)
Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Karolinger. Trauerspiel in 5 Akten von Ernst v. Wildenbruch.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Karolinger.
Sonnabend, abends 8 Uhr: Der Graf von Charolais.
Urania. Wissenschaftliches Theater. Taubenstraße 49/49. Abends 8 Uhr: Auf den Trümmern Messinas.
Lustspielhaus. Abends 8 Uhr: Im Klubsessel.
Luisen-Theater. Benefiz für Fräulein N. Bohlmann: Der Totschläger. Freitag: Marie, die Tochter des Regiments. Sonnabend nachm. 4 Uhr: Letzte große Kinderdarstellung in dieser Saison: Marie und Thor. 8 Uhr: Marie, die Tochter des Regiments. Sonntag nachmittags 3 Uhr: Das Mädchen auf Strawegen. 8 Uhr: Der Totschläger. Montag: Marie, die Tochter des Regiments.
DERNHARD ROSE THEATER. St. Franziskaner Str. 102. Abends 8 Uhr: Die Entschieden. Berliner Volksstück in 4 Akten von Brentano und Schberl. Wochentagspreise. Freitag: Reterrastade.
Berliner Eis-Palast. Ständige Eisbahn. Bis 12 Uhr nachts geöffnet. Konzert und Kunstlaufen.
Schiller-Theater Charlottenburg. Donnerstag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Lustspiel in 3 Akten von Eduard Wallaten.
Freitag, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt. Sonnabend nachm. 3 Uhr: Götz v. Berlichingen. Sonnabend, abends 8 Uhr: Die Welt, in der man sich langweilt.
Neues Operetten-Theater. Schiffbauerdamm 25, a. d. Luisenstr. Abends 8 Uhr: Die Dollarprinzessin. Operette in 3 Akten von Leo Fall.
Hebel-Theater. Königgräber Str. 57/58. Anf. 8 Uhr. Revolutionshochzeit. Morgen: Revolutionshochzeit.
Theater des Südens. Dresdenerstr. 97 a. d. Brinzenstr. Zum weißen Hühn. Vor u. nach. erkl. Spezialität. u. humor. Konz. Kinematogr. Kabarett. R. d. Volk. Tanzrevue ohne Nachzahlung Anf. d. Konz. 7, d. Vorl. 8 1/2 U. Entree 20 Pf.
Passage-Theater. Heute Premiere! Erstes Auftreten der maurischen Schlangentänzerin Yaka-Jshad Ensemble-Gastspiel der Garland-Negeroperette und das grandiose April-Programm. 14 erstklassige Spezialitäten.
Passage-Panoptikum. Zum erstenmal in Berlin! Prinzess Fassie die Amazonen-Königin m. ihr wilden Leibgarde. Das blaue Weib, das Opfer unarmherz. Tötung. Das gr. Schauprogramm Alles ohne Extra-Entree.

Nur noch kurze Zeit!
Zirkus Schumann
Donnerstag, den 1. April 1909, abends 7 1/2 Uhr:
Große Vorstellung.
Rene Debüt!
Erstbes. Auftreten
Torontos Trio
3 Herren in einem ganz neuen eigenartigen Genre.
Wild-West Cowboy
Theron-Truppe
8 Personen.
Schimpanse Paet als Kunstschüler. Armando mit seinem Tierkünstler. U. a.: hexadeca Kanarieng. — Flochl, Akrobatentruppe, 1 Dame, 4 Herren.
Um 9 1/2 Uhr:
Golo, der Seeräuber.

Apollon Theater
9 1/2 Uhr Gastspiel der drei Schwestern
Wiesenthal.
Abends 8 Uhr:
Das große neue Programm.
U. a.: F. A. Heinhaus, Rechenkünstler. Gewöhnliche Preise.
Casino-Theater
Lothringstr. 37. Anfang 8 Uhr.
Nur noch bis Donnerstag:
Rubland.
Freitag, den 2. April:
Zum erstenmal:
Ackermann.
Sonntag 4 Uhr: Die Diababäder.
W. Noacks Theater
Direktion: Rob. Ott. Grunerstr. 16.
Der Leiermann und sein Pflegekind.
Charakterbild a. d. Volkstümlichkeit. Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.
Sonnabend, 3. April: Gr. Extravortellung: Der Herrgottschneider von Ammergau.

XIV. Saison!
Zirkus Busch.
Donnerstag, 1. April, ab 7 1/2 Uhr:
Gr. Gala-Vorstellung!
Die großartigen neuen Debüt.
Mons. Vansart!
Der Mann mit d. eisernen Griff. (Ein Phänomen d. Wissenschaft.)
Mr. Charleston
in seinem sensationellen Bambus-Costum.
Herrn Karl Hagenbecks neuester und größter Dressurakt. Zil. Martha Mohrke, Schulküsterin.
Um 9 1/2 Uhr:
Auswanderer!
Metropol-Theater
Täglich 8 Uhr:
Donnerwetter — tadellos!
Revue in 10 Bildern v. Jul. Freund. Musik von Paul Lincke. Regie Direktor Schultz.
Perry, Holden, Bender, Giampietro, Kettner, Pfann, Thielscher.
Stadt-Theater Moabit.
Größter und vornehmster Theater-saal Moabits.
Alt-Moabit 48. (Tel. II 2492.)
Donnerstag, den 1. April 1909:
Sherlok Holmes.
Engl. Detektiv-Romäne in 4 Akten. Anf. d. Vorl. 8, Rosenkranz 7 Uhr, Konzert 7 1/2 Uhr.
Nach der Vorstellung: Tana. Sonntag, den 4. April: Oberst Colmes.
Walhalla-Variete-Theater
Weinbergsweg 19-20, Rosenthaler, Anfang 8 Uhr.
Gente neues Programm.
Im Zirkel: Jap. Blumenfest. Regimentskap. Theater bei das fr. Witz.
Berliner Uk-Trio.
Felix Scheuer U. Hirslandstr. 1.

Gebrüder Herrnfeld-
Anfang Theater. Vorverk. 8 Uhr. 11-2 Uhr.
57 Kommandantenstr. 57.
Nur noch bis Dienstag, 6. April
Die beiden Bindelbands und „Endlich allein“!
Mittwoch, 7. April:
Premiere!

WINTERGARTEN
765

Heute Premiere!
Die 8 schönst. Geishas

sowie
12 hochinteressante Debüts.

Folies Caprice.
Anfang 8 1/2 Uhr.
Insolvent.
Waffe von L. Lauffen.
In lauschiger Nacht.
Büchse von B. Gerde.

Palast-Theater
Burgstr. 24, 2 Minuten vom Bahnhof Börje.
Anfang 8 Uhr. Sonntags 7 1/2 Uhr.
Das gänzlich neue
April-Programm.
12 Debüts 12
Nur Kunstkräfte allerersten Ranges.
Das Skelett im Hause.
Waffe mit Gefang in 1 Akt.
Donnerstag, den 8. April: Benefiz für das Schauspielpersonal.

Sanssouci.
Kellnerstr. 6.
Direktion Wilhelm Reimer.
Gente Donnerstag: Neues Programm.
Elite-Soiree
Tanzkonzert von
Hoffmanns Wirt. Sängern
Jubiläum Weill
Guten Morgen Fr. Fischer
Operette in 1 Akt.
Durchschl. Erl. d. Soireepr.
Beg. Sonnt. 5, wochent. 8 U.
Jeden Dienstag:
Theater-Abend.

Vorletzte Woche!
Inventur-Extrapreise!
Nur einmal jährlich im

Gardinen-Spezialhaus
Emil Lefèvre
Berlin, Oranienstr. 158
abgepaßte Fenster,
weiß und crème
per Fenster 2⁵⁵, 3, 4-20 M.
Imit. Point-lace M. 5⁸⁵
Eleg. Seccasions-Tüll-Storen M. 1⁷⁵
Gestickte echte Spachtel-Storen M. 6⁷⁵
Goldfarb. reich-gestickte Hand-Storen M. 3⁹⁵
Tüllbett-Gr. 190/220 M. 2³⁵
decken cm Reichgest. Erbs-tüllbettdecken M. 6²⁵
Elegante Tüll-Bettstückwände M. 5⁸⁵
Biese, Biese (Scheibenschleier) Stück 0,25 M. (Wert 0,50 M.)
Nach auswärts per Nachnahme
Inventur-Extralliste
billiger Sonderangebote
gratis und franko.

Reichshallen-Theater
Stettiner Sänger.
Zum **143. Male:**
Der Kompagniehall
Anfang wochent. 8 Uhr,
Sonntags 7 Uhr.

Gustav Behrens-Theater.
Goltzstr. 9.
Das verliebte Pensionat
Operette
Stöpfes Brautfahrt
und die übrigen erstklassigen Spezialitäten.
Anfang 8 1/2 Uhr, Sonntags 6 Uhr.

Steidl
Brückenstraße 2.
(Oberer Saal).
Anfang 8 1/2, Sonntags 7 1/2 Uhr.
Neues Programm u. a.:
Papa Brenneke!
Humoreske von Fritz Steidl.
Parterre-Saal: **Urfeiligkeit.**
Prima-Küche. — Entree frei.

Möbel Schulz
Reichenberger Str. 5.
Gediegene Arbeit.
Außerst billige Preise.
Auf 7022*

Hygienische
Bedarfsartikel. Neues Katalog
Empfehl. viel Aerzte u. Prof. grat. u. f. r.
H. Unger, Baumwollfabrik
Berlin NW. Friedrichstraße 91/92

Sommer-Preise.
A. B. Koch
gegründet 1893.
Hauptkontor Berlin O. 34,
Petersburger Straße 1
(vis-à-vis Warachauer Straße).
Telephon Amt 7 Nr. 3040 u. 3068.
Lagerplatz I: Berlin O. 34, Brom-berger Str. 16.
Lagerplatz II: Berlin O. 17, Frucht-str. 13 (Güterbahnhof Döblich).
Lagerplatz III: Güterbhf. Weissen-fer, Greifswalder Straße 80a.
Amt VII, 7024. 6992*
Preise für nur in Marken ab Platz von 10 St. an:
Primo Halbheine, Marke
Ferdinand Str. 83 Pf.
Goldhämmer Hammer Str. 86 Pf.
Goldhämmer Alfo. Str. 90 Pf.
Ferdinand-Zalou Strifkett gr. Norm. Str. 85 Pf.
Anna und David, mannshell Str. 92 Pf.
Pfannschicht Str. 94 Pf.
la Diamant-Zalou (pr. Str. 110-120 St.) Str. 1.00
la Anh. Kohlen-werke Str. 1.00
la Alle Zalou Str. 1.00
la Anthrazit-Cade Str. 2.20
Kohle, Steinkohlen usw. zu den billigsten Tages- und Konventionspreisen. Anlieferung frei Keller je nach Quantum pr. Str. 10-15 Pf. mehr. — Bei Originalmagazin und größeren Abhängen verlangen Sie meine Spezial-Liste.

Dr. Schünemann
Spezial-Arzt für 5423*
Haut- und Harnleiden, Frauenkrankheiten.
Friedrichstr. 203, Ecke Schützenstr.
Wochentags 10-2, 5-7.

Pianino, erster Köstleranten-firma, weit unter Wert
sofort verkauft. Französischer. 15, 1 r.

Freie Volksbühne
Ordnersitzung
Sonntag, den 3. April, abends 8 Uhr,
im Gewerkschaftshause.
Nächste Aufführungen:
Nachtasyl (Gorki) } im Neuen
Pechschulze } Schauspielhause
Der Fleck auf der Ehr' } Thalia-Theater.
(Anzengruber) }
Der Probekandidat (Dreyer) } Herrnfeld-Theater.
Nr. der Mitgliedskarte
Sonntag, den 4. April 7201-8000
Sonntag, den 11. April 8001-8500
Montag, den 12. April 9601-10 400
Einige Mitglieder zu den Abendabteilungen können sich
noch in den Zahlstellen melden.
240/15
Der Vorstand: G. Winkler.

CREDIT AN ALLE
Wilschm Wilsch
Teilschlüssigkeit. Gr. Saalstr. 106
NUR MÖBEL

Partei-Expeditionen:
Zentrum: Albert Dahnisch, Auguststr. 50, Eingang Joachimstraße.
2. Wahlkreis, Westen: Gustav Schmidt, Kirchbachstr. 14, Hof-parterre.
Süden und Südwesten: Hermann Werner, Gneisenaustr. 72, Laden.
3. Wahlkreis: St. Fritz, Brinzenstr. 31, Hof rechts part.
4. Wahlkreis: Osten: Robert Bengels, Müderborferstr. 3, am Kottbuserplatz. — Wilhelm Mann, Peterburgerplatz 4 (Laden).
4. Wahlkreis, Südosten: Paul Böhm, Kottbuserplatz 14/15 (Laden).
5. Wahlkreis: Leo Just, Immanuelführer 12 (Hof).
6. Wahlkreis (Noahit und Hansaviertel): Karl Anders, Salzweberstr. 8, im Laden.
Wedding: Karl Wehe, Rogarethstr. 49.
Rosenthaler und Oranienburger Vorstadt: Hermann Kahlke, Adlerstr. 36, Eingang Anklamstraße.
Gesundbrunnen: F. Trapp, Stettinerstr. 10.
Schönhauser Vorstadt: Karl Mars, Lychenerstr. 123.
Adlershof: Karl Schwarzkopf, Hofmannstr. 9.
Alt-Glienicke: Wilhelm Dürre, Rudowstr. 83 II.
Baumschulenweg: H. Hornig, Warienthalerstr. 13, I.
Bernau-Röntgenal: Heinrich Brose, Dohlestr. 74, part.
Bohnsdorf und Falkenberg: G. Pfeifer, Bohnsdorf, Ge-nossen-Gäßchen.
Charlottenburg: Gustav Scharnberg, Seelenheimerstraße 1, Ede-Götschstraße, Laden.
Eichwalde, Zeuthen, Miersdorf und Hanksel Ablage: Fritz Oldenburg, Eichwalde, Kronprinzstr. 81.
Erkner: Ernst Hoffmann, Friedrichshagen, Chaussee.
Friedenau-Steglitz-Südende: D. Bernier, Schloßstr. 119, Hof I, in Steglitz. Behaltungen nehmen entgegen in Steglitz: D. Roser, Duppelstr. 32, und Fr. Schellhase, Hornstr. 15a.
Friedrichshagen: Ernst Berkmann, Friedrichstr. 67.
Grünau: Franz Klein, Wobnstr. 6 III.
Hohen-Neudorf: Wilhelm Zentlicher, Stolperstr. 50 I.
Johannisthal: F. Heide, Kaiser-Wilhelm-Platz 4.
Karlshorst: Richard Käter, Adelerstr. 9, II.
Königs-Wusterhausen: Friedrich Baumann, Nieder-Teich, Winkelmannstr. 12.
Köpenick: Emil Wähler, Riecherstr. 6, Laden.
Lichtenberg, Friedrichsfelde, Wilhelmsberg: Otto Seidel, Kronprinzstr. 4, I.
Mahlisdorf und Kaulsdorf: Hugo Scheibe, Mahldorf, Bahndorferstr. 14.
Mariendorf: August Leip, Chaussee, 296, Hof.
Neu-Weißensee: Kurt Rudmann, Sedanstr. 105, parterie.
Nieder-Schöneweide: Paul Bengel, Grünauerstr. 8.
Nowawes: Wilhelm Jappe, Brielstr. 46.
Ober-Schöneweide: August Henjes, Losenauerstr. 2, I.
Pankow-Niederschönhausen: Otto Rihmann, Wählen-str. 30.
Reinickendorf-Ost, Wilhelmsruh und Schönholz: P. Gursch, Ramestr. 12, I.
Rixdorf: H. Heinrich, Redarstraße 2, im Laden.
Rummelsburg, Boxhagen: A. Kollmann, Alt-Boxhagen 56.
Schmargendorf: Gustav Kaminski, Cunostraße 2.
Schöneberg: Wilhelm Baumler, Martin Lutherstr. 51, im Laden.
Spandau: Köpken, Sagowstr. 9.
Tegel, Borsigwalde, Wittenau, Waldmannslust, Hermsdorf und Reinickendorf-West: Paul Rietast, Dorfstraße, Rühlschtr. 10.
Teltow: Wilhelm Rehler, Dohlestr. 7.
Tempelhof: Albert Tittel, Friedrich Wilhelmstr. 20.
Treptow: Rob. Gramens, Riechholzstraße 412, Laden.
Wilmsdorf-Halensee: Wittmödel, Landhausstr. 27.
Sämtliche Parteiliteratur sowie alle wissenschaftlichen Werke werden geliefert.
Annahme von Inseraten für den „Vorwärts“.
Bitte ausschneiden. 245/1*

Seefisch-Vollnahrung

Von frischen Fängen
unserer Flotte
empfehlen wir in Is Qualität!
per Pfund
II. Kaheljau im Anschnitt 25 Pf.
„Seelachs im Anschnitt 25 Pf.
„Schellfisch im Anschnitt 35 Pf.
„Kl. Schellfisch zum Braten 25 Pf.
„Rotzunge in große Beile 70 Pf.
„Austernfisch-Karbonade 80 Pf.
„Zander 90 Pf.
„Steinhutt und Heilutt.
Alle anderen Seefische sehr preiswert!
Deutsche Dampffischerei-Gesellschaft „Nordsee“
Verkaufsstellen:
O. Stadtsahnhof Börje, Bogen 9-10.
N. Annalidenstraße 131.
S. Weingartenstraße 94.
O. Große Frankfurter Str. 85.
O. Schellfisch, Bahnhof, Bogen 8/9.
W. Potsdamer Str. 112a.
NW. Wilsnader Str. 57.
Charlottenburg, Blücher-straße Str. 111.
Spandau, Breiterstr. 54.
Tegel, Treschowstr. 14.
Seefischkochbücher gratis!

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Zigarrenmacher! Roh-Tabake
sehr billig!
Berndt & Co., Chodowickstr. 4
(a. d. Greifswalderstraße).

Ans der Tiefe.
(Arbeiterbriefe.)
Beiträge zur Seelen-Analyse moderner Arbeiter.
Herausgegeben von Adolf Levenstein.
Preis 1,- M.
Drei Jahre im Weibezuchtthaus
Erfahrungen und Erfahrungen von Marie Hoff.
Preis 3,- M.
Expedition des „Vorwärts“
Berlin SW.
Lindenstr. 69, Laden.

Ettingers Schuhwarenhaus!
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Dr. med. Adolf Schlesinger,
Spezial-**Heilmagnetismus**
arzt für **Naturheilverfahren**
und
besonders bei chronisch. Krankheiten nach eigener auf Grund 18-jähriger Erfahrungen ausgeübter Heilmethode ohne Medikamente und ohne Operation, wohnt jetzt SW., Kleinbeerenstraße 5, II. Etage, nahe Anhalt-Bahnhof, a. Hochb. Mendenbrücke. Spricht nur Dienstags bis Freitags nachmittags 1-7. 296/13*

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Dr. med. Adolf Schlesinger,
Spezial-**Heilmagnetismus**
arzt für **Naturheilverfahren**
und
besonders bei chronisch. Krankheiten nach eigener auf Grund 18-jähriger Erfahrungen ausgeübter Heilmethode ohne Medikamente und ohne Operation, wohnt jetzt SW., Kleinbeerenstraße 5, II. Etage, nahe Anhalt-Bahnhof, a. Hochb. Mendenbrücke. Spricht nur Dienstags bis Freitags nachmittags 1-7. 296/13*

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Dr. med. Adolf Schlesinger,
Spezial-**Heilmagnetismus**
arzt für **Naturheilverfahren**
und
besonders bei chronisch. Krankheiten nach eigener auf Grund 18-jähriger Erfahrungen ausgeübter Heilmethode ohne Medikamente und ohne Operation, wohnt jetzt SW., Kleinbeerenstraße 5, II. Etage, nahe Anhalt-Bahnhof, a. Hochb. Mendenbrücke. Spricht nur Dienstags bis Freitags nachmittags 1-7. 296/13*

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Dr. med. Adolf Schlesinger,
Spezial-**Heilmagnetismus**
arzt für **Naturheilverfahren**
und
besonders bei chronisch. Krankheiten nach eigener auf Grund 18-jähriger Erfahrungen ausgeübter Heilmethode ohne Medikamente und ohne Operation, wohnt jetzt SW., Kleinbeerenstraße 5, II. Etage, nahe Anhalt-Bahnhof, a. Hochb. Mendenbrücke. Spricht nur Dienstags bis Freitags nachmittags 1-7. 296/13*

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Dr. med. Adolf Schlesinger,
Spezial-**Heilmagnetismus**
arzt für **Naturheilverfahren**
und
besonders bei chronisch. Krankheiten nach eigener auf Grund 18-jähriger Erfahrungen ausgeübter Heilmethode ohne Medikamente und ohne Operation, wohnt jetzt SW., Kleinbeerenstraße 5, II. Etage, nahe Anhalt-Bahnhof, a. Hochb. Mendenbrücke. Spricht nur Dienstags bis Freitags nachmittags 1-7. 296/13*

3000 Kisten Büdlinge,
Sprossen und Sprossenbüdlinge, alles echte Kieler, Glemförder und Hamburger Sendung, kommen am Donnerstag, Freitag und Sonnabend zum Verkaufe von 8-10 Uhr. Die ganze Kiste in den Stunden von 5 Uhr früh bis 1 Uhr mittags sowie von 5 bis 8 Uhr nachmittags zum Verkauf.
Max Wegner, Zentralbäckerei, Goutardstraße, Rixdorf.
Euch zu kaufen: H. Weibel, Der deutsche Bauernkrieg, (Braunschweig, Braude jr. 1876.) Offert. mit Preis unter L. 3 an die Expedition des „Vorwärts“.

Todesanzeige.
Am Montag, den 29. März cr., verschied unser lieber Kollege und langjähriger Mitarbeiter, der Buchbinder
Michael Krank
im Alter von 42 Jahren.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simeonskirchhofes in Orly, Tempelhofer Weg, aus statt.
Das Personal d. Buchdruckerei H. S. Hermann.

Sozialdemokrat. Wahlverein
für den
1. Berliner Reichstagswahlkreis.
Todes-Anzeige.
Den Genossen zur Nachricht, daß unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder
Michael Krank
verstorben ist.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet heute, Donnerstag, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Leichenhalle des Simeonskirchhofes in Orly, Tempelhofer Weg, aus statt.
Um zahlreiche Beteiligung ersucht
296/3
Der Vorstand.

Zentral-Verband der Maurer Deutschlands.
Zweigverein Berlin.
Am 30. März verstarb unser Mitglied
August Sachs
im Alter von 57 Jahren an Nephema.
Ehre seinem Andenken!
Die Beerdigung findet am Freitag, den 2. April cr., nachmittags 4 Uhr, von der Halle der Karlsruhgemeinde in Wilhelmshagen aus statt.
Nege Beteiligung erwartet
136/19
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Freunden und Bekannten die traurige Mitteilung, daß am 29. März, nachmittags 2 1/2 Uhr, unser Bruder und Schwager
J. Michael Krank
im Alter von 42 Jahren verstorben ist.
18315
Die trauernden Hinterbliebenen
Christoph Krank, F. Martin Beck.
Die Beerdigung findet am Donnerstag, den 1. April, nachmittags 3 1/4 Uhr, auf dem Simeonskirchhof am Tempelhofer Weg statt.

Deutscher Buchbinder-Verband.
Zahlstelle Berlin.
Am Montag, den 29. März, verstarb plötzlich unser langjähriges Mitglied, der Buchbinder
Michael Krank.
Wir werden sein Andenken in Ehren halten!
Die Beerdigung findet heute, am 1. April, nachmittags 3 1/2 Uhr, von der Halle des Simeonskirchhofes in Orly, Tempelhofer Weg, aus statt.
Zahlreiche Beteiligung erwartet
Die Ortsverwaltung.

Dankfagung.
Für die herrliche Teilnahme und die zahlreichen Spenden bei der Beerdigung meiner lieben Frau sage ich allen Freunden und Bekannten, insbesondere dem Selbsteverein „Rote Kette“ meinen herzlichsten Dank.
6992
Albert Schulz.

Danksagung.
Für die vielen Beweise herrlicher Teilnahme bei der Beerdigung unseres lieben Sohnes und Bruders, des Stod-arbeiters und Instrumentalisten
Georg Jahn
sagen wir allen denen, die ihm das letzte Geleit gaben und ihm seinen Sarg reich mit Kränzen schmückten, unseren herzlichsten Dank. 55/18
Die trauernden Hinterbliebenen.

Ettingers Schuhwarenhaus
Brunnenstr. 13, Zentrale: Königstr. 34
empfiehlt seine eleganten Schuhwaren aus allerersten Fabriken Deutschlands zu spottbilligen Preisen.
Jeder Besteller erhält ein Geschenk
Delikatess-Pflaumen-Mus
br 25 Pfund im 1. oder 2. M. 4,-
„ 20 „ „ 3,-
„ 15 „ „ 2,-
ab hier, Gefässe gratis
Versand-Gesellschaft
Magdeburg 90 Post. 164.

Brennabor
hat sich in Jahrzehntelanger Praxis unter schwierigsten Verhältnissen ohne Ausnahme glänzend bewährt.
Brennabor-Werke, Brandenburg a. H.
Filiale: Berlin W., Kronenstraße 11.

Jahresbericht des Verbandes sozialdemokratischer Wahlvereine für Berlin und Umgegend 1908.

In einem stattlichen Bande — 136 Druckseiten stark — liegt der interessante Bericht vor uns. Eine allgemeine Einführung gibt Aufschluß über das Geschäftsgebarung und die Aktionen des Verbandes; Tabellen, Statistiken, Abrechnungen verschaffen uns näheren Einblick in den Organismus und die präzise Arbeit des großen Verwaltungskörpers: Einnahmen, Ausgaben, Mitgliederbewegung, Sitzungen, Konferenzen, Referate, Literatur, Wahlen usw.

An diesen Ueberblick über die Klein- und Grozarbeit des Verbandes schließen sich die Berichte der Einzelkörperchaften: Frey-, Agitations-, Lokal-Kommission, die acht Reichstagswahlkreise, Berliner und Rigdorer Stadtverordnetenfraktion.

Gewaltige agitatorische und organisatorische Leistungen sind es, die der Verband im Berichtsjahre wieder vollbracht hat. Nicht als ob die Berichterstatter viel Ruhmens davon machten, nein: das „trodene“ Zahlenmaterial erzählt mit bescheiden Worten von der mühevollen Arbeit, der die Beamten und Funktionäre des Verbandes obliegen, und von der Aufopferung, die viele Tausende und Abertausende ungenannte, unbekanntete Verbandsgenossen und -Genossinnen im Krisenjahre 1908 von neuem bewiesen haben.

Mit Recht hebt der Berichterstatter in der Einleitung hervor, daß zweierlei dem Jahre 1908 eine ganz besondere Prägung verleiht: erstens die Landtagswahlkämpfe mit ihren vorbereitenden Organisationsarbeiten, Agitationsleistungen und ihrem für Groß-Berlin so ehrenvollen und für die Gesamtpartei so erfreulichen Ausgang, zweitens der weitere Ausbau der brüderlichen Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft. Die sehr ein solches Zusammenwirken dem Proletariat zufließt kommt, das hat sich bei allen möglichen Anlässen und Gelegenheiten gezeigt: Kaufmanns- und Gewerbesgerichtswahlen, Protest gegen das neue Reichsvereinsgesetz, März-Demonstrationen, Raiffeiser, Friedendemonstration in der „Neuen Welt“, Agitation für den Licht-Abend, Arbeitslosen-Zählung, Bildungsarbeit an der Proletariatsjugend.

Unter den nichterfüllten Ereignissen, die aus dem Berichtsjahre zu melden sind, stehen neben dem heimtückischen Rigdorer Wahlrechtsraub die bedauerlichen Vorgänge in Kankow an erster Stelle: handelt es sich dort um einen Anschlag, den unsere Genossen ausgeübt und vollführt haben, so sind die Panower Ereignisse durch die Schuld von ehemaligen Mitgliedern unserer Partei entstanden, was sie besonders betrübend macht und dem Wunsche, daß die angehängten Verhandlungsberichte recht bald zu einem Ausgleich der Zwistigkeiten führen mögen, um so größere Berechtigung verleiht.

Dafür, daß die Tragikomik im Verichte auch zu ihrem Recht kommt, hat — wie immer — das Berliner Polizei-Präsidium aufs reichliche gefordert: es beschränkt uns drei „Genossen“ — Spichel Wilhelm Draber alias Wilhelm „Gräßling“, Kriminalschuttmann August Babak alias „Maurer August Fußmann“ und Spichel Wilhelm Schlaf alias „William Springer“ —, der späteren nicht zu gedenken, deren Entlassung nach dem 31. Dezember 1908 (dem Schlußtermin für den vorliegenden Bericht) erfolgte und noch erfolgen wird. Wir haben den Ehrenmännern unzählige Nachtränen nachgeweiht.

Sprechende Zahlen

und sagen können, mögen ein paar willkürlich herausgegriffene Beispiele beweisen: Am 21. Mai 1908 verteilten die Genossen von Groß-Berlin circa 1 1/2 Millionen Flugblätter zur Landtagswahl (3. Juni), bei der nach den bisher vorliegenden Zahlen 830 873 sozialdemokratische Wahlstimmen aufgebracht wurden, gegen 75 450 freisinnige, 9747 konservative und 27 773 „sonstige“.

Für die Groß-Berliner Landtagswahl hat allein die Vorwärts-Druckerei 10 1/2 Millionen Druckblätter (Stimmzettel, Wahlaufrorderungen, Schleppezettel, Flugblätter, Handzettel, Formulare, Postkarten, Plakate usw.) hergestellt — viele Tausende mußten außerdem noch in anderen Druckereien angefertigt werden.

Von keinem Markenerlösis im Betrage von 227 818,70 M. hätte unsere Groß-Berliner Organisation laut Parteistatut 20 Prozent gleich 45 627,74 M. an den Parteivorstand abführen müssen. Sie hat in Wirklichkeit aber 63 Proz. gleich 144 000 M. und noch 10 000 M. extra für die Landtagswahlen abgeführt! Außerdem aber wurden der Agitationskommission für die Provinz Brandenburg 25 000 M. überwiesen, und auch die der Parteistimme unmittelbar zugeflossenen Ueberflüsse des „Vorwärts“ — mehr als 130 000 M. — sind, wie der Bericht hervorhebt, eigentlich auch aufs Konto der Groß-Berliner Organisation zu setzen.

Aus dem Bericht der Freikommission sind die Zahlen über den Bogenumfang des „Vorwärts“ erwähnenswert: Im Jahre 1906/07 hatte unser Blatt 1249 1/2 Bogen, 1906/07 stieg die Bogenzahl auf 1303 und 1907/08 auf 1349. — Aus dem Bericht der Agitationskommission ist hervorzuheben, daß seit dem 1. April bezw. 1. Juli 1906 in 20 Provinzorten Auskunfts-Bureaus für Rechtshilfe gegründet worden sind. Bis zum 31. Dezember vorigen Jahres haben sich in diesen Bureaus 1116 Personen Rat und Hilfe geholt!

Auch die Einzelkreise bieten in ihren Sonderberichten, auf die wir nicht näher eingehen können, viel interessantes Detailmaterial. Wir empfehlen den Bericht den Genossen zum Studium, auf daß sie aus ihm Belehrung schöpfen über die Macht, die ihrer Organisation innewohnt, und Anregung: auch hinfür alle Kraft einzusetzen für den großen Kampf wider den Erbfeind des internationalen Proletariats.

Gerichts-Zeltung.

Eine empörend rohe Mißhandlung eines Kindes

Beschäftigte gestern wieder einmal den Strafrichter. Die 7. Strafkammer des Landgerichts I verhandelte gegen den Fabrikarbeiter Richard Seidel und dessen Ehefrau Martha S. geb. Rudow wegen Körperverletzung mittels gefährlichen Werkzeuges und einer das Leben gefährdenden Behandlung ihres Kindes unter dem erschwerenden Umstande, daß der verletzte Knabe dauernd in Stech- und Verfall. Den Vorsitz führte Landgerichtsrat Wille. Die Verhandlung entrollte ein grauenhaftes Bild von der Gemütsroheit und Brutalität eines Elternpaares, welches beinahe unter der Hand der Körperverletzung mit tödlichem Ausgange vor das Schwurgericht gestellt worden wäre. Der Ehemann Seidel verheiratete schon mehrere Jahre vor Eingehung der Ehe mit seiner jetzigen Ehefrau. Diesem Verhältnis entsprach im Dezember 1901 ein Knabe. Als die Eltern im Jahre 1903 heirateten, war ihnen das Kind ein Dorn im Auge. Als sich dann in der Ehe selbst Kinder einstellen, hatte es der kleine Otto, der seit nur „das Ras“ tituliert wurde, denkbar schlecht. Er wurde von den Eltern sich herumgeschoben und geschlagen. Das Kind wurde schließlich von dem entmenslichten Elternpaar so dreifach, daß es trotz aller Schläge und Mißhandlungen nicht einen Laut von sich geben oder gar weinen durfte. Die eigenen Eltern der verrohten Mutter konnten das Martyrium des Kindes schließlich selbst nicht mehr mit ansehen. Sie erstatteten schon im Jahre 1904 eine Strafanzeige gegen ihre Tochter, die schon damals den gerade zweijährigen Knaben mit einer starken Rute geschlagen hatte, wo es gerade hinfuhr. Das Verfahren wurde jedoch seinerzeit wieder eingestellt. Der kleine Otto wurde damals dem Waisenhaus zugeführt und von da aus zu einer Frau bei Büstenwalde gegeben, wo er nach Angabe der Pflegerin „dick und rund“ wurde und mit großem Appetit aß und trank. Das Kind wurde den Eltern wieder

zurückgegeben und von diesem Tage an begann für den Kleinen eine wahrhaft erschütternde Leidensgeschichte. Nachbarn bemerkten bald, daß das Kind immer mehr abmagere und blaffer wurde, auch ein überaus verschüchtertes und scheues Wesen zur Schau trug. Als die Eltern noch in der Nirbachstraße in Nimmelsburg wohnten, bemerkte eine Frau K., wie der Ehemann Seidel das Kind mehrmals mit dem Kopf auf den Fußboden „stutze“, auch stellte es sich hier heraus, daß die Frau Seidel ihren Mann fortwährend aufschrie, das Kind zu schlagen und es dann jedesmal häusliche Szenen gab, wenn er es nicht tun wollte. Eine andere Frau sah wie die Angeklagte den kleinen Otto ohne jeden Grund mehrmals in das Gesicht schlug und dann mit einer dicken Rute auf ihn losschlug, wo sie gerade hinfuhr. Eines Morgens suchte eine Frau Krause die Angeklagte auf, die noch im Bett lag. Während das andere Kind in einem Bett lag, hatte der kleine Otto die Nacht in dem Klosett zubringen müssen, wo er erst des Morgens herausgelassen wurde. Die Zeugin bemerkte hierbei, daß das Kind die angeführten Hände mit blutigen Striemen hatte, die anscheinend von Rutenschlägen herrührten. Zu einer Frau Eisner äußerte die Angeklagte eines Tages, als der Knabe vor Schwäche nicht mit dem Knabe der Zeugin den Korridor entlang laufen konnte: „So'n faules A—s, wenn er zu faul ist, kriegt er auch nichts zu fressen!“ Der arme Kleine wurde hierauf von der brutalen Mutter an den Schultern gepackt, zur Erde geworfen und von oben herunter geschlagen, so daß das Gesicht des Kindes am nächsten Tage geschwollen und blau und grün verfärbt war. Als der Ehemann am Abend seine Frau aussah, daß sie den Knaben so mißhandelt habe, äußerte die Angeklagte zu der Zeugin: „Ich kümmere mich jetzt überhaupt nicht mehr um das Kind, wenn mein Mann dem A—s befehlt, soll er ihm auf zu fressen geben!“ Bald darauf sagte die Angeklagte zu derselben Zeugin: „Ich werde das A—s jetzt mit Hunger kurieren, ich habe ihm schon zwei Tage nichts zu fressen gegeben!“ Die Frau Eisner sah auch einmal, daß der Ehemann Seidel das Kind an der Brust packte, es hoch hob und dann längere Zeit heftig auf den Kopf schlug, so daß sie es nicht mehr mit ansehen konnte und sich schäudernd abwandte. Die übrigen Leute im Hause wußten gar nichts von der Existenz eines dritten Kindes, da die Seidelschen Eheleute des Sonntags stets nur mit den beiden ehelichen Kindern ausgingen, während der kleine Otto in das Klosett eingesperrt wurde.

Am 6. Februar vorigen Jahres kam die mit den Seidelschen Eheleuten befreundete Frau Dippe in der Wohnung der Angeklagten. Der kleine Otto sah ganz verstört und über und über mit blutigen Striemen bedeckt auf einem Stuhl und suchte mit Händen und Füßen. Frau D. forderte die Angeklagte auf, einen Arzt zu holen, diese erwiderte jedoch, dies sei nicht notwendig, „der Knabe habe öfter solche Wutkrämpfe“. Am Abend desselben Tages, kurz vor 10 Uhr, erschien der Ehemann Seidel bei dem in der Nirbachstraße wohnhaften Arzt Dr. Ehlh. und bat ihn, zu seinem sechsährigen Knaben zu kommen mit den Worten: „Ich habe das Kind vor zehn Minuten geschlagen, darauf bekam der Knabe Wutkrämpfe. Jetzt stellt er sich so, als sehe und höre er nichts und tut, als ob er tot wäre!“ Als Dr. Ehlh. in der Wohnung ankam, fand er nur noch eine Leiche vor. Der Tod mußte schon vor sechs Stunden eingetreten sein, da die Leiche eiskalt war. Der Angeklagte Seidel tat sehr bestürzt und bat den Arzt, ihm keine Unannehmlichkeiten zu bereiten. Dr. Ehlh. erstattete jedoch sofort Anzeige, welche die Beschlagnahme der Leiche zur Folge hatte. Die Obduktion ergab ein ganz grauenhaftes Bild. Die als Sachverständigen geladenen Medizinalräte Dr. Steiner und Dr. Hoffmann machten vor Gericht über den Obduktionsbefund folgende Angaben, aus denen hervorging, daß das unglückliche Wesen mit einer wahrhaft teuflischen Bestialität behandelt worden war. Der Körper des Kindes sei bis zum Skelet abgemagert gewesen und habe tatsächlich fast nur noch aus Haut und Knochen bestanden. Auf dem Rücken haben sich mehrere Hautblutungen, an der Kopfhaut mehrere Duzend tödlicher Schwellungen befunden. Die linke Gesichtshälfte habe nicht weniger als 25, die rechte sogar 35 blutunterlaufene ritzenartige Striemen aufgewiesen, ebenso der Hinterkopf, die Ohren und der Nacken. Arme und Beine wären mit fast nebeneinanderliegenden Striemen und aufgeplatzten Hautstellen bedeckt gewesen. Hände und Füße wären erfroren, aber trotzdem mit Striemen und Flecken bedeckt gewesen. In dem Magen und den Därmen sei nur wässriger Schleim gefunden worden, der darauf hindeute, daß der Knabe seit mehreren Tagen nichts gegessen habe. Als eigentliche Todesursache sei eine Lungenentzündung festgestellt worden. Diese Krankheit sei aber nicht vorgegrienen gewesen, der Tod sei jedenfalls aber begünstigt worden durch den jammervollen Zustand, in dem sich das Kind befunden habe. Die Leiche sei damals wegen der ausnahmsweisen Seltenheit einer solch rohen Mißhandlung photographiert worden, da keine noch so gute Beschreibung und auch Worte nicht ausreichten, um den Zustand des Kindes zu schildern. — Die Seidelschen Eheleute wurden seinerzeit verhaftet, aber nach drei Wochen wieder auf freien Fuß gesetzt.

Der Gericht behauptete die Angeklagten, sie wären nie über das Mordrecht hinausgegangen, und hätten das Kind auch nie hungern lassen. — Die mehrstündige Beweisaufnahme befähigte zum großen Teil das bisherige Ermittlungsergebnis. Staatsanwalt Leisinger beantragte gegen die Angeklagten eine Zuchthausstrafe von je fünf Jahren, fünf Jahre Ehrverlust und sofortige Verbannung. Das Gericht nahm nur Körperverletzung mittels einer das Leben gefährdenden Behandlung an und erkannte nur gegen die Ehefrau Seidel auf ein Jahr und neun Monate, gegen den Ehemann auf nur sechs Monate Gefängnis.

Der Gerüstbau bei dem Wiederaufbau der niedergebrannten Garnisonkirche

Beschäftigte gestern die 10. Strafkammer des Landgerichts I. Wegen fahrlässiger Körperverletzung waren der Rüppolter Oskar Blaz und der Maurerpolier Hermann Winterfeld angeklagt. Anfang Juli vorigen Jahres wurde der Wiederaufbau der am 14. April v. J. niedergebrannten alten Garnisonkirche in der Neuen Friedrichstraße in Angriff genommen. Da nur noch die Umfassungsmauern nach dem Brande stehen geblieben waren, mußten innerhalb der Mauern Gerüste aufgestellt werden, um von diesen aus wieder das Dachgebälk herzustellen. Der Gerüstbau wurde der Firma Altmann übertragen. Am 22. Juli v. J. gegen Mittag waren gerade acht Arbeiter unter Leitung des Poliers Winterfeld auf einem 16 Meter hohen Gerüst beschäftigt, als dieses plötzlich ins Wanken geriet. Im nächsten Augenblick stürzte das ganze Gerüst mit einem donnerähnlichen Krach zusammen, die Arbeiter darunter begrabend. Den Verunglückten eilten sofort Arbeitsgenossen zur Hilfe und halfen sie mit vieler Mühe unter den Trümmern hervor. Als die Feuerwehr eintraf, waren die zum Teil schwer verletzten Arbeiter bereits geborgen. Die Unglücksfälle wurde sofort polizeilich abgeklärt. — Dieser Unfall hatte die vorliegende Anklage gegen die beiden Angeklagten zur Folge, welche als Angehörige der Gerüstbau-Firma den Auftrag erhalten hatten, das Gerüst aufzustellen. Wie die Anklage behauptet, sollen beide das Gerüst nicht in genügender Weise verankert und gestützt haben. Die Strafkammer kam jedoch in Uebereinstimmung mit dem geladenen Baufachverständigen zu der Ansicht, daß ein strafbares Verschulden auf Seiten der Angeklagten nicht festzustellen sei. Das Urteil lautete deshalb auf Freisprechung.

In dem Pferdewurstschwindelprozeß

der am 21. vorigen Monats begann, wurde gestern noch neunziger Verhandlung das Urteil durch den Vorsitzenden, Landgerichtsdirektor Dr. Schütte verkündet. Es handelte sich um jenen Fall über das ganze Deutsche Reich verbreiteten Schwindel mit Pferdewurst, der seinerzeit von der „Allgemeinen Pflücker-Zeitung“ aufgedeckt worden war. Das Urteil lautete wegen Betrug und wissenschaftlichen

Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz gegen Karl Behne auf 7 Monate Gefängnis und 1000 M. Geldstrafe, gegen Frau Behne auf 2 Monate Gefängnis und 500 M. Geldstrafe, gegen Kaulich auf 1 Monat Gefängnis und 300 M. Geldstrafe, gegen Freitag auf 300 M. Geldstrafe, gegen Gustav Krüger auf 9 Monate Gefängnis, 1000 M. Geldstrafe und 1 Jahr Ehrverlust und gegen Schröder auf 1 Monat Gefängnis und 500 M. Geldstrafe. Die an den Straf-taten unbeteiligte Frau Veria Krüger wurde als nichtschuldig freigesprochen.

Grober Unflug.

Das Jugendgericht hatte sich gestern mit einer Anklage gegen den Kontoristen S. Schwanitz zu befassen. Er sollte am 8. Februar „groben Unflug“ verübt und die Strafpolizeiverordnung durch Nichtbefolgen einer Schuttmannsaufforderung verletzt haben. Der Angeklagte legte dar, er habe an der Ritter- und Alte Jafob-strassen-Ecke der Demonstration zugehört. Ein Schuttmann habe ihn ohne Grund angepaßt und geschoben. Er erwiderte: „Ich lasse mich nicht schieben und habe ein Recht die Straße zu benutzen.“ Dann habe er von einem Prellstein aus den Vorgängen zugehört. Zwei Schutzleute gaben ihre Verlesungen im Sinne der Anklage ab. Der Staatsanwalt beantragte 40 M., das Gericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe. Der Staat war wieder einmal gerettet.

Verfammlungen.

Zentralverband der Maurer. Am Freitag hielt der Zweigverein Berlin eine Generalversammlung ab, wo der Vorstand den Jahresbericht für 1908 erstattete. Der gedruckt vorliegende Bericht stellt fest, daß die Bautätigkeit noch vollkommen darniederliegt. Demgemäß ist auch die Arbeitslosigkeit eine ungewöhnlich große. Ein Vergleich des Jahres 1908 mit dem Jahre 1908 ergibt, daß in beiden Jahren die Mitgliederzahl annähernd die gleiche war. Während aber im Jahre 1908 bei auffiegender Konjunktur die Arbeitslosigkeit im März am höchsten stand, im Sommer dagegen auf den Stand zurückging, der durch den Arbeitswechsel bedingt ist, zeichnet sich das Jahr 1908 durch einen im ganzen Jahre fast gleich gebliebenen hohen Stand der Arbeitslosigkeit aus. Auf Grund dieser Feststellungen kann gefagt werden, daß in den letzten 12 Jahren in Berlin und im übrigen Deutschland kein so schlechtes Jahrjahr und keine so starke Arbeitslosigkeit zu verzeichnen war wie im Jahre 1908. — Weiter gibt der Bericht eine Darstellung der im verfloffenen Jahre stattgehabten Vertragsverhandlungen, die mit dem Abschluß eines bis 31. März 1910 geltenden Tarifvertrages endeten. — Auf 6 Generalversammlungen wurden im Zweigvereinsgebiet 540 Sektions-, Zahlstellen- und Bezirksversammlungen abgehalten. — Die Tätigkeit der Verbandsleitung auf den Bauten war natürlich erheblich geringer als in den Jahren der Hochkonjunktur, denn die Bautätigkeit ist ziemlich um die Hälfte zurückgegangen. Im ganzen Jahre war in 203 Fällen das Erscheinen eines Mitgliedes der Verbandsleitung auf der Baustelle notwendig. 4 Bauleistungen wurden im Berichtsjahre vorgenommen. Am Schluß des Jahres hatte der Zweigverein 8806 Mitglieder, und zwar 5852 Maurer, 1714 Fuhrer, 1240 Gips- und Zementarbeiter. — Die Kassenabrechnung des Zweigvereins zeigt eine Einnahme von 548 540,47 M., eine Ausgabe von 345 630,30 M., bleibt ein Bestand von 202 910,27 M. Für Unterstützungen wurden ausgegeben: An Genahregelte 4253 M., bei Raupertzen 68 668 M., an Krankenausgaber 14 720 M., an Kranke 79 377 M., in Kotfällen 521 M., in Sterbefällen 14 480 M., an Familien- und sonstige Unterstützungen 5259 M., für Rechtschutz 5720 M.

Der Vorsitzende Hanke und der Kassierer Wartenberg gaben eingehende Erläuterungen zu dem gedruckten Bericht. Danach wurde der Vorstand entlastet. Dem Zweigvereinskassierer wurde ein Mantelgeld von 100 M. und den Bezirkskassierern ein solches von 10 Proz. ihrer Einnahmen bewilligt.

Hierauf wurde folgendes Ergebnis der Neuwahlen bekanntgegeben: 1. Vorsitzender Hanke, 2. Vorsitzender Mehl, 1. Kassierer Wartenberg, 2. Kassierer Lehmann (Charlottenburger), Schriftführer Wulf, Beisitzer Siegmann. — Vorschwerdekommision: Dräger, Strub, Klose, Rudolf, Schulz, Matuschel. (In dieser Kommission ist ein Mitglied überzählig, jedoch hat einer der Gewählten auf die Wahl verzichtet. Sobald festgestellt ist, wer, reduziert sich die Kommission auf 5 Mitglieder.) — Bibliothekkommission: Witzholz, Gustav Dahlemburg, Ray Dahlemburg, Haase, Mulad, Schulz. — Revisoren: Frau, Thöns, Lehmann (Friedenau).

Hanke teilte mit, daß die für Berlin zuständige Bauberufsgenossenschaft in den Unfallberühmungsbeschlüssen einen Passus aufgenommen hat, welcher den Genuß alkoholischer Getränke während der Arbeitszeit verbietet. Der Vorstand der Berufsgenossenschaft habe beschlossen, jeden, der der Uebertretung dieser neuen Vorschrift überführt wird, dem Staatsanwalt anzuzeigen, um die Verurteilung zu veranlassen. Diese neuen Unfallberühmungsbeschlüsse seien rechtsgültig angenommen, die Verurteilung einer Uebertretung derselben sei gesetzlich zulässig, also müßten sich die Kollegen hiernach richten.

Die Verwaltungsstelle II des Transportarbeiterverbandes

hielt am Freitag in Kellers Philharmonie eine außerordentliche Generalversammlung ab, die sich mit Anträgen zu dem bevorstehenden Verbandstag beschäftigte, der auf den 6. Juni nach München einberufen ist. Es lag eine große Anzahl von Anträgen vor, die sich meist auf Änderungen des Statuts oder der Unterstützungsreglemente bezogen. Gut geheißen von der Versammlung wurde unter anderem ein Antrag, wonach die Wahlen zum deutschen Gewerkschaftskongress und zu den internationalen Arbeiterkongressen in Zukunft nicht mehr auf den Verbandstag, sondern direkt durch die Mitglieder erfolgen sollen. Der wichtigste Antrag, der die Zustimmung der Versammlung fand, hat die Zusammenlegung der Kranken- und der Arbeitslosenunterstützung zu einer Erwerbslosenunterstützung zum Ziele, mit Unterstützungs-fähigkeit, die über das, was bis jetzt geboten wird, hinausgehen. Ferner wurde ein Antrag auf Einführung einer geregelten Reiseunterstützung gutgeheißen. Auch ein Antrag, der Verbandstag möge beschließen, daß die vier Verwaltungsstellen Berlins unter der Voraussetzung, daß ein Einheitsbeitrag von 50 Pf. eingeführt wird, zu einer Vereinigt werden, fand die Billigung der Versammlung. Die Sektion der in Bierbrauereien und Bierniederlagen beschäftigten Mitglieder, ebenso die Sektion der Kohlenarbeiter, haben zum Verbandstag Anträge auf Einberufung einer Konferenz zur Verbesserung ihrer besonderen Berufsverhältnisse gestellt, denen die Versammlung ebenfalls zustimmte. Das gleiche gilt von zwei Anträgen der Sektion der Geschäftsführer, von denen der eine zum Ziele hat, daß alle wichtigen Gerichtsverfahren in Strafprozessen, die ihre Berufskollegen betreffen, im „Courier“ veröffentlicht werden, der andere bezweckt, daß in allen Großstädten mit regem Handels- und Transportverkehr darauf hingewirkt wird, daß die Gemeinde obligatorische Nachschulen für alle Knaben und Mädchen einrichtet, die nicht der Polizeiverwaltung unterstellt sein sollen. — Die übrigen Anträge, die dem Verbandstag vorgelegt werden sollen, beziehen sich meist auf weniger wichtige Änderungen des Statuts oder auf andere Verbandsangelegenheiten. — Sodann wurden für die Delegiertenwahlen zum Verbandstag 23 Kandidaten aufgestellt. Zu wählen sind von der Verwaltungsstelle Berlin 11 Delegierte. Die Wahlen finden in den Bezirken mittels geheimer Stimmabgabe statt.

Leise- und Diakonikerklub „Wilhelm Liebknecht“. Heute abend 9 Uhr bei R. Eichhorn, Danziger Straße 33: Vortrag.

Verband der Freiwirtschaftlichen Deutschen. Zweigverein Berlin und Vorort. Generalversammlung, Donnerstag, den 1. April, abends 9 1/2 Uhr, Rosenhaler Straße 11/12.

Achtung! Bauanschläger Achtung!

Donnerstag, den 1. April 1909, abends 8 Uhr:

Allgemeine Versammlung der Bauanschläger Berlins u. Umg.

im Gewerkschaftshause, Engelauer 15 (großer Saal).

Tages-Ordnung: 119/13*

1. Unsere zukünftige Stellungnahme gegenüber den Arbeitgebern. 2. Diskussion.

Kollegen! Da in dieser Versammlung wichtige Beschlüsse gefasst werden, so muß ein jeder von Ihnen für einen guten Veranlassungsbezug agieren. In Anbetracht der gegenwärtigen Situation ist es notwendig, daß den Arbeitgebern die gefällige Einstellung der Kollegen bewiesen wird; deshalb muß jeder Bauanschläger zur Stelle sein.

Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.

Verein der Bauanschläger. Deutscher Metallarbeiterverband. Kreisverwaltung Berlin.

Zentralverband der Maurer Deutschlands.

Zweigverein Berlin.

Sektion der Gips- und Zementbranche.

Vom 1. April 1909 ab treten die laut § 4 des Tarifvertrages für die Gips- und Zementindustrie festgesetzten erhöhten Stundenlöhne in Kraft, und zwar für Maltitz- und Zementdrahtpuger 90 Pf. u. für Maltitzspanner 75 Pf. die Stunde.

Auch haben alle Kollegen der Gips- und Zementbranche die Pflicht, streng auf die Einhaltung der 8 1/2 stündigen Arbeitszeit zu achten. Verstöße gegen dieselbe sowie überall dort, wo der tariflich festgesetzte Stundenlohn in der Gips- und Zementindustrie nicht gezahlt wird, sind sofort dem Bureau Engelauer 15, Nummer 46, 136/15* Telephon: Amt 4 Nr. 4093, zu melden. Der Sektionsvorstand.

Brauerei Friedrichshain.

Am 1. u. 2. Osterfesttag 1909: Matinee-Konzert

Johann Strauß aus Wien

mit der gesamten Kapelle (50 Künstler). Anfang präzis 1 Uhr. Ende 4 Uhr. Billets zu ermäßigten Preisen (40 u. 60 Pf.) im Vorverkauf bei der Spedition des „Vorwärts“, Herrn Zucht, Immanuelkirchstraße 12.

CASTAN'S PANOPTICON
Friedrichstr. 165 (Pachhofpalast).
Heute: Großer Premierentag!
Neu! Bellachinis Zauberwelt! Neu!
ausgeführt von Eugen Schröder und Margareta Fara.
Ohne Extra-Entree! Täglich 7 1/2 Uhr abends. **Humoristische Künstler-Abende.**
Vollständig neues Programm.

Jedes Wort 10 Pfennig.
Das erste Wort (setzgedruckt) 20 Pf. Stielengesuche und Schlafstellen-Anzeigen 5 Pf., das erste Wort (setzgedruckt) 10 Pf. Worte mit mehr als 15 Buchstaben zählen doppelt.

Kleine Anzeigen

MÖBEL

Polsterwaren, Kompl. Wohnungs- u. Küchen-Einrichtungen, Herren- und Damen-Garderobe, Leib- und Bettwäsche, Betten, Steppdecken, Teppiche, Gardinen, Portieren, Bilder, Uhren, Gas- u. Petroleumkronen, Sport- u. Kinderwagen

AUF KREDIT

an jedermann eventuell ohne Anzahlung bei kleinster Abzahlung

Möbel- und Waren-Kredit-Haus

Alte Schönhauserstr. 3 (am Tor)

SCHÖNHAUSER

Reinickendorf, Schweizer Viertel, im neuen Zentrum.

in nächster Nähe des Schillerparks und des Schillersees vorzüglich gelegene, billige 2-, 3- und 4-Zimmerwohnungen im Vorder- oder Gartenhaus, mit auch ohne Bad, Balken pp. sofort vermietbar in den Neubauten der Schiller-Promenade, Bräuner Straße, Mühl-Str., Holländer- und Thuner Straße.

ANZEIGEN
für die nächste Nummer werden in den Annahmestellen für Berlin bis 1 Uhr, für die Vororte bis 12 Uhr, in der Haupt-Expedition, Lindenstraße 69, bis 5 Uhr angenommen.

Verkäufe.

Teppiche (schlechte) Gelegenheitsverkauf. Fabriklager Mauerwerk, Große Frankfurterstraße 9, Auenberg. Bonitätskassen 6 Prozent Extrarabatt. 16119*

Steppdecken billige Fabrik Große Frankfurterstraße 9, Auenberg.

Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 9, Auenberg. 19139*

Teppiche (schlechte) in allen Größen für die Hälfte des Wertes im Teppichlager Brünn, Odestraße Markt 4, Bahnhof Vorle. 264/11*

Herberten, Stand 11,00, große 16,00, Gardinen, Wäsche, Betten, Kleidungsstücke, Uhren, Schmuckstücke, Spielzeug, Wandbildhaus, Krebber, Mühlentempel 7. 15772*

Damenhüte 1,20, Arbeitsplatten, Rolltücher, Weinbergweg 7 12696*

Büroartikel erhalten 5 Prozent Extrarabatt selbst bei nachstehend aufgeführten Gelegenheitskäufen. Teppich-Tomas, Dramenstr. 160, Dramenplatz. 18425*

Teppiche, Inventarpreise bis 33 1/2 Prozent herabgesetzt. 18438*

Gardinen, Einzelstücke, sowie unaußere Exemplare für halben Wert.

Blüschgardinen, 500 Fenster, Inventarpreis 25 Prozent ermäßigt.

Büroartikel, besteht vorstehende 4 Anzeigen. 18463*

Sozialreform oder Revolution, von Nola Luxemburg. Neue durchgesehene und ergänzte Ausgabe. Preis 50 Pf. Expedition Vorwärts, Lindenstraße 69.

Milchgeschäftseinrichtungen in Milchverkaufsstellen, Milchkannen, Milchmaße, Milchschabe, Buttermaschinen, Milchkrüge, billige Spezialfabrik Jordan, Mühlentempelstr. 21.*

Blüschportieren, wunderschön bestickte, Inventar-Kaufpreise: 2 Schaß und Überbehang 6,50, 8,50, in Glorianten 3,50, 5,25, Steppdecken 1,50, Richard Wolf, Steppdecken, Dresdenerstraße 8 (Kollbuckert), Rahlgelddergütung. 18168*

Gasofenherd!!! Gefällige Zweifelhochherd 5,00! Einlochgasofenherd 2,50! Gasofenherd 1 1/2! Gasofenherd 9,00! Holztauer, Bahnhofsstraße 32. 18402*

Teppichhaus Defiore, Dramenstr. 158, sehr Inventar-Kaufpreise. Extrarabatt gratis. 16633*

Central! Wandliche Bringenstraße 80, I. Täglich Verkauf von verlassenen Pfändern. 50 Prozent billiger als im Laden. Betten, ganzer Stand 12,00, Laten 1,00, Goldkäse, Herrengarderobe, Anzüge, Schokofanzüge, Hosen, Tischdecken, Steppdecken. Rahlgeld wird vergütet.

Gardinen, dekoriert gewesene, wenig angekaufte Restbestände, zwei Klänge 2,50, 3,50, 4,50 usw. Stores 1,85 usw. Spezialhaus Richard Wolf, Dresdenerstraße 8. Abmontieren Rabatt und Rahlgeld. 18158*

Taschen, sämtliche Samereien, Mantelgrünte, Dägenmittel, liefert in bester Qualität. Warenhandlung Edmund Corbel, Berlin, Aderstraße 23, Ede Anwaltsstraße. 164*

Billige Hosenmache. Hohelegante Herrenhosen aus feinsten Rohstoffen 7-15 Mark. Sonntag bis 6 Uhr geöffnet. Verkaufshaus Germania, Linden den Linden 21. 17976*

Günstigste Balken, Seidenblusen, Kostüme, selbstgezeichnet, verkaufen (speziell) Mahlenfertigung, Stauer, Brunnenstraße 4. Keine Ladenmiete. 18325

Geldwechsler!!! Außenwahren!!! Borenger dieses erhält fünf Prozent beim Einkauf von Betten, Steppdecken, Gardinen, Wäsche, Anzügen, Hosen, freischwinger, Schmuckstücken, Ringe, Ketten, selbstigen Herrenanzügen, Herrenpaletots, Anzügen, Damendressen, Hülsen 1. Verkaufshaus Brunnenstraße 10, portiere. Sonntag geöffnet. 18366*

Inventar-Kaufverkauf, Gardinen, Stühle, Fenster 1,25, 1,75, 2,45, 3,35, 4,50, 5,45, 6,50, extra 10 Prozent Rabatt. 18018*

Tischdecken, groß, Stuhl 1,55, 2,45, 2,95, 3,65. E. Weihenbergs Gardinenhaus, Große Frankfurterstraße 125.

Erdbüchereien, einzigende Handarbeit, 3,45, 4,45, 5,25, 5,85 usw.

Erdbüchereien, 5,35, 6,50, 7,50, 8,50 usw. Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppentstraße.

Tuchportieren, komplette Garnitur 3,25, 3,75, 4,85, 5,65, 6,75 usw.

Blüschportieren, komplette Garnitur 6,25, 7,50, 8,75, 10, 11, usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Steppdecken, einzelne Fabrikmutter, 2,45, 3,45, 4,25, 5,85.

Smitt-Steppdecken, Ersatz für Seide, doppelseitig, 6,55, 7,65, 8,50, 9,75, 11, usw. Steppdeckenhaus Große Frankfurterstraße 125.

Wollteppiche 3,25, 3,55, 4,85, 6, 7,50.

Wollteppiche mit feinen Farbflecken, Fabrikmutter, 6,25, 7,50, 8,75, 10,50, 12, 15, usw. Teppichhaus Große Frankfurterstraße 125.

Tuchdecken Stuhl 1,15, 1,55, 2,25, 2,90, 3,50, 4,25.

Blüschdecken 3,85, 4,65, 5, 6,50, 7,50, 9, 11, usw. Große Frankfurterstraße 125.

Totalverkauf großer Kosten Gardinen, Möbelstoffe, Wollstoffe, zu Sofabezügen, ausreichen, Kauter- und Anleimstoffe zu Sportpreisen. E. Weihenbergs Gardinen- und Teppichhaus, Große Frankfurterstraße 125, 2. Haus von der Koppentstraße.

Hermannplatz 6, Wandbildhaus. Hervorragender Einkaufspreis! Sämtlicher Verkaufsstellen! Sausend-billiger Verkauf! Vermietungs-büro! Bettwäsche! Brautbekleidungsstücke! Aussteuerstücke! Hoch-elegante Gardinen! Vorhänge! Teppichmatten! Woll-tischdecken! Steppdecken! Nischen-auswahl! Pflanzen! Nähmaschinen! Handarbeiten! Freischwinger! Gold-schmuck! Taschenrechner! Stellen-auswahl! Ringauswahl! Extrabillige Sonderangebote! Gefällige! Sommerpaletots! Herrenhosen! Damen-hosen! Wertvollste Waren! Einkaufs-quelle Groß-Berlin! Hermannplatz 6. Sonntags ebenfalls geöffnet.

Vorjährige elegante Herrenanzüge und Paletots aus feinsten Rohstoffen 15-40 Mark. Verkaufshaus Germania, Linden den Linden 21. 17985*

Anzüge, Paletots, zurückgebliebene Rohstoffe, früher 40-60, jetzt 15 bis 30 Mark. Wohnhaus Kopf, Lindenstraße 105. 18343

Kindervagen auf Gummi ver-lakt Gabriel, Kolonnenstraße 30, vorn IV. 194

Passen für Mäntelwaren-Geschäft! 2 Glasbilder, Größe 70 x 90, Kupfer-Plat-Plat-Mantel, billig zu verkaufen bei Jordan, Schöneberg, Feuerstraße 57, von 6-8. 1128

Auf Teilzahlung, Möbelleinrichtung, Stühle und Stühle, Anzahlung 15 Mark. Verleihen gewasene Möbel, spezialbillig. „Derolina“, Kastanienallee 49. 17945*

Gebrauchte Möbel aus Verleihen, Aufstellungen in größter Auswahl, Aufschlüsselung, Vertikal 20, Tischstühle 25, Herrenschreibtische 33, Büttel, Garnituren 65, Küchenschränke, Bücherstühle, Sofas 20, Teppiche, Bilder, Kronen, hunderte komplette Wirtschaften, neue und gebrauchte, garantiert bedeutend billiger als überall, bunte Küchen 55, Remer's Möbelgeschäft, Lothringergasse 55, Rosenhaller Tor. Großes Spezialgeschäft für Gelegenheitskäufe. 17808*

Möbel - Gelegenheits! Wenig gebrauchte, gute, elegante Möbel, auch neu, einjährige, eleganteste, belischen gemalen, verfallene spezialbillig. Speicher, Neue Königstraße 5/6, Fabrikgebäude. Sonntags geöffnet. (Zahlungserleichterung.) 270/5*

Möbelkiste „Korden“, Ziele, Aderstraße 120 (Gartenplatz). Filiale: Invalidenstr. 118 (Stettinerbahn), Speicher. - Nischenwahl bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen von 200 bis 3000 Mark. - Gelegenheits-käufe gebrauchter wie neuer Möbel, spezialbillig. Aufbewahrung und Lieferung frei. 18535*

Möbelangebot. Im Kollbuckert-Bahnhof, Aderstraße 25, Anhalter Bahnhof, direkt Hauptbahnhof, in der Nähe des Hauptbahnhofs, befinden sich hochmoderne Schlammzimmer, Speisezimmer, Herrenzimmer, einzelne Salon-garnituren, Paneele, Bildstühle, Anleimerstühle, Nähmaschinen, Bronzestaturen, Delgamöbel, Schreibtische 28,00, Kuchentische mit prachtvoller Diamantde 22,50, wunderbare Eulentische 30,00, hohelegante Salonstühle, (siehe 14,00 bis zu allergrößten Saalstühlen, aller-richtigste Zimmertische 8,00, reich-gehaltene Ledergardinen, Spiegeltische, Tischlampen, Steppdecken, Salon-bilder, Standuhren, praktische Blüsch-tischdecken 5,00. Verschiedene Gelegen-heiten. Liebernahme vollständiger Warenlager, Wirtschaften, Kontur-massen, Nachlässe zum schnellen Verkauf und Verleihen. Ditto Wädel, Kuffons- und Möbelstücke. Kosten-loser Transport. Lagerung. 17528*

Billige Möbel, gebrauchte, ver-lassen gemachte und neue, Aufschlüsselung, Aufschlüsselung 20, Aus-gezeichnet, Sofa 15, Bettstühle mit Matrize 15, Kuchentisch, Tisch, Tischplatte 20, Sofa 22, elegante Tischstühle 45, Paneele 28, Säulen-tische 30, Herrenschreibtisch 30, eng-lische Bettstühle mit Federmatratze 30, Blüschgarnitur, Kuchentisch, bunte Stühle 55. Katalog, Lagerung, Transport frei. Stargard, Lothringergasse 69. 206/6*

Küchenschrank, Beffen 15, Sofa 8, Stühle 1, Spiegel 12, Bettstühle mit Matrize 16, Kuchentisch 6, Tisch 4, Kurze 1, vorn IV. 207/2

Am billigsten kauft man Möbel, Spiegel, Polsterwaren in der Möbel-Verkaufsstelle, Kastanien-Allee 56, normale Kaufkraft, bekannt recht.

Möbelleinrichtung liefert reelle Wohnungs-Einrichtungen, Schlamm-zimmer, bunte Küchen, Kuchentisch, kein Laden, nur Fabrik-gebäude. Kein Sonntags, Garnat, Tischermittel, Tischplatten 57, am Kollbuckert, Genossen 3 Prozent

Möbelverkauf! Wertvollste Ge-legenheit! Wirtschaften 152, 285, hohelegante 434, eigenes Speis-ezimmer, entzückendes Schlafzimmer, moderne Küchenschrank, Kleiderschrank, Vertikal, Höhe, Blüschstühle, Bett-stellen, Spiegel, wertvolle Zahlungserleichterung (Zahlungserleichterung). Land-bergstraße 91a, eine Treppe. 17418*

Möbel, gebrauchte, gut erhalten, Gelegenheit aus Konturen, Kuffons, verfallene spezialbillig. Möbelstücke, Rosenhallerstraße 36, Fabrikgebäude. (Zahlungserleichterung.) 270/12*

Wichtig! Wegen Inventar-Kauf-nahme verkaufe ganze Wohnungs-einrichtungen sowie einzelne Möbel-stücke teilweise 60 Prozent unterm Wert. Darunter eigenes Speis-ezimmer, eigene Herrenzimmer, diverse Schlafzimmer, Vertikal, Kleiderschrank 24, Wollschreibtisch 18, Herrenschreibtische, Krone-maschine, Bücherstühle, Sofas, Kuchentisch, Tischplatte 20, Tischstühle 20, Tischstühle 45, Küchenstühle, Dresdenerstraße 107/108. Sonntags geöffnet. Lagerung, Transport frei.

Möbel-Boedel, Dramenstr. 58 (am Kollbuckert), kein Laden, direkt Fabrik, parterre, I. II. III. gegründet 1879, liefert als Spezialität Wohnungs-einrichtungen von 150-6000 Mark und einzelne Möbelstücke zu Fabrik-preisen. Große Auswahl in ver-leihene gemachten und zurückgeleihen Gegenständen. Bettstühle mit Matrize 16, englische Bettstühle mit Matrize 44, Aufschlüsselung, Vertikal 20, Säulentische mit geschliffenem Glas 20, Tischplatte 33, Tischplatte mit Sattelstühle 49, mit Sattelstühle 65, Paneele mit Sattelstühle 59, Tischplatte 22, Garnitur, Sofa und 2 Sessel von 75 an, farbige Küchen 44, Teppiche. Sämtliche Gelegenheits für Draufleute. Beschäftigung ohne Kaufzwang erbeten. Gebrauchte Möbel werden bis zur Lieferung kostenlos aufbewahrt, frei ge-liefert und angefertigt. Sicherer Kaufmann Zahlungs-Einrichtungen. Geöffnet 8-8, Sonntags 8-3 Uhr.

Groß-Berlin billige Fahrräder, Bezugsquelle, Fahrradgeschäft Ober-lottendorf, Bismarckstraße 62. Ver-leih - Radfahrerklub 10 Prozent Rabatt. 18508*

Musik.
Violinunterricht (neu, doppelt) fördern die Methode bis zur Vollendung gibt erfahrener Künstler möglichen auf Wunsch auch nur eine Lektion a. 1,25 M., bei zwei Schülern je 75 Pf. Offerten unter D. 2 Expedition des „Vorwärts“.

Verschiedenes.
Zaal 1. Osterfesttag, auch Kar-freitag frei Verleihenstraße 14. 159*
Varettanwait Beigel, Büttel-straße 91a. 255/2*

Verkauf der Mutterstraße beherrschten Erfolgreichen, leicht fasslichen Unterricht in Wort und Schrift der deutschen Sprache erzieht Damen und Herren (separat) auch abends ein tüchtiger und gemäßigter Privatlehrer. Die Stunde kostet eine Mark. Eine Unter-richtsstunde möglichen genügt Ge-fällige Angebote sind unter G. 4 an Expedition des „Vorwärts“ zu richten.

Wandliche Kartusstraße 27.*

Landesland, guter Boden, erstes Jahr 35, zweites 30 Pfennig die Aute (sogar verpackt Dreieck, Blumenstraße 30, Nollendorf, (kein Generalpächter.) 178

Belorien, Portemonnaie, Sonntag, Prachtvolle, Wädelstraße, Jugend-licher, Verleihen, Laska, Kollbuckert-straße 3. 18085

Die Beleidigung gegen Frau Ringwald, Kolberger Straße 26, nehme zurück. Schmidt, Kolberger-straße 21. 194

Schlafstelle, möbliert, vermietet Schiller, Eberstraße 59. 1128

Freundlich möblierte Schlafstelle vermietet Vorderhaus, Brandenburger-straße 5a, vorn 4 Treppen. 151

Schlafstelle, Biererie, Kollbuckert-straße 18. 55/17

Schlafstelle für Herrn Raum-str. 55, vorn III links. 18306

Möblierte Schlafstelle für Herrn, 2,00 Mark, vermietet Blüsch-Gardiner, Waldemarstraße 16, vorn IV rechts.

Mietsgesuche.
Herr sucht leeres Logis bei alleinlebender Dame. Gegen Kost-bufaktor. Offerten „Logis“, Rent, Barnimstraße 42. 1134

Arbeitsmarkt.
Stellenangebote.
Benzinwäscher gesucht. Nollendorf-straße 4. 1140

Stempelführer für dauernde Kon-dition. Offerten K. 3, Hauptredaktion des „Vorwärts“. 18308

Tüchtige Maschinenmacher, welche in Holz- und Metallarbeiten selbständig arbeiten können, zum baldigen Ein-tritt gesucht. Wohnungen mit Vergütung der bisherigen Tätigkeit und Lohn-anforderungen an Bloch, Max u. Cie., Verbrüderstraße 3, Stralburg im Ullah. 18325*

Wasserlehrer mit Vergütung verlangt Großmann, Wilmann-Berlin. 194

Tüchtige Facharbeiter verlangt Laufhergplatz 14. 121

Herrenkleider für unter Kostüm-stücke zum sofortigen Antritt gesucht. - Wohnungen 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 18732

Verkaufserinnen, tüchtige, für Glas und Porzellan, sofort gesucht. - Wohnungen 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 18732

Schuhwaren, tüchtige Verleihen-erinnen zum sofortigen Antritt ge-sucht. - Wohnungen von nur brache-nungsfähigen Damen 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 18702

Wäscherinnen, junge Mädchen zum Einpacken und Kontrollieren von Wägen an unseren Stellen sofort gesucht. - Wohnungen 1-2 mittags oder 7-8 Uhr abends. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 18702

Wäscherinnen, nur geübte, im Haus, sofort verlangt. Max Kay, Weinstraße 27. 207/4

Wäscherinnen verlangt. Berlin, Treptow, Köpenick, Dargitz, Dargitz-straße 117. 18702

Lehrnachrichten im Alter von 14 bis 16 Jahren aus achtbaren Familien, bei monatlicher Vergütung per sofort, auch später gesucht. Wohnungen nur in Begleitung der Eltern oder des Vormundes mittags 1 bis 2 Uhr. H. Jandorf u. Co., Belle-Alliancestraße 1/2. 18542*

Geschäftsverkäufe.
Restaurant mit Borkarten zu verkaufen Schulstraße 102. 185

Gornikewitz Co., Dramen-str. 149, Telephon: 4, 11611, ver-lausen Gefällige aller Branchen schnell-bisret. Besuch kostenlos. 15788*

Mies, gutgehendes Partikel, mehrere Joghellen und Verleihen, im Gebieten sofort preiswert zu ver-lausen. Erfragen Weinhandlung, Bräunerstraße 47 am Wasserwerk.

Möbel.
Wohnung, 10, Ede Kollbuckert, S. Oran, bekannt als beste Bezugs-quelle. Kassa und Teilzahlung. 17168*

Vertreter von Krankenkassen und Volksversicherungen
können durch Vertrieb eines konkurrenzlosen Artikels viel Geld verdienen. Geil. Offerten unter F. St. 4192 an Rud. Mosse, Berlin SW. 55/14

Fahrräder.
Herrenfahrrad, Damenfahrrad einmal benutzt 40,00. Holz, Blumen-straße 36 b. 16533*

Fahrräder, Teilzahlungen. In-validenstraße 30. Stahlstraße 40. Kollbuckert 81. 18208*

Fahrräder, verfallene, einzeln billige Bezugsquelle. Reihhaus Boh-mann, Neue Schönhauserstraße 11. Nischenwahl feinsten Markenräder: Rennfahrräder, Adlerfahrräder, Opel-fahrräder, ferner nagelneue Fahrräder erstklassigen Ursprungs zu kolossal billigen Preisen. Hochmoderne Straßen-renner, Doppeldecker, prima Panee-matik, 50,00. Gebrauchte Fahrräder: sämtliche Preislagen 20,00, 25,00, 30,00. Daher Beschäftigung nur Reih-haus Neue Schönhauserstraße 11 (kein Schaufenster). 270/13

Fahrrad verkauft. Nollendorf, Ederstraße 3. Zu erfragen Son-nabend 8-6. 151

Fahrräder, 35,00, 45,00, 55,00, 60,00. Riege Kaufkraft, langjährige Garantie. Fahrrad-Zubehör. Spe-zial-Billige Kaufkraft 1,45, 2,10, Auf-schlüsselung 1,45, 2,00. Emallierte Stahl-felgen 0,60. Vermischte Lenkungen 2,00. Fahrradstiel 1,10. Gepannetes Hinterrad inklusive Schwelchurter Freilaufnabe mit Nollbrennstreifen 8,00. Freilaufnaben 4,00. Sattel-stühle 0,25. Kellern 0,20. Nollbrennstreifen 0,25. Metallische Laternen 0,70. Pumpen 0,70. Nollbrennstreifen 0,40. Reitenrad-Garnituren einschließ-lich Kurbeln 1,50. Nollbrennstreifen 0,10. Schweißblech-Verlängerungen 0,40. Schalplatten 0,40. Gebrauchte Fahr-räder 10,00, 15,00, 25,00. Rad-reparaturen preiswürdig. Nollbrennstreifen, Nollbrennstreifen 15, Nollbrennstreifen gebäude. Sonntags geöffnet. 18764*

Zimmer.
Möbliertes Zimmer. Höhe, Dresdenerstraße 117 II, am Dramen-platz. 18325

Möbliertes Zimmer, 1 Herrn, Ritterstraße 116, vorn IV links. 169

Schlafstellen.
Bessere Schlafstelle, Herrn, Oran-er Platz 63 I links, Vorderhaus, Kollbuckert-straße 3. 151

Möblierte Schlafstelle, Herrn, Brunnenstraße 53, vorn. Dable.

Wohnungen.
Greifswalderstraße 8, Neubau, Parklandschaft, zwei ein-zelne Zimmer und ein großes bester Zimmer mit Warmwasser-Verleihen und Küche sofort oder später. 18668

Greifswalderstraße 9: 2 Hol-wohnungen, 2 Stuben, Küche preis-wert per sofort oder später. 18672

Wohnung, sauber und trocken, neu renoviert, umständlicher billig zu vermieten. Dittmannstraße 15, beim Bier. 18712

Lauf- und Arbeitsburchen
im Alter von 14-16 Jahren verlangt sofort der Zentral-Arbeitsnachweis, Engelauer 15, v. III, Zimmer 48. Geöffnet von 7-6 Uhr.